

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

22. JUL 1987

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK III

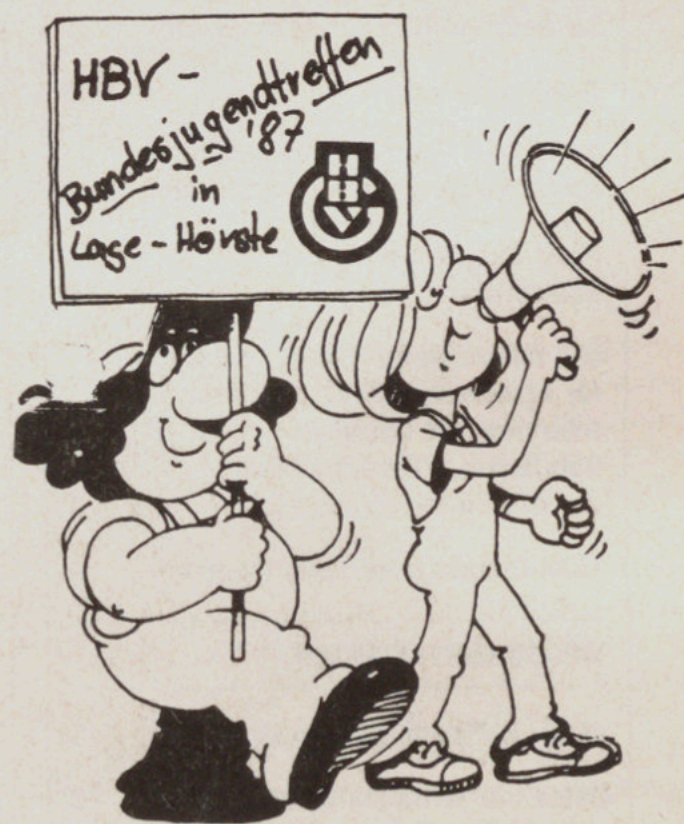
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 E

Der Schnüffelstaat wächst und gedeiht

Wenn die Volkszählung in die Hose geht, könnte das für die Demokratie ein großer Pluspunkt sein. Dieser Gedanke drängt sich auf angesichts diverser Aktivitäten des autoritären Schnüffelstaates. Und das Bundesamt für sogenannten Verfassungsschutz erscheint darin immer monströser. Nimmt man den jüngsten Bericht dieses Amtes über „extremistische Aktivitäten“ zur Hand (Innenminister Zimmermann als oberster Chef zelebrierte ihn kürzlich vor der Presse), dann wird's gruselig. Ob nun DKP-Mitglieder oder andere Linke in Gewerkschaftsfunktionen oder in Betriebsräte gewählt werden, ob Funktionäre der Gewerkschaften unserer Zeitschrift Interviews geben, oder ob irgendwo in diesem Lande ir-



• Vertrag umsetzen •

• Kompromißlose Haltung für 35 • Dampf für bessere Zukunft •

• SPD zu neuen Ufern? •

Frankfurt/M. · 27. Jahrgang

7/87

Juli 1987

Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

Friedenskundgebung am 13. Juni: Schwarzer Tag für Stahlhelmer	3
Urteil der ILO	3
Gewerkschaftsproteste in der SPD	4
Appell	4
40 Jahre VVN	4

LÖHNE/TARIFE

Jetzt gilt es, den Tarifvertrag im Betrieb offensiv umzusetzen	5
Richtigstellung	5
Solidaritätskomitees weiterführen und Aufklärungsarbeit verstärken	6
Mehr Schutz bei Rationalisierung	6
ÖTV nimmt kompromißlose Haltung für Arbeitszeitverkürzung ein / Interview mit Christian Rothländer, Pressesprecher der ÖTV im Bezirk Hessen	7
Tiefe Gräben beim Entgeltvertrag	8

WIRTSCHAFT/FINANZEN

OECD: Hoffnung auf Konsum	9
Daten zur Wirtschaftsentwicklung	9

GEWERKSCHAFTEN

Gegen Arbeitszeitgesetzentwurf mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen	10
HBV-Bundesjugendtreffen: Zukunft ist, was wir daraus machen!	10
HBV setzt Zeichen	11
IGM-Jugend machte „Dampf für eine bessere Zukunft“	11
Thyssen handelt „unmenschlich“ – Schutz nur durch sozialen Aufruhr	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Franz Steinkühler:
Politische Bestandsaufnahme

Neue Gesichter im Kampf
gegen ein Tarifiediktat

Anmerkungen zu den Angestellten-
thesen der IG Metall

Beziehungen zwischen DGB
und FDGB werden intensiviert

13–24

Der Schnüffelstaat . . .

gendwer gegen Rüstungswahnsinn und Pershings demonstriert – immer sehen Zimmermann und seine Leute die FdGO in Gefahr. Als neueste Gruppe hat es die Sportler erwischt, wenn sie sich für den Frieden engagieren.

Die Liste all dessen, was da zusammengehört, ist lang: Hamburger Kessel, West-berliner Kessel, die Kreuzberg-Abriegelung, das Loch in der Celler Gefängnis-mauer, die juristische Belästigung der Teilnehmer an der Prominentenblockade von Mutlangen, der Wasserwertertod Günter Sares, die brutale Räumung besetzter Häuser, die regelmäßige Massen-verprügelung von Demonstranten, die Polizei-Prügelorgien von Brokdorf und Wackersdorf, die Kriminalisierung der Volkszählungsgegner, die in diesem Zusammenhang erfolgten Bürodurchsuchungen bei Grünen, DKP und Bürgerinitiativen, die Polizei- und Grenzschutzübungen gegen simulierte Streiks, die Verschärfung – sprich: Einschränkung – des Demonstrationsrechts, der Demokratieabbau unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung, die Erschwerung von Streiks durch Änderung des § 116 AFG.

Damit ist jedoch das Sündenregister des Staates, der es offenbar immer schwerer hat, seinen potentiellen Obrigkeits- und Gewaltcharakter gegenüber demokratischen Gepflogenheiten im Zaum zu halten, noch keineswegs erschöpft. Richten sich diese und andere Aktionen der verschiedenen Organe des Staates in der Regel gegen die tatsächliche Wahrnehmung und Ausübung grundgesetzlich verbürgter Rechte, so scheint nun im Zuge vermehrter technischer Möglichkeiten eine neue Qualität obrigkeitlicher Drangsalierung hinzuzukommen: die massenhafte prophylaktische Überwachung und vorsorgliche Aussonderung. Um nichts anderes handelt es sich bei den jüngst aufgedeckten „Sicherheitsüberprüfungen“ im Werk N des Siemens-Konzerns in München. Alle 8000 Beschäftigten wurden ausnahmslos einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterworfen, ob „Erkenntnisse“ über unerwünschte Aktivitäten (oder Beziehungen, Verwandtschaften, Vergangenheit usw.) vorliegen.

Aber Siemens ist kein Einzelfall. Der SPD-Landtagsfraktion in Bayern sind mindestens zwei weitere Großunternehmen bekannt, die so verfahren. Das geschieht etwa so: Die Personalleitung des Unternehmens legt dem Verfassungsschutzamt eine Namensliste vor, und dort fragt man den Computer, was er über die Betroffenen weiß. Das erinnert an den ungeheuerlichen Vorgang der „Überprüfung“ aller neugewählten Betriebsräte nach den Betriebsratswahlen 1978 und 1981 durch den Verfassungsschutz. Staat und Konzerne Hand in Hand. Der eine bespitzelt und erfaßt die Menschen; der andere nimmt allen „Verdächtigen“ Arbeit und Brot. gs

INHALT

Unternehmerlob für Hermann Rappe – Eine Medaille mit zwei Seiten	25
---	----

IG Metall zur Einheitsgewerkschaft	25
---------------------------------------	----

Gegen Ausblutung und Zerschlagung der Post Widerstand angekündigt	26
--	----

Stadterneuerung – zentrale gewerkschaftspolitische Aufgabe	27
---	----

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Der Betriebsrat ist für die Belegschaft da, nicht für den Chef	28
---	----

Eine Trickkiste für Betriebsräte	28
-------------------------------------	----

Arbeitslosengruppen trafen sich: Nur gemeinsam sind wir stark	29
--	----

SPD: Mit Hans-Jochen Vogel Aufbruch zu neuen Ufern?	30
--	----

Privatisierung	30
----------------	----

Wissenschaftliche Konferenz	31
-----------------------------	----

ZMF mit großem Programm	31
-------------------------	----

SOZIALPOLITIK

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht: Einblicksrecht des Betriebsrats	32
--	----

Geplante Strukturreform – ein profitabler Selbstbedienungsladen	32
--	----

INTERNATIONALES

Weltkongreß der Frauen in Moskau: bunt, vielseitig und kontrovers	33
--	----

In der Hauptfrage einig: Leningrader Arbeiterkonferenz	34
---	----

Stellungnahme zu Umweltfragen	34
-------------------------------	----

RUBRIKEN

GLOSSE	4
TARIFMELDUNGEN	8
TARIFKALENDER	8
PERSONALIEN	27
BUCHBESPRECHUNG	35
IMPRESSUM	35
VERLAGSINTERNES	35
TERMINKALENDER	36
BESTELLSCHEIN	36
ZU GUTER LETZT	36

Friedenskundgebung am 13. Juni:
Schwarzer Tag für Stahlhelmer

Zur gleichen Zeit, als am 13. Juni die Fernsehsender in ihren Nachrichtensendungen die ersten Bilder von der machtvollen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten in die Wohnzimmer lieferten, lagen ARD und ZDF bereits die Stellungnahmen aus Regierungskreisen vor. Verteidigungsminister Wörner, der die Atomraketen unter keinen Umständen aus der Hand geben will, behauptete, daß die Demonstration „am falschen Ort“ und gegen die „falsche Regierung“ stattgefunden habe. Und CDU-Generalsekretär Geißler diffamierte die Friedensbewegung als „inhaltsleere Protestbewegung ohne politische Zukunft“.

Was die in Bonn Herrschenden so schnell in Rage versetzte, ist vermutlich die Tatsache, daß die Friedensbewegung noch breiter geworden ist. Darauf wies auch der Kommunist und Antifaschist Emil Carlebach in seiner Rede vor den 110000 Teilnehmern hin, die in 13 Sonderzügen, 1500 Bussen sowie zahlreichen Pkws nach Bonn gekommen waren. Er erinnerte an 1981, als der Bundestag eigens eine Sondersitzung einlegte, um vor der Friedenskundgebung am 10. Oktober zu warnen. „Heute stehen der DGB, die SPD, die Grünen und die DKP in der Friedensbewegung gemeinsam für die Vorschläge Gorbatschows“, für die sich sogar ein Ronald Reagan zu erwärmen beginne, erklärte Carlebach.

Einer der damaligen von Carlebach angesprochenen Warner war Hans-Jochen Vogel, der einen Tag nach der Bonner Demonstration zum SPD-Vorsitzenden gewählt wurde. Zusammen mit Willy Brandt, Oskar Lafontaine, Anke Fuchs und anderer SPD-Prominenz hatte er sich in einem der drei Demonstrationzüge eingereiht. In seiner Rede bescheinigte er der Friedensbewegung, eine Bewußtseinsänderung bewirkt zu haben. Namens der SPD-Bundestagsfraktion und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung forderte Vogel „die unverzügliche Verwirklichung bei der Nulllösung ohne Wenn und Aber, die Überwindung der Abschreckungsstrategie und die Reduzierung der sogenannten konventionellen Rüstung“. Noch nie seien die Chancen dafür so groß gewesen: „Aus dem Rinnsal der Vernunft muß ein breiter Strom des Friedens werden“, der alle diejenigen hinwegspülen müsse, „die sich gegen die Nulllösung gestemmt haben und die sich jetzt noch an den Pershing-la-Raketen festklammern“.

Prominente Gewerkschaftsrednerin war Ilse Brusis, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Sie forderte die zügige Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktionen. „Das immer wieder mißbrauchte Argument, Rüstung sichere Arbeitsplätze, ist wahnsinnig, abenteuerlich und zutiefst unverantwortlich“, unterstrich die Rednerin und bekräftigte zugleich, die Gewerkschaften würden nicht zulassen, daß das Arbeitsplatz-

argument mißbraucht würde. In der sogenannten „Doppel-Nulllösung“ sehe der DGB, wie Ilse Brusis erklärte, „erst den Anfang“. Weitere Abrüstungsschritte müßten folgen, so die Abschaffung der biologisch-bakteriologischen und chemischen Waffen, der sofortige Stopp aller Atomwaffentests, die Beendigung des Rüstungsexports in die dritte Welt sowie der Abbau von Truppen und Waffen auch im konventionellen Bereich.

Zu den Rednern gehörte auch der populäre Schriftsteller Bernt Engelmann. Wie andere, so wies er auf die unüberhörbaren Abrüstungssignale aus Moskau hin und auf die Botschaft der Konferenz der Länder des Warschauer Vertrages von Ende Mai, „daß es notwendig ist, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, das Wettrüsten zu beenden und die Anwendung militärischer Gewalt nicht zuzulassen“. Das sei eine historische Chance, die nur von denjenigen erkannt würde, die so „verblendet und verböhrt“ seien wie jene „Bonner Politiker, die ihre geistige Entwicklung Anno 1945 mit der Verteidigung Breslaus beendet haben. Zum Glück haben 90 Prozent unserer Mitbürger mehr Verstand und guten Willen“, erklärte Bernt Engelmann. Die 110000 Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, in der Bundestag und Bundesregierung aufgefordert werden, endlich einen eigenen Beitrag zum Einstieg in die Abrüstung zu leisten, den Stationierungsbeschuß von 1983 für Pershing II und Cruise-Missiles aufzuheben und die Raketen zu verschrotten.

Für die Friedensbewegung war dieser 13. Juni ein Erfolg, für die Stahlhelmer in CSU und CDU ein schwarzer Tag, zumal auch die vom Verfassungsschutz bespitzelte Initiative „Sportler für den Frieden“ nach Beendigung ihrer dritten Etappe auf dem Weg von Flensburg zur Zugspitze in Hamburg eine mehrtausendfache Kulisse fand. Hier rechnete IG-Metall-Vorsitzender Franz Steinkühler mit den Bonner Politikern ab, die „null Bock auf Abrüstung“ hätten. Er rief dazu auf, aus dem Rüstungswettlauf einen Wettkampf um die besten Sozialleistungen und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit zu machen, jenseits aller ideologischer Grenzen. G. M.

Urteil der ILO

Bis Ende Mai war die Bundesregierung aufgefordert, in einer Stellungnahme darzulegen, wie sie gedenkt, künftig internationale Rechtsnormen zu akzeptieren. Vorausgegangen war das Urteil eines hochkarätigen Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf zur Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik. Nach einjähriger Untersuchung kommt der Ausschuß zu der Überzeugung, daß die Bundesregierung das Abkommen 111 über das Verbot der Diskriminierung im Beruf, das auch von ihr als verbindlich anerkannt wurde, verletzt. Dies kurz zur Erinnerung.

Praktisch auf den letzten Drücker reagierte die Bundesregierung nun in dreifacher Weise: Das Bundesinnenministerium ließ eine 12seitige Bewertung los, in der nach Verfahrensmängeln und konstruierten Widersprüchen der ILO-Position gespürt wird. Das Bundesarbeitsministerium verlegte sich auf eine 3seitige Kurzpolemik, die in dem Vorwurf gipfelt, die ILO „leiste dem Totalitarismus Vorschub“. Etwas leiser tritt die Stellungnahme des Regierungsvertreters gegenüber dem ILO-Verwaltungsrat und versucht sich mit einer Sowohl-Als-auch-Haltung. Danach verzichtet die Bundesregierung auf einen Einspruch gegen dieses Urteil beim Internationalen Gerichtshof und bezieht sich in der Hauptsache auf das Minderheitsvotum, durch das sie sich bestätigt fühlt. Man versucht sich also wieder einmal im Aussitzen. Möglicherweise wird es aber damit nichts, denn die normüberwachenden Gremien der ILO werden sich nun in regelmäßigen Abständen mit der Handhabung der Berufsverbote befassen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren vielfältig. In einer Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes wird gefordert, das innerstaatliche Recht der Bundesrepublik auf die internationalen Rechtsnormen zum Schutz der Menschenrechte abzustimmen, falls dies notwendig sei. Scharf ins Gericht geht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit der Rechtsauffassung der Bundesregierung. Sie erhebt den Vorwurf, daß die Bundesregierung mit internationalen Behörden und Rechtsinstitutionen in einer Art und Weise umgeht, die dem Ansehen der Bundesrepublik als Rechtsstaat schadet.

Die GEW verweist in einem offenen Brief Anfang Juni an die Innenminister der Länder darauf, daß ein „verfassungsmäßiges Gremium der ILO ... abschließendes Untersuchungsergebnis vorgelegt“ hat. Die Gewerkschaft fragt: „Wie würden Sie es qualifizieren, wenn es Schule macht, daß Behörden, Regierungen, wer auch immer, künftig etwa nach Mehrheitsentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ihr rechtliches Handeln wahlweise an der Mehrheits- oder Minderheitsposition ausrichten, wie es gerade beliebt?“ Die Antwort kann nur lauten: Die Bundesregierung tritt Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen. R. B.

Gewerkschaftsproteste in der SPD

Im Vorfeld des Sonderparteitages der SPD, der am 14. Juni in Bonn stattfand, hatten insbesondere Hermann Rappe und Heinz-Werner Meyer, die Vorsitzenden der IG Chemie – Papier – Keramik und der IG Bergbau und Energie, zugleich MdBs, eine Abkehr vom Aktionsprogramm der SPD – beschlossen auf dem Parteitag in Nürnberg im August 1986 – verlangt. So forderte Norbert Römer in der Zeitung der IG Bergbau und Energie, „einheit“, die SPD auf, die Nürnberger Beschlüsse nicht wie „eine Monstranz vor der Partei herzutragen“. Und Hermann Rappe ernannte sich zum Sprecher und Repräsentant des Gewerkschafts- und Arbeitnehmerflügels in der SPD. Mehrfach diffamierte er Oskar Lafontaine, der inzwischen zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gewählt wurde.

Gegen die Abkehr vom Nürnberger Aktionsprogramm der SPD regte sich unter sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären Widerstand, wie der von den Frankfurter ÖTV-Funktionären Dieter Hoo-ge und Heiner Halberstadt angeregte Ap-

pell zeigt. Der Appell richtete sich an die Delegierten des Bonner Parteitages (Wortlaut siehe untenstehenden Kasten). Innerhalb weniger Tage unterschrieben 430 überwiegend hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, die der SPD angehören, den Appell. Zu den Unterzeichnern gehören die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Karin Benz-Overhage, Horst Klaus, Hans Preiss und Klaus Zwickel, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensch, die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft HBV, Christian Götz und Lorenz Schwegler, der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Hessen, Karl-Heinz Jungmann, zahlreiche erste Bevollmächtigte der IG Metall – darunter auch der NACHRICHT-

Appell

Das Nürnberger Aktionsprogramm der SPD enthält zum Ausstieg aus der Kernenergie, zur Umweltpolitik, zur Abrüstungs- und Friedenspolitik und zur Wirtschaftspolitik wegweisende Beschlüsse im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft.

Es gibt für uns keinen Zweifel, daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit den bisherigen Methoden der Wirtschaftspolitik nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewältigt werden kann. Im Gegenteil: Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, wachsende Armut im Inneren und zunehmendes Elend der Völker der dritten Welt sind bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik zwangsläufig. Erforderlich ist vielmehr eine tiefgreifende Demokratisierung des Wirtschaftssystems in einem Sozialstaat, der diesen Namen verdient, und eine Reform der Weltwirtschaft. Ferner ist eine radikale Umkehr in der Atom- und Umweltpolitik lebensnotwendig.

Das Nürnberger Aktionsprogramm der SPD und die übrigen in Nürnberg gefaßten Beschlüsse zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Friedenspolitik und zur Wirtschaftspolitik sind für uns sozialdemokratische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine wichtige Unterstützung und Perspektive.

Jeder Versuch, die Nürnberger Beschlüsse rückgängig zu machen oder in ihrer Verbindlichkeit zu relativieren, wäre ein Rückschlag für unsere gewerkschaftliche und politische Arbeit.

Desgleichen halten wir es für unzulässig, einzelne Genossen und Vorstandsmitglieder unserer Partei, wie z. B. Oskar Lafontaine, im Namen eines angeblichen Gewerkschafts- oder Arbeitnehmerflügels politisch schwächen zu wollen.

TEN-Mitherausgeber Detlef Haag – und viele Kreisvorsitzende des DGB.

Hermann Rappes Reden auf der Unternehmerverbandstagung der pharmazeutischen Industrie (siehe S. 25) und beim Wirtschaftsrat der CDU unterstreichen im nachhinein die Richtigkeit der Kritik dieser sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Vor dem Wirtschaftsrat der CDU sprach sich Hermann Rappe am 25. Juni erneut für ein sozialpartnerschaftliches Zusammengehen von Unternehmen, Bundesregierung, Bundesbank und Gewerkschaften aus.

Innerhalb sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre wächst die Erkenntnis: Damit die Rappes und Meyers nicht weiterhin als die alleinigen Vertreter des Gewerkschafts- und Arbeitnehmerflügels in der SPD agieren können, wäre es notwendig, daß die Mehrheit der Gewerkschafter, die sich für eine interessenorientierte Politik einsetzen und die Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit ablehnen, stärker in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD mitarbeitet.

40 Jahre VVN

Unter dem Motto „40 Jahre VVN“ fand vom 29. bis 31. Mai im Bürgerhaus Nordweststadt in Frankfurt am Main der Bundeskongreß der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN – BdA) statt. Die etwa 350 Delegierten erinnerten damit an den 40. Gründungstag ihres Verbandes. Er entwickelte sich aus der ersten „interzonalen Länderkonferenz“, die vom 15. bis 17. März 1947 in Frankfurt am Main getagt hatte. Die damals 68 Delegierten vertraten 250.000 Widerstandskämpfer aus allen antifaschistischen Lagern, ob Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christdemokraten oder Parteiloze. Die Idee ihrer Gründer – von ihnen waren noch 30 unter den Delegierten –, die Einheit der Antifaschisten herzustellen, prägte auch diesen Kongreß.

„Für eine friedliche Zukunft – Für eine antifaschistische Bundesrepublik – Für eine Welt ohne Atomwaffen“, die Losung des Kongresses schwang während aller Diskussionen der Delegierten mit und bestimmte schwerpunktmäßig auch den Inhalt des neuen Aktions- und Orientierungsprogramms der VVN – BdA.

Kaplan Dr. Joseph C. Rossaint, Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer und seit Jahren Präsident der VVN – BdA, sowie seine für den Bundesvorstand vorgeschlagenen Mitstreiter wurden jeweils mit überraschenden Mehrheiten in ihren Ämtern bestätigt. „Mit dem Motto ‚Für eine friedliche Zukunft – Für eine antifaschistische Bundesrepublik – Für eine Welt ohne Atomwaffen‘ wird auch gewerkschaftlichen Zielsetzungen entsprochen“, stellte Ernst Richter für den DGB-Landesbezirk Hessen in seiner Grußrede fest und faßte damit die Grußbotschaften vieler befreundeter Organisationen der Antifaschisten zusammen. wjk

Jetzt gilt es, den Tarifvertrag im Betrieb offensiv umzusetzen

Die Tinte unter dem Tarifvertrag in der Metallindustrie ist kaum trocken, da rüsten sich die Unternehmer schon, um ihn zu unterlaufen. Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs (VMI) am 22. Juni in Fellbach, plädierte deren Vorsitzender, Hans Peter Stihl, nicht nur für längere Arbeitszeiten, sondern erklärte auch, daß es für die Unternehmen jetzt am wichtigsten sei, die Chancen aus dem neuen Tarifvertrag zu nutzen und im Betrieb umzusetzen. Die Chancen sieht er vor allem in der flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten.

Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann berichtete auf der 38. Bezirkskonferenz seiner Organisation in Karlsruhe am 25. Juni, daß der Daimler-Personalchef Manfred Gentz, der in der kleinen Verhandlungskommission den Tarifvertrag mit ausformulierte, nun mit seinem „Flexi-II“-Konzept die Tarifverhandlungen nachträglich noch als Sieger verlassen wolle. Sein Ziel sei es, die Obergrenze der Wochenarbeitszeit auf 50 und des Arbeitstages auf 10 Stunden hinaufzudrücken. Dadurch soll es möglich sein, im Werk Untertürkheim die tägliche Produktionszeit von 16 auf 18 Stunden im Zweischichtbetrieb und von täglich 8 auf 9 Stunden im Einschichtbetrieb auszuweiten. Der Ausgleich soll dann in Form freier Tage erfolgen, deren Lage allein die Unternehmer bestimmen wollen.

Eisenmann meinte, daß Gentz und Stihl sowie der VMI zunächst bei Daimler die Mauer durchbrechen wollten, um anschließend mit ihren Unternehmerkollegen im ganzen Land zum Durchmarsch zu blasen. Diese Vorgehensweise erinnere exakt an 1984/85, als dieselben Leute schon kurz nach Tarifaufschluß damit begonnen hätten, den Tarifvertrag umzuinterpretieren.

Wenn aber die Unternehmer so intensiv auf die Umsetzung des Tarifvertrages orientieren, so ist es nur allzu natürlich, daß auch die IG Metall, die Betriebsräte, Vertrauensleute und betrieblichen Aktionsausschüsse alles unternehmen, um den Tarifvertrag in ihrem Sinne optimal umzusetzen. Ein Schwerpunkt auf der 38. Bezirkskonferenz der IG Metall in Karlsruhe (25. bis 27. Juni) war daher auch das Problem der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben.

Betrachtet man den Geschäftsbericht der Bezirksleitung, das Referat des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Klaus Zwickel, die Diskussion, insbesondere die Beiträge von Walter Bauer und Ernst Blinzinger, sowie die einstimmig angenommene Entschließung, so zeichnen sich folgende Eckpunkte für die Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen ab:

1. 37-Stunden-Woche für alle. Eingrenzung der Differenzierung und Einbezie-

hung der Auszubildenden in die volle Arbeitszeitverkürzung.

2. Der Samstag muß frei bleiben, und alle Unternehmerangriffe auf den freien Samstag müssen abgewehrt werden.
3. Der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche dürfen nicht überschritten werden.
4. Mit dem größeren Volumen an Arbeitszeitverkürzung gewinnt die tägliche Verkürzung der Arbeitszeit an Bedeutung. Der 7-Stunden-Tag und die 6-Stunden-Schicht dürfen nicht aus dem Auge verloren und nicht durch einen völlig geänderten Arbeits- und Lebensrhythmus, durch Aufteilung in verdichtete Arbeits- und geblockte Freizeiten verbaut werden.
5. Die Mehrarbeit ist zu begrenzen, und der Freizeitausgleich ist so umfassend wie möglich durchzusetzen. Deshalb dürfen Überstunden nur in engstem Rahmen genehmigt und mit konkreten Forderungen nach Einstellungen und Freizeitausgleich ab der ersten Stunde verbunden werden.
6. Versuche der Unternehmer zur weiteren Leistungsverdichtung müssen abgewehrt werden. Weder durch Mehrarbeit noch Leistungsverdichtung dürfen die Humanisierungs- und Beschäftigungswirkungen kürzerer Arbeitszeit unterlaufen werden.
7. Gleitzeit darf nicht zu einem Flexi-Instrument der Unternehmer verkommen, deshalb müssen die Gleitzeitspannen verkürzt, der Freizeitausgleich innerhalb eines Monats verstärkt und das Übertragungsvolumen darf nicht erweitert werden. Die Abgrenzung zur Mehrarbeit muß klar sein.

Die Unternehmer versuchen jetzt, möglichst schnell zu Betriebsvereinbarungen zu kommen, weil sie hoffen, daß die betrieblichen Funktionäre sich noch ungenügend mit dem Tarifvertrag vertraut gemacht haben. In der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Reutlingen wurde daher am 5. Juni in Metzingen beschlossen, keine Betriebsvereinbarung ohne Beratung mit der IG-Metall-Verwaltungsstelle abzuschließen, Verhandlungen erst nach der Schulung der Betriebsräte im September zu führen. Dadurch soll eine einheitliche Umsetzung in der Verwaltungsstelle und im Bezirk erfolgen. Dem

Vorstand der IG Metall wächst hierbei sicherlich die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß auch die Umsetzung im ganzen Bundesgebiet möglichst einheitlich geschieht.

Gelingt dies, dann werden günstigere Bedingungen vorhanden sein, nunmehr auch die Arbeitszeitverkürzung in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Metallhandwerk durchzusetzen. Klaus Zwickel meinte in Karlsruhe, daß die Arbeitszeitverkürzung auch über die 35-Stunden-Woche hinaus auf der Tagesordnung bleibe: „Die technische und gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht und verlangt weitere Arbeitszeitverkürzung, den 6-Stunden-Tag und die 30-Stunden-Woche.“

Heinz Schäfer

Richtigstellung

In unserem Artikel „IG Metall: Nun Diskussion beginnen über tarifpolitische Schwerpunkte“ (Nr. 6/1987) hatten wir zu den Tarifaufschlüssen des Frankfurter Bezirkes geschrieben, wobei wir uns auf Informationen der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall stützten, „daß nur bei ungleichmäßiger Verteilung der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit über einen Abrechnungszeitraum hinaus für die Betroffenen bzw. bei mehr als 20 Prozent Betroffener für alle Arbeiter des Betriebes Monatslohn vereinbart werden kann, allerdings nur auf Antrag des Unternehmers oder des Betriebsrates“.

Der in der Frankfurter Bezirksleitung der IG Metall für die Tarifpolitik zuständige Bezirkssekretär Volkmar Heusel verwies NACHRICHTEN gegenüber auf die Formulierungen des § 13 des Tarifvertragswerks, den er folgendermaßen interpretiert:

„In Betrieben, in denen die Arbeitszeit für Arbeitnehmer unregelmäßig verteilt ist und diese Verteilung über einen Abrechnungszeitraum hinausgeht, wird für die betroffenen Arbeitnehmer Monatslohn eingeführt. Sind mehr als 20 Prozent der Arbeiter des Betriebes von der vorstehenden Regelung betroffen, wird für den gesamten Betrieb der Monatslohn eingeführt.“

Die Formulierung in dem entsprechenden Paragraphen, daß „auf Verlangen des Arbeitgebers oder des Betriebsrats“ eine Monatsentgeltregelung zu vereinbaren ist, sei nicht negativ, sondern positiv zu werten, meinte Heusel, da der Unternehmer, wenn der Betriebsrat darauf bestehe, eine Monatsentgeltregelung nicht blockieren kann, sondern im Gegenteil verbindlich den Monatslohn gewähren muß. Erfolge in einem Betrieb eine Regelung nach freien Tagen, und sei es im Extremfall auch nur für einen Arbeitnehmer, dann erhalten alle Arbeiter einen Monatslohn. Dadurch sei gewährleistet, daß der überwiegende Teil der Arbeiter einen Monatslohn bekomme.

GLOSSE

Krümelttheorie

Auf dem 22. Evangelischen Kirchentag Mitte Juni in Frankfurt haben sich auch Spitzenfunktionäre der Unternehmerverbände der Diskussion „gestellt“, wie sie sagen. Zum Beispiel Klaus Murmann, Präsident, und Fritz-Heinz Himmelreich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Jedoch ist, wenn einer Himmelreich heißt, dieses deshalb nicht schon auf Erden. Also ging man in die Arbeitsgruppe „Arbeitslosigkeit und Armut“.

Irgendwie tragikomisch das Ganze: die Arbeit, geber“ bei denen, denen sie die Arbeit nahmen; die Repräsentanten der Reichen bei den Armen. Was sie dort wollten? Sie erläuterten ihnen die Theorie vom irdischen Glück, das kommen werde – die Krümelttheorie. Die ist ganz einfach, und eigentlich kennt sie jeder schon: Wenn der Tisch der Reichen immer üppig gedeckt ist, fallen auch genug Krümel für die Armen herunter.

Natürlich sagten sie das in ihrer eigenen Sprache, und die klingt so: „Die beste Strategie zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Armut ist eine florierende und leistungsfähige Wirtschaft“ (Murmann). Dafür wollen sich die BDA-Unternehmer „auch in Zukunft“ einsetzen.

Damit haben sie nur gesagt, daß sie nichts ändern wollen. Denn „auch in Zukunft“ bedeutet nur die Verlängerung der Vergangenheit.

okulus

Solidaritätskomitees weiterführen und Aufklärungsarbeit verstärken

Hatte sich der erste NACHRICHTEN-Stammtisch, ein Treffen von Gewerkschaftern aus dem Rhein-Main-Gebiet zur Erörterung aktueller Probleme, im Februar mit der Mobilisierung für die anstehende Tarifrunde für die 35-Stunden-Woche befaßt, galt der dritte Stammtisch am 24. Juni im Frankfurter Gewerkschaftshaus der Frage: Wie weiter nach dem Abschluß in der Metall- und Druckindustrie? Und insbesondere: Wie weiterarbeiten mit den zahlreichen neugegründeten Solidaritätskomitees zur Unterstützung der Gewerkschaften?

Sozusagen exemplarisch für die Arbeit der Solidaritätskomitees, die es in der Auseinandersetzung 1984 noch nicht in diesem Maße gegeben hatte und die 1987 von der IG Metall geradezu in die Arbeitskampfstrategie einbezogen wurden, stellten Klemens Schütters, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Wiesbaden, und Jörg Jungmann, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier am selben Ort, zunächst die Arbeit der Wiesbadener Initiative vor. Von Anfang an habe eine gute Zusammenarbeit zwischen beiden Gewerkschaften bestanden, als man im Januar daranging, ein selbstständiges Solidaritätskomitee, das seine Aktivitäten mit den beiden Gewerkschaften koordinieren soll, zu organisieren. Am 16. Januar fand die Gründungsversammlung statt, mit 40 verschiedenen Organisationen, Vereinen, Bürgerinitiativen, Parteien, Friedensinitiativen. In den folgenden Monaten entfaltete die Initiative eine breite Palette von Aktivitäten, von der Presseerklärung über Infostände in der Stadt bis hin zu Patenschaftserklärungen für Betriebe, die von kalter Aussperrung bedroht waren.

Immerhin gut 100 Verpflichtungserklärungen einzelner Personen, im Falle der Aussperrung fünf bis zweihundert Mark pro Woche vom eigenen Einkommen abzugewinnen, wurden erreicht. Diese Aktion, so berichtete Evi Pflugradt von der Wiesbadener Initiative, sei zunächst beim Bad Nauheimer Abschluß der IG Metall gestoppt worden, dann aber erfolgreich auf Betriebe der Druckindustrie übertragen worden.

Eine große Rolle spielten Patenschaftsbeziehungen von Betrieben untereinander, die sich nicht auf Worte beschränkten, sondern konkrete Unterstützung mobilisieren sollten. Nicht ohne Wirkung blieb z. B. die Ankündigung einer Patenschaftsgruppe per Fernkopie in die Chefetage des Wiesbadener Kuriers für direkte Solidaritätsaktionen. Auch den Kollegen im Betrieb stärkte das den Rücken. Die ÖTV-Betriebsgruppe des Stadtreinigungsamtes hatte für den Fall der Aussperrung bei ihrem Patenbetrieb Glyko angekündigt, mit 300 Müllwagen den Betrieb zu umzingeln.

Insgesamt, so wurde von den Referenten zusammengefaßt, sei der Umgang der Ge-

werkschaften am Ort untereinander wesentlich besser geworden. Kritisch wurde angemerkt, daß die Solidaritätsarbeit schon zu spät angegangen wurde und der DGB seine koordinierende, organisierende Rolle noch nicht im notwendigen Maße wahrgenommen habe. Für die künftige Arbeit der Solidaritätskomitees mit den Vereinen und den anderen Organisationen wurde in der Diskussion aufgearbeitet, anknüpfend an deren Interessen nach Erhalt der Freizeit, das Widerstandspotential gegen weiter zu erwartende Angriffe der Unternehmer auf die geregelten Arbeitsverhältnisse der abhängig Beschäftigten zu stärken. Dafür müssen sie auf eine noch breitere Basis gestellt werden.

Mehr Schutz bei Rationalisierung

Die diesjährige Tariffbewegung in der Textil- und Bekleidungsindustrie ist – soweit es die Lohn- und Gehaltsseite betrifft – abgeschlossen. In der Frage des Rationalisierungsschutzes beginnt sie erst richtig. Die Gewerkschaft Textil – Bekleidung hatte im März ihre Forderungen präsentiert: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6,5 bis 6,8 Prozent und Abschluß eines „wesentlich verbesserten“ Rationalisierungsschutzvertrages.

Das Ergebnis beim Einkommen für die 413 000 Beschäftigten in beiden Branchen lautet plus 3,7 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Über den Rationalisierungsschutzvertrag sollen die Verhandlungen in der Textilindustrie im Juli beginnen. Verhandelt wird auf der Ebene der Tarifbezirke; erster Termin war der 10. Juli für Baden-Württemberg. Für die Bekleidungsindustrie sollen die Verhandlungen zentral geführt werden und im vierten Quartal dieses Jahres beginnen.

Zunächst hatten die Unternehmer versucht, das Thema Rationalisierungsschutz überhaupt vom Tisch zu bekommen. Sie reagierten auf die Forderung mit totaler Ablehnung und erklärten sie für nicht verhandlungsfähig. Darüber hinaus stuften sie das Verlangen nach tarifvertraglicher Festschreibung eines verbesserten Schutzes vor den Folgen neuer Technik als Versuch einer „unerträglichen Investitionslenkung“ durch die Gewerkschaft

Gudrun Schmidt, für Banken zuständige HBV-Sekretärin in Frankfurt, die von der Bankentarifrunde berichtet hatte, wies z. B. darauf hin, welche Gefahren von der Absicht der öffentlichen Arbeitgeber ausgehen, Dienstleistungsabende der städtischen Verwaltungen einzuführen. Dem Thema Arbeitszeitflexibilisierung und den Strategien von Unternehmen und Regierung, einzelne Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen, müsse daher noch viel größere Bedeutung beigemessen werden.

Hinzu kommen weitere scharfe Demontagepläne aus Bonn, von der Arbeitszeitordnung über Kündigungsschutz, Betriebsverfassungsgesetz, Krankenkassen- und Steuerreform bis hin zu weiteren Flexibilisierungsplänen bei den Arbeitsverhältnissen (Beschäftigungsförderungsgesetz). Die Politisierung dieser Auseinandersetzungen wurde in der Diskussion daher als wichtiger Hebel betrachtet, sie überhaupt bestehen zu können. Für die NACHRICHTEN-Redaktion war nach diesem Abend klar, daß die behandelte Thematik künftig auch in der Zeitschrift eine noch größere Rolle spielen muß. Das „Wiesbadener Modell der Solidarität“ soll noch ausführlicher dargestellt werden. Die Strategiediskussion in den Gewerkschaften zur Abwehr von Flexibilisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen hat erst begonnen.

Bernhard Keßeler

ein. So kam es in diesem Punkt zur Spitze der Tarifrunde mit Warnstreiks und verschiedenen anderen Protestaktionen, die schließlich die Zusage von Verhandlungen bewirkten.

Es wurden auch schon die Themen abgesteckt, über die eine Einigung möglichst herbeigeführt werden soll: die Einbeziehung der Angestellten in den Rationalisierungsschutz, Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, menschengerechte Gestaltung der Arbeit, rechtzeitige Personalplanung, Sicherung und Erweiterung der beruflichen Qualifikation, Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten nach Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, Milderung sozialer Härten bei unvermeidbaren Kündigungen oder Versetzungen. Der GTB-Vorsitzende Berthold Keller hatte Anfang Mai erklärt, daß es um eine „wesentliche Verbesserung“ des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte durch einen neuen Rationalisierungsschutzvertrag gehe.

Zwischenzeitlich hat die GTB für die rund 100 000 Beschäftigten des Textilreinigungsgewerbes einen Stufenplan für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von derzeit 38,5 ab 1. August 1988 auf 37,75 Wochenstunden und ab 1. August 1989 auf 37 Wochenstunden vereinbart. Die Einkommen werden jeweils zum 1. Mai wie folgt erhöht: um 3,4 Prozent (1987), 2 Prozent (1988) und 2,2 Prozent (1989).

G. S.

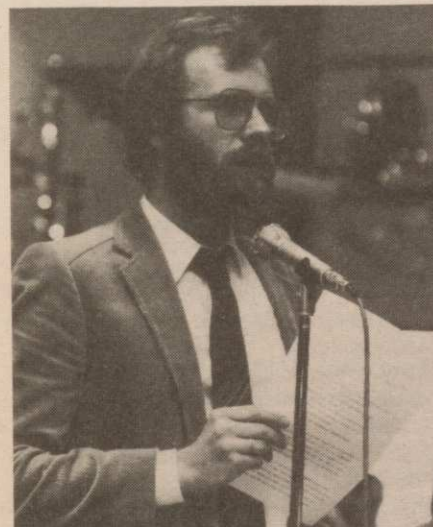
ÖTV nimmt kompromißlose Haltung für Arbeitszeitverkürzung ein

Interview mit Christian Rothländer, Pressesprecher der ÖTV im Bezirk Hessen

Mit dem „einstimmig gefaßten Beschluß“ vom 15. Juni stellte die Große Tarifkommission der ÖTV die Weichen für die bevorstehende Tariffbewegung in Richtung auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Über die Diskussion unter den Mitgliedern und über die anlaufende Mobilisierung sprach Renate Bastian mit Christian Rothländer, Pressesprecher der ÖTV im Bezirk Hessen.

NACHRICHTEN: Ein großer Sprung in Sachen Arbeitszeitverkürzung – das ist das erklärte Ziel der ÖTV in der bevorstehenden Tariffbewegung 1988. Die Diskussion unter den Mitgliedern ist angelaufen. Welche Schwerpunkte zeichnen sich ab?

Christian Rothländer: Das eindeutige Ziel der jetzt eröffneten Mitgliederdiskussion zur Tariffbewegung 1988 ist, daß die 40-Stunden-Woche fallen muß. D. h. für die ÖTV steht 1988 die nächste Runde der Arbeitszeitverkürzung an. Wir haben die Mitgliederdiskussion mit der eindeutigen Priorität eröffnet, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung weitergetragen werden muß. Darüber hinaus besteht der zweite Schwerpunkt natürlich darin, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erreichen, um die Massenkaukraft zu steigern.



NACHRICHTEN: Zu welcher Form der Arbeitszeitverkürzung tendieren die hessischen ÖTV-Kolleginnen und -Kollegen?

Christian Rothländer: In der hessischen ÖTV ist die Diskussion bereits im vollen Gange. Für uns ist klar, daß wir den Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung wollen, wobei für uns die Frage der Umsetzung nicht unbedingt ein Punkt ist, der zentral festgelegt, sondern aufgrund konkreter betrieblicher Bedingungen entschieden werden muß. D. h. wir diskutieren, ob es nicht sinnvoll ist, die Arbeitszeit wöchentlich zu verkürzen und dann deren konkrete Umsetzung je nach den konkre-

ten Bedingungen eines Betriebes, einer Verwaltung – unter Berücksichtigung auch der Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – festzulegen.

NACHRICHTEN: Kann man jetzt schon feststellen, in welchen Bereichen es unterschiedliche Umsetzungen geben könnte?

Christian Rothländer: Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion gibt es Bereiche, in denen eine Umsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung in weiteren freien Tagen als sinnvoll angesehen wird, weil dies dort den größten Entlastungseffekt für die bereits Beschäftigten hat und auch gleichzeitig Gewähr dafür bietet, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierzu gehören beispielsweise die Stadtreinigungs- und Fuhrämter. Ein etwas unterschiedliches Bild bietet noch der Bereich der allgemeinen Verwaltung. Hier werden beide Möglichkeiten, beide Formen der Arbeitszeitverkürzung diskutiert. Aber eben, weil eine Wochenarbeitszeitverkürzung und deren Umsetzung unterschiedliche Auswirkungen hat und auch in Zukunft haben wird, ist ja unsere Linie, zu sagen, wir wollen einen weitestgehenden Spielraum für betriebliche Regelungen haben, auch unter Berücksichtigung von Mitbestimmungsrechten der Betriebs- und Personalräte.

NACHRICHTEN: Wird es Ihrer Meinung nach 1988 eine reine Arbeitszeitrunde geben ohne Gehaltsforderung? Wie wird zur Zeit dieser Komplex diskutiert?

Christian Rothländer: Nach meiner Meinung kann es eigentlich keine reine Arbeitszeitrunde geben, denn natürlich ist neben dem Interesse der Arbeitnehmer an Arbeitszeitverkürzung auch das Interesse an mehr Lohn und Gehalt zu sehen. Allein schon deshalb, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ja äußerst negativ sind und man damit rechnen muß, daß erneut zusätzliche Belastungen auf die Arbeitnehmer zukommen. Allerdings lassen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen wir es im laufenden und zukünftigen Tarifvertrag, d. h. im Jahre 1988, zu tun haben werden, im Moment noch gar nicht genau abschätzen. Deshalb wird zu diesem Punkt der Tarifver-

handlungen 1988 erst im Herbst entscheiden, wenn die Bundesregierung endlich klar gesagt hat, wie beispielsweise die Steuerreform finanziert wird. Denn gerade das ist ein Punkt, der mit Sicherheit nicht ohne Belastung der Arbeitnehmer abgeht.

NACHRICHTEN: Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat Ende Juni die Mobilisierungsphase für die Tariffbewegung eingeläutet. Mit welchen Schwerpunkten bereitet sich die hessische Bezirksorganisation vor?

Christian Rothländer: Zunächst einmal ist festzustellen, daß wir natürlich in den zentralen Bereichen, wie z. B. Nahverkehr, allgemeine Verwaltung, Energiebetriebe und Krankenhäuser im Moment sehr intensiv um die Frage Tarifrunde '88 mit all ihren Aspekten diskutieren. Die ÖTV Hessen wird sich sehr stark an der bundesweiten Auftaktveranstaltung, der Großveranstaltung in der Essener Grugahalle am 19. September, beteiligen, bei der die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sozusagen den Startschuß für die Mobilisierung der Mitglieder und der Beschäftigten geben werden.

Wir werden dort unsere Positionen, unsere Forderungen deutlich machen und auch insbesondere klarstellen, daß der öffentliche Dienst von der allgemeinen Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung auf keinen Fall zeitlich oder inhaltlich abgekoppelt werden darf. Es geht darum, 1. durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf breiter Front die bestmöglichen Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu schaffen, und es geht 2. darum, durch eine Arbeitszeitverkürzung auch für die vorhandenen Beschäftigten ein Stückchen mehr an Lebensqualität, an Humanisierung der Arbeit zu erreichen.

Die eventuellen Maßnahmen im Bezirk Hessen der ÖTV hängen natürlich auch sehr stark vom Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber ab. Klar ist, daß wir auch zu einem Arbeitskampf für die Arbeitszeitverkürzung entschlossen sind. Wir werden entsprechenden harten Haltungen der Arbeitgeber eine eigene harte und kompromißlose Haltung entgegenzusetzen wissen.

ÖTV erstritt 1986 130 Millionen Mark

In 12 907 rechtskräftig abgeschlossenen Prozessen im Jahr 1986 hat die Gewerkschaft ÖTV über 130 Mill. DM für ihre Mitglieder erstritten. Wie die Gewerkschaft Mitte Juni mitteilte, endeten rund 64 Prozent der Verfahren, bei denen es in der Mehrzahl um Streitigkeiten in Verbindung mit dem Abbau von Dienstleistungen im öffentlichen Dienst oder Rationalisierungsmaßnahmen ging, mit Erfolg oder Teilerfolg. Wie in der Vergangenheit mußte die ÖTV ihre Mitglieder vor allem vor Verlust des Arbeitsplatzes oder Einkommensminderung schützen.

Tiefe Gräben beim Entgeltvertrag

Auch die zweite zentrale Verhandlungsrunde dieses Jahres zwischen der IG Chemie – Papier – Keramik und den Chemieunternehmen am 25. und 26. Juni in Frankfurt über Lohn und Entgelttarifvertrag hat den Durchbruch nicht gebracht. Am 16. und 17. Juli soll – wiederum in Frankfurt – weiterverhandelt werden. Möglicherweise wird sich auch ein Schlichtungsverfahren anschließen. Durch Sturheit der Unternehmer läßt der Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie auf sich warten.

Immer wieder als „Jahrhundertwerk“ apostrophiert und schon für 1986, ganz gewiß aber als Resultat der diesjährigen Tarifrunde in Aussicht gestellt, hat sich die IG Chemie – Papier – Keramik mittlerweile selbst derart unter Erfolgszwang gesetzt, daß übergroße Kompromißbereitschaft zu befürchten ist. Die Unternehmer nutzen das offenkundig aus. Hinzu kommt, daß in der Gewerkschaft keinerlei Mobilisierung, weder für die geforderte Lohn- und Gehaltserhöhung noch für den Entgeltvertrag, erfolgt. Der Vertrag eigne sich nicht für Streiks, sagte das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Horst Mettke im Anschluß an die gemeinsame Tagung aller Chemie-Tarifkommissionen am 12. Juni vor der Presse in Frankfurt. Also – der Vorstand wird's schon richten.

Die IG Chemie hatte am 19. Mai für die Tarifrunde 1987 die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6 Prozent sowie den Abschluß des Entgelttarifvertrags für die rund 690 000 Arbeiter und Angestellten gefordert. Nach sechsjährigen Vorverhandlungen war bereits Übereinstimmung über die Umwandlung aller Lohn- und Gehaltsgruppen für Arbeiter, kaufmännische und technische Angestellte in 13 gemeinsame Entgeltgruppen sowie über die Tätigkeitsmerkmale für die Eingruppierung erzielt worden. Die Gewerkschaft hatte, wie anfangs auch die Unternehmer, den Grundsatz verkündet, daß diese Umwandlung und Angleichung nicht zu Lasten irgendeiner Beschäftigungsgruppe gehen dürfe.

Nunmehr wurde deutlich, daß die Chemieunternehmen die Einführung des Entgeltvertrags nutzen wollen, um das Einkommensniveau in der chemischen Industrie, insbesondere der über 200 000 technischen Angestellten, abzusinken. Mit der Formel, bei der Angleichung der Einkommensunterschiede zwischen den kaufmännischen und den (höherverdienenden) technischen Angestellten müßten die „Gräben von beiden Seiten“ zugeschüttet werden, drängen sie die Gewerkschaft, einer künftigen Einkommensabsenkung der Techniker – bei Wahrung des jetzigen Besitzstandes – zuzustimmen. Das lehnte die IG Chemie bislang als unzumutbar und völlig indiskutabel ab. Hoffentlich bleibt sie dabei.

Hessisches Kfz-Gewerbe mit 3,97 Prozent

Im hessischen Kfz-Gewerbe gelten ab 1. Juli 1987 neue Monatslöhne und Gehälter. Die Monatslöhne wurden zwischen 68 und 105 DM und die Gehälter zwischen 62 und 158 DM erhöht. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab 1. August 1987 zwischen 20 und 30 DM. Das Volumen der Erhöhungen der Löhne und Gehälter bezifferte Bezirkssekretär Günter Schwarz den NACHRICHTEN gegenüber auf 3,97 Prozent. Alle Verträge sind erstmals zum 30. Juni 1988 kündbar. Zu diesem Zeitpunkt können auch die Arbeitszeitbestimmungen der Manteltarifverträge gekündigt werden. Nach Meinung der IG Metall muß die Diskussion um eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den Betrieben schon jetzt offensiv geführt werden.

IGBE will 5 Prozent im Steinkohlebergbau

In den vier Tarifbezirken des Steinkohlebergbaus haben Ende Juni die ersten Verhandlungen stattgefunden. Fristgerecht zum 30. Juni hatte die IG Bergbau und Energie die Einkommenstarifverträge für die rund 175 000 Beschäftigten der Branche gekündigt. Sie fordert eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5 Prozent und will mit den Unternehmern außerdem Verhandlungen vereinbaren, die einen gemeinsamen Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer zum Ziel haben sollen.

IG BSE für neue Wege in der Tarifpolitik

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Bruno Köbele, hat beim Bezirksverbandstag seiner Organisation in Hamburg-Harburg Ende Juni die Bauunternehmer aufgefordert, gemeinsam mit der IG BSE „neue Wege in der Tarifpolitik ohne Scheuklappen“ zu beschreiten. Das tarifpolitische Fehlverhalten der Unternehmer in den letzten Jahren sei verantwortlich für die mangelnde Attraktivität der Bauberufe auf junge Menschen. Resultat sei eine Überalterung in dieser Branche, wie sie sonst in keinem anderen Wirtschaftszweig anzutreffen sei. Zugleich warf Köbele der Bundesregierung vor, mit ihrer seit Jahren anhaltenden beschäftigungspolitischen Tatenlosigkeit zum Niedergang eines ganzen Wirtschaftszweiges beizutragen. Der IG-BSE-Funktionär trat dafür ein, mit einer „neuen, auf die Zukunft ausgerichteten Tarifpolitik“ sowie vorausschauender staatlicher Investitionspolitik der Baubranche Perspektive und Planbarkeit in ihren personellen und materiellen Kapazitäten zu ermöglichen.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

31. Juli – 0,4 Mio.

Chemische Industrie einschl. z.T. Kautschuk-/Kunststoffverarbeitung Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (215 700); Einzelhandel Schleswig-Holstein (64 600); Friseurhandwerk Bremen, Nordrhein-Westfalen (46 700); Hohlglas- und Kristallerzeugung einschl. Hüttenveredlung und -verarbeitung (Gesamtvereinigung) Niedersachsen, Bremen – ohne Regierungsbezirk Osnabrück – (15 900); Bäckerhandwerk Hessen (14 600); Bekleidungsindustrie – Gesamtvereinigung Niedersachsen, Bremen – ohne Regierungsbezirk Osnabrück – (13 200); Milchindustrie Bayern (6 500); Nahrungsmittelindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg (4 400); Brotindustrie Rheinland-Pfalz (2 800).

31. August – 0,11 Mio.

Chemische Industrie einschl. z.T. Kautschuk-/Kunststoffverarbeitung Bayern, Saarland (78 100); Hotel- und Gaststättengewerbe Rheinland-Pfalz (21 600); Bäcker- und Konditorenhandwerk Westberlin (6 400); Möbeltransport Hamburg (2 100); Brauereien Bremen (1 400).

30. September/31. Oktober – 0,23 Mio.

Gebäudereinigerhandwerk Nordrhein-Westfalen (24 600); Deutsche Seeschiffahrt (22 400); Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden (12 000); Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg (6 200); 31. Oktober: Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen (155 200); Heizungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz (9 000); Tabakindustrie – Firma Brinkmann – Bremen (2 100).

30. November/31. Dezember – 0,15 Mio.

Tischlerhandwerk Niedersachsen und Bremen (13 900); Roth Händle Lahr (800); Reisebürogewerbe Turnuszugverkehr Bundesgebiet und Westberlin (600); 31. Dezember: Landwirtschaft, alle Tarifbereiche außer Rheinland-Pfalz und Saarland (72 500); Klempnerhandwerk Hessen, Rheinland-Pfalz (25 000); Großküchen, Kantinen, Kasinos und sonstige Verpflegungsbetriebe Bundesgebiet (15 000); Kfz-Gewerbe Rheinland-Rheinhausen, Saarland (14 000); Möbelhandel Bayern (13 800); Privatforsten Bayern (1 300).

OECD: Hoffnung auf Konsum

Die OECD, eine Organisation, der 24 kapitalistische Industrieländer angehören, hat nun schon zum dritten Mal ihre Wachstumsprognosen für 1987 korrigiert: War im Juni 1986 noch ein realer Zuwachs der wirtschaftlichen Leistung von 3,25 Prozent erwartet worden, so wurde die Prognose im Dezember 1986 auf 2,5 Prozent und im Juni 1987 auf 2,25 Prozent vermindert. Und selbst dies muß derzeit als außergewöhnlich optimistisch angesehen werden. So erwarten die meisten Institute in der Bundesrepublik nicht mehr als ein Prozent Wirtschaftswachstum.

Diese Wachstumsraten bedeuten zunächst, daß die Arbeitslosigkeit absolut weiter zunimmt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen im OECD-Raum liegt leicht über 31 Millionen, bei steigender Tendenz. Diese Ziffer ist zudem eher „geschönt“, da z. B. in Japan die Arbeitslosigkeit, berechnet nach der Methode der BRD, etwa doppelt so hoch ist wie ausgewiesen. Trotzdem nehmen die Beschäftigtenzahlen noch etwas zu, vor allem in den USA und in Japan ist der Trend weiter nach oben gerichtet. Dies betrifft aber zu einem erheblichen Teil die Teilzeitarbeit. So wird für den gesamten OECD-Raum in den Jahren 1979 bis 1985 eine jährliche Zunahme der Vollzeitbeschäftigung um 0,6 Prozent errechnet, während für die Teilzeitbeschäftigung die Rate auf 2,7 Prozent geschätzt wird. 1985 waren demnach in den USA 17,4 Prozent aller Beschäftigten Teilzeitarbeitskräfte, gegenüber 12 Prozent in der BRD. Im Durchschnitt der 24 Länder liegt die Teilzeitarbeitsquote bei knapp 16 Prozent. Von den weiblichen erwachsenen Erwerbstätigen sind nur 67 Prozent dauerhaft vollzeitbeschäftigt (gegenüber 96,5 Prozent der Männer). Am höchsten ist die Teilzeitarbeitsquote in Skandinavien: dort liegt sie über 25 Prozent.

Die allgemeine Wachstumsverlangsamung in den kapitalistischen Ländern ist verbunden mit einem kaum verminderten Ungleichgewicht im Außenhandel. Das Defizit der USA in der Leistungsbilanz wird demnach in diesem Jahr mit 147 Milliarden Dollar seinen Höhepunkt erreichen. Erst für 1988 ist ein Rückgang prognostiziert. Auch die Überschüsse von Japan (95 Milliarden Dollar) und der BRD (37 Milliarden Dollar) sollen erst 1988 etwas zurückgehen. Die Defizite der Entwicklungsländer (ohne OPEC) bleiben trotz des Ölpreiserfalls stabil bei zusammen etwa 10 Milliarden Dollar. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte bleiben also hoch, bei einem sich verlangsamenden Welthandel: Für 1987 wird noch eine Zunahme um 2,25 Prozent erwartet – gegenüber 4 Prozent 1986.

Die Annahme der OECD-Prognose, daß es zwar zu einer deutlichen Abschwä-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	April 1987	Veränderung in v. H. gegenüber März 1987	Veränderung in v. H. gegenüber April 1986
Produktion	107,2	+ 4,0	– 4,3
Auftragseingänge ¹	130,7	+ 5,0	+ 0,2

1) nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

2. Preise

Index 1980 = 100	Mai 1987	Veränderung in v. H. gegenüber April 1987	Veränderung in v. H. gegenüber Mai 1986
Lebenshaltung	121,1	+ 0,1	+ 0,2
Industriepreise	115,2	+ 0,1	– 2,9
Landw. Erzeugerpreise ¹	95,7	+ 0,2	– 4,7
Importpreise	94,2	+ 0,3	– 9,8
Exportpreise	115,2	+ 0,1	– 2,0

1) März 1987, Veränderungen gegenüber den vergleichbaren Vormonaten

2) April 1987

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Mai 1987	Veränderung in 1000 gegenüber April 1987	Veränderung in 1000 gegenüber Mai 1986
Beschäftigte	25 780	+ 5	+ 197
Arbeitslose	2099	– 117	+ 23
Kurzarbeiter	222	– 80	+ 69
Offene Stellen	181	+ 2	+ 11

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

chung, aber nicht zu einer neuen zyklischen Weltwirtschaftskrise kommen wird, ist überwiegend ideologisch motiviert: Bei niedrigen Inflationsraten, befriedigenden Gewinnen und einer weniger restriktiven staatlichen Haushaltspolitik hofft die OECD auf eine Wiederbelebung des „Vertrauens“.

Fragt man sich, wodurch das reale Wachstum nachfrageseitig gestützt werden soll, so geht die Prognose von einer anhaltend kräftigen Zunahme des privaten Verbrauchs aus, während sowohl die öffentlichen Ausgaben als auch die Investitionen stagnieren. Die Exporte, so hofft die Kommission, werden sich wieder etwas beleben.

Die Hoffnung auf anhaltend kräftige Konsumausgaben steht im Widerspruch zur Annahme, daß die Löhne etwa im bisherigen Tempo steigen, während sich die Inflation wieder belebt. So wird für die sieben größten kapitalistischen Länder 1987 eine Erhöhung der Nominallöhne (brutto) um 4 Prozent bei einer Inflation von 3 Prozent erwartet. Bei Berücksichtigung steigender Steuern und Sozialbeiträge in einigen Ländern, z. B. in der Bundesrepublik, bleibt da kaum noch eine reale Einkommensverbesserung übrig. Dies gilt auch für die USA, wo bereits jetzt die Arbeits-einkommen real rückläufig sind. Angesichts dieser Entwicklung ist es eher wahrscheinlich, daß die private Nachfrage

sich schon in der zweiten Jahreshälfte 1987 abschwächt. Damit entfielen aber die einzige Konjunkturstütze.

J. G.

Vorruhestand sichern – Arbeitszeit verkürzen

„Eine neue Phase der NGG-Arbeitszeitpolitik ... eingeläutet“ sieht Erich Herrmann, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG), nach einer Reihe von Branchentarifkonferenzen seiner Gewerkschaft. Dort seien die Gewerkschaftstagsbeschlüsse konkretisiert worden. Sie ließen sich auf die Formel bringen „Vorruhestand sichern – Arbeitszeit verkürzen“. In der Ausgabe 6/87 der NGG-Mitgliederzeitschrift „einigkeit“ schreibt Herrmann, daß zum 30. Juni 1987 die ersten Manteltarifverträge gekündigt wurden. Sie eröffneten die Möglichkeit, weitere Arbeitszeitverkürzungen zu fordern. „Die bisherigen Branchentarifkonferenzen entschieden sich ... überwiegend und mit großer Mehrheit für die Forderung auf Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung durch zusammenhängende Freizeit in Form von zusätzlichen bezahlten freien Tagen monatlich. 18 freie Tage jährlich, die im monatlichen Rhythmus gewährt werden, oder ein freier Tag im Dreiwochenturnus (mit branchenspezifischen Variationen) beinhalten die Beschlüsse.“

Gegen Arbeitszeitgesetzentwurf mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen

Vom 25. bis 27. Juni fand in der Karlsruher Kongreßhalle die 38. Bezirkskonferenz der IG Metall Bezirk Stuttgart statt. Sie stand unter dem Motto: „Wir kämpfen für die soziale Gestaltung der Zukunft“. Es handelt sich um eine sogenannte große Bezirkskonferenz, denn neben der Delegiertenberatung (von den 135 gewählten waren 127 anwesend) fanden noch am zweiten Tag fünf Personengruppenkonferenzen (Angestellte, Ausländer, Frauen, Handwerk, Jugend) mit insgesamt weiteren 540 Teilnehmern statt.

Während in der Personengruppenkonferenz die spezifischen Probleme der jeweiligen Gruppe erörtert wurden, waren in der Bezirkskonferenz zwei Schwerpunkte erkennbar, die Umsetzung des Tarifvertrages auf der betrieblichen Ebene (vgl. auch S. 5) und die Verhinderung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs zur Arbeitszeit (siehe S. 36). In seiner mit viel Beifall bedachten Begrüßungsrede hatte der DGB-Landesbezirksvorsitzende Siegfried Pommerenke angemerkt, daß die jüngsten Tarifaufinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung und die gemeinsamen Aktionen bewiesen hätten, daß die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen Kapital- und Unternehmermacht seien. Er rief zum gemeinsamen Widerstand gegen die Flexibilisierungsabsichten der Unternehmer auf.

Pommerenke hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für eine aktive Friedenspolitik. Es müsse Schluß gemacht werden mit dem Rüstungswahnsinn. Ihn zu stoppen, dafür bestehe jetzt zum ersten Mal seit Kriegsende eine reale Chance, denn die von Gorbatschow gemachten Vorschläge einer „doppelten Null-Lösung“ entsprächen genau den langjährigen Forderungen des DGB. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Bremserfunktion der Bundesregierung. Die Reaktion von Teilen der Bundesregierung auf die sowjetischen Vorschläge sei beschämend. Die gewerkschaftlichen Veranstaltungen am 1. September, dem Antikriegstag, müßten zu einem machtvollen Bekenntnis für eine friedliche Welt werden. Die Konferenz beschloß einhellig die „Entschließung zur Aktivierung der gewerkschaftlichen Friedensarbeit im Betrieb“, die wir in Nr. 8 der NACHRICHTEN dokumentieren werden.

Ernst Eisenmann berichtete, daß die erfolgreiche Politik der IG Metall eine Zunahme der Mitglieder in den letzten drei Jahren um 24 192 gebracht habe. Zusammen mit den 2588 Mitgliedern, die 1987 den Weg in die Gewerkschaft fanden, sind nun im Stuttgarter Bezirk 546 042 Mitglieder organisiert, und bald sollen es wieder 550 000 sein. Die Jugendlichen haben nunmehr mit 97 854 fast die 100 000-Grenze erreicht, und auf der Frauenkonferenz konnte das 100 000. weibliche Mitglied begrüßt werden.

Lebhaft ging es in den Personengruppenkonferenzen zu, vor allem bei den Frauen, die die „Hexen“ tanzen ließen. Auf der Jugendkonferenz wurde auch die Jugendpolitik des DGB auf die Waage gelegt und im allgemeinen für zu leicht befunden. Kritik gab es an Hermann Rappes Position in der Bündnisfrage. Ein Delegierter meinte: „Wer keine Lust hat zum Kämpfen und keine Kraft zum Siegen, der braucht auch keine Bündnisse.“

Auf der Angestelltenkonferenz wurde Herweghs Lied umgedichtet: „Mann und Frau am Bildschirm aufgewacht und erkenne deine Macht, alle Mikrochips stehen still, wenn dein starker Finger es will.“ Im Bericht an die Konferenz wurde die Auffassung geäußert, daß die Chancen für eine

gerechte, friedliche, demokratische und menschliche Gesellschaft wüchsen, denn: „Je weniger menschliche (lebendige; die Red.) Arbeit im Produkt enthalten ist, desto mehr geht die Möglichkeit der Gewinnerzielung, die Grundlage unseres Wirtschaftssystems, zurück.“

In der Entschließung „Das geplante Arbeitszeitgesetz muß verhindert werden“ wird nachgewiesen, daß die Arbeitszeit zukünftig über Kontakte hinweg auf 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden kann und lediglich im Durchschnitt von 3 bis 4 Monaten die 48-Stunden-Woche eingehalten werden muß. Es fehlen jegliche Bestimmungen zur Mehrarbeit. Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen soll aufgehoben und die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepausen für Frauen verkürzt werden. Das Sonntagsarbeitsverbot soll über die bisher möglichen Ausnahmen hinaus gelockert und weitere Ausnahmegenehmigungen möglich werden.

Die IG Metall stellt fest, daß dieser Gesetzentwurf zurück in den Frühkapitalismus führt. Fazit der Konferenz: „So weit sind nicht einmal die Nazis gegangen“, „denn deren AZO aus dem Jahre 1938 enthielt mehr Schutzrechte für die arbeitenden Menschen, als die jetzige Bundesregierung zubilligen will.“ Es dürfe daher „keinen 2. Fall ‚Beschäftigungsförderungsgesetz‘ geben, das ohne Widerstand der Gewerkschaften den Bundestag passieren konnte“ (siehe auch S. 36).

Heinz Schäfer

HBV-Bundesjugendtreffen: Zukunft ist, was wir daraus machen!

Vom 17. bis 21. Juni trafen sich fast 500 Kolleginnen und Kollegen der HBV-Jugend in Lage-Hörste. Gemeinsam wurde gearbeitet, diskutiert, gefeiert und schon mal ein Stück „Zukunft“ gelebt. In 13 Arbeitsgruppen und Workshops wurden neben Fragen der beruflichen Bildung auch allgemeinpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend behandelt. Schwerpunkte bildeten hierbei die Forderung nach einer Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Übernahme nach der Ausbildung in Verbindung mit dem Motto „Wer nicht ausbildet, soll zahlen!“

Großen Andrang hatte auch die Arbeitsgruppe „Neue Technologien und ihre Auswirkung auf Ausbildung und Beruf.“ Gleich in zwei Bereichen war die Umsetzung der neuen Ausbildungsordnung im Einzelhandel Diskussionsstoff. In allen Arbeitsgruppen und Workshops wurde allerdings nicht nur gewerkschaftliche Jugendarbeit diskutiert, sondern an Ort und Stelle auch praktiziert. Weder Konsumhaltung noch angepaßtes unpolitisches Verhalten, welches der Jugend so oft nachgesagt wird, war auf diesem Bundesjugendtreffen zu spüren. Im Gegenteil, solidarisch und engagiert setzten sich die Jugendlichen mit ihren konkreten Zukunftsutopien auseinander, was in vielen unterschiedlichen Formen Ausdruck fand. In Plakaten, Theaterstücken, Fotoausstellungen und einem

überdimensionalen Wandbild wurden die Forderungen nach Frieden, Abrüstung, Arbeit, Umweltschutz, Gleichberechtigung und gegen Ausländerfeindlichkeit umgesetzt. Alle Arbeitsergebnisse waren so angelegt, daß sie konkret für die örtliche Jugendarbeit genutzt werden können. Über das zentrale Angebot hinaus stellten die einzelnen Landesbezirke ihre Arbeit vor. So zeigten die Bayern u. a. Filme über die Auseinandersetzungen in Wackersdorf, informierten die Niedersachsen über neonazistische Entwicklungen, gab es im Hamburg-Zelt einen echten „Hamburger Kessel“, stellten die Hessen Aktionen zur Tarifrunde vor, und die Saarländer berichteten über die Situation ihres Landesbezirks unter dem Motto „Schlechte Zeiten – schöne Seiten“.

Welch hoher politischer Stellenwert diesem Bundesjugendtreffen beigemessen werden kann, wird besonders deutlich durch die Tatsache, daß mit dem gesamten Treffen ein Besuch im nahegelegenen Stukenbrock, einem sowjetischen Soldatenfriedhof, Ruhestätte für über 65 000 Tote, abgestattet wurde. Bei dieser Gedenkveranstaltung nahm das geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft HBV, Christian Götz, den Schwur der Überlebenden von Stukenbrock auf: „Wir werden den kommenden Generationen von den Schrecken des Krieges erzählen. Wir versprechen, gegen jegliche Versuche, einen neuen Krieg zu entfesseln und den Nazismus wiederherzustellen, aktiv zu kämpfen.“ In seinem Referat

HBV setzt Zeichen

20 Millionen sowjetische Menschen – davon über die Hälfte Zivilisten, also auch unzählige Frauen und Kinder – verloren in dem, von den Nazis angezettelten (2. Welt-)Krieg ihr Leben. Nicht die SS, sondern die sogenannte „Reguläre Wehrmacht“ hat den Tod von 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Gewissen. Auf Massenfriedhöfen der Bundesrepublik liegen 325 000 verhungerte und ermordete sowjetische Kriegsgefangene; allein in Stukenbrock 65 000 ...

Kein Staatsoberhaupt, kein Bundeskanzler, kein Spitzenpolitiker, kein aktiver Bundeswehrgeneral, kein Bischof, aber auch kein DGB- oder Gewerkschaftsvorsitzender hat sich bisher der selbstverständlichen Pflicht unterzogen, in Stukenbrock (wenigstens) den Opfern seine Referenz zu erweisen ... Um so mehr begrüße ich es, daß die junge Generation unserer und meiner Gewerkschaft HBV mit der heutigen Veranstaltung ein deutliches Zeichen setzt.

(Christian Götz auf einer Gedenkveranstaltung der HBV-Jugend am 20. 6. 1987 in Stukenbrock.)

verurteilte Christian Götz Staatsanwälte und Richter, die Rechtstendenzen und Volksverhetzungen gegen Ausländer tolerieren. Gleichzeitig appellierte er an die Bundesregierung, nicht weiter den Bremser im Abrüstungsprozeß zu spielen.

Auch in der Frage „Internationale Solidarität“ wurden mit diesem Bundesjugendtreffen Zeichen gesetzt. Zum einen gab es ein Treffen von HBV-Jugendlichen, die an unterschiedlichen Brigaden in Nicaragua teilgenommen hatten, die von ihrem Einsatz berichteten und die Möglichkeit einer eigenen HBV-Brigade ansprachen. Zum anderen wurde, ausgehend vom Bundesjugendtreffen, die Solidaritätsaktion „Eine Druckmaschine für unsere Schwestergewerkschaft Cawusa in Südafrika“ ins Leben gerufen. Mitinitiator war der 1. Vorsitzende Günter Volkmar. Ft.

IGM-Jugend machte „Dampf für eine bessere Zukunft“

Was in den Bezirken bereits zur Tradition zählt, dehnte die IG Metall mit ihrem ersten zentralen Jugendtreffen vom 28. bis 31. Mai im süd-hessischen Weiterstadt bundesweit aus. Genau war die Teilnehmerzahl nicht auszumachen: Bei Eröffnung hatten die jungen Gewerkschafter das weitflächige Gelände mit Abrüstungs- und Clara-Zetkin-Pfad, Rosa-Luxemburg- und Mandelaweg zur „volkszählungsfreien Zone“ erklärt. Dennoch ließ der Kartenverkauf den Rückschluß zu, daß statt der erwarteten 1800 über 3000 junge Mitglieder an dem Treffen teilnahmen, um „Dampf für eine bessere Zukunft“ zu machen.

Obwohl manche Freiluftveranstaltung im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser fiel, sorgten Workshops, Infostände, Diskussionsforen, Autorenlesungen – beispielsweise mit Bernt Engelmann – und jede Menge eigene Kultur dafür, daß keine Langeweile aufkam. Die täglich erscheinenden „camp news“ mit festem Redaktionsschluß um 18 Uhr informierten über die verschiedenen Veranstaltungen und glossierten auch so manches Ereignis.

Eröffnet wurde das Treffen von Karin Benz-Overhage, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands. Dem Motto gemäß rief sie dazu auf, Dampf zu machen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungs- und Arbeitsplatzvernichtung, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, für eine lebenswerte Umwelt sowie für Frieden und Abrüstung. Einige dieser Komplexe waren Themen der Diskussionsforen. So sollte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion und Rüstungsexperte Volker Rühle die Position seiner Partei zu Frieden und Abrüstung verdeutlichen. Angeblich jedoch hatte er keine Zeit, und ein anderer CDU-Politiker war nicht zu finden.

Und so blieben die Abrüstungsbefürworter Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD), Gertrud Schilling (Grüne) und Horst Klaus von der IG-Metall-Spitze mit dem Plenum unter sich.

Anders war die Situation zum globalen Thema Umwelt. Hier begab sich der neue hessische CDU-Umweltminister Weimar aufs Glatteis bei der Verteidigung von Positionen seiner Partei. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Joschka Fischer, dem Hamburger Staatssekretär Fahrenhold (SPD) und Karin Roth aus der Grundsatzabteilung des IG-Metall-Vorstands konnte er keinen Blumentopf gewinnen.

Höhepunkt des Treffens war zweifellos der Abend der internationalen Solidarität u. a. mit den Gruppen Ortiga und den Dissidenten. Diese Veranstaltung im großen Willi-Bleicher-Zelt wurde mit einer Rede des Vorsitzenden Franz Steinkühler eröffnet. Beifall der 3000 Zuhörer kam immer dann auf, wenn er Zukunftsprobleme ansprach und auf gewerkschaftliches Handeln orientierte. Verständlicherweise ging er auch auf den jüngsten Tarifaufschluß

ein, den er als „tarifpolitischen Erfolg“ und „ein Stück konkrete Zukunftsgestaltung“ bezeichnete.

Indirekt sprach der IG-Metall-Vorsitzende auch die dreijährige Laufzeit des Tarifvertrages an und erklärte, daß es keinen Grund gebe, in den drei Jahren auszuruhen. Er stellte die Aufgabe, dafür zu kämpfen, „bis allen Menschen, die sich ausbilden lassen und arbeiten wollen, ein menschenwürdiger Arbeitsplatz und eine zukunftsorientierte Berufsbildung angeboten wird“. Die Gewerkschaften rief er auf, die „langfristigen Ziele zur Veränderung dieser Gesellschaft“ nicht aus den Augen zu verlieren.

Franz Steinkühler bescheinigte der IG-Metall-Jugend völlig zu Recht ein starkes Engagement in gesellschaftspolitischen Fragen. Beispielsweise seien demokratische Grundrechte und Gewerkschaftsrechte überall dort eingefordert worden, wo sie eingeschränkt und unterdrückt würden. Als Stichworte nannte er den Kampf der jungen Mitglieder seiner Gewerkschaft gegen das verächtliche Apartheidsystem in Südafrika einerseits sowie die finanziellen und praktischen Unterstützung für den Wiederaufbau Nicaraguas andererseits. Unter starkem Beifall forderte er die USA auf, „endlich ihren schmutzigen Krieg gegen Nicaragua einzustellen“. Zugleich rief Steinkühler dazu auf, mit der internationalen Solidarität im eigenen Land zu beginnen, sonst würde sie sehr schnell zum „wohlfeilen Lippenbekenntnis in Sonntagsreden“. Konkret nannte der IG-Metall-Vorsitzende den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus und Rechtsentwicklung. Im „Bündnis mit anderen antifaschistischen Gruppen“ müsse das „öffentliche Auftreten der Neonazis verhindert“ werden.

Harsche Kritik übte Steinkühler an der Reaktion der Bundesregierung auf die weitreichenden Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion. Anstatt das Angebot Gorbatschows zu prüfen und konsequent zu handeln, biete die Bundesregierung wieder das gewohnte Bild: „Palaver statt Profil, Filibuster statt Führung, Konfusion statt Konzeption“, so daß der Verdacht aufkäme, sie sei an einer Abschaffung der Atomwaffen gar nicht interessiert. Seine

Thyssen handelt „unmenschlich“ – Schutz nur durch sozialen Aufruhr

Mit den Stimmen der Unternehmenseite und des „neutralen“ Mannes, Exbundespräsident Walter Scheel, hat der Aufsichtsrat der Thyssen-Stahl-AG am 23. Juni die Stilllegung des Werkes Hattingen bis Herbst 1988 und die Schließung mehrerer Teile des Werkes Oberhausen beschlossen. Massenhaften Protesten in der Region, seit Monaten anhaltend, ist es zu verdanken, daß der Konzern „personalpolitische Entscheidungen“ zunächst vertagte, bis zum 23. September, wenn in Brüssel der EG-Ministerrat über die europäische Stahlindustrie berät.

Massenentlassungen sind damit schon vorprogrammiert, der „Schwarze Peter“ allerdings vorerst von der Konzernleitung geschickt den Politikern in Bonn, Düsseldorf und Brüssel zugeschoben. Um je 3000 Arbeitsplätze in Hattingen und Oberhausen wird gekokert. Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hat die Stilllegungsbeschlüsse in einer ersten Stellungnahme als „unsozial und unmenschlich“ bezeichnet, weil sie nur nach den betriebswirtschaftlichen Gewinninteressen, ohne Rücksicht auf ungleich größere gesellschaftliche Verluste an den betroffenen Standorten gefaßt worden seien. Auch der beste Sozialplan biete keine Perspektive, wo ganze Regionen vom Kahlschlag bedroht seien. Damit werde gleichermaßen gegen die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und gegen das Verfassungsgebot zur Herstellung gleicher Lebenschancen im Bundesgebiet verstoßen.

Darüber hinaus seien die Festlegungen auf Massenentlassungen „zumindest übereilt“, so Steinkühler. Es hätte dem Geist der Vereinbarung zwischen den Unternehmen der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl (WEST) und seiner Gewerkschaft vom 10. Juni entsprochen, statt dessen die Entscheidung ganz zu vertagen, „bis die von beiden Seiten eingeforderte Unterstützung sichergestellt“ sei. In der Vereinbarung zwischen WEST und IG Metall zeigten sich die Unternehmer einverstanden, „auf die im Rahmen der notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen ursprünglich vorgesehenen und als

Gewerkschaft jedenfalls werde „nicht lockerlassen, bis auch in Bonn über den beiderseitigen Abzug und die Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen als ersten Schritt für ein atomwaffenfreies Europa verhandelt wird“.

Sicherlich werden von diesem ersten großen Treffen weitere Impulse ausgehen für die Jugendarbeit der IG Metall, die immerhin 460 000 junge Mitglieder zählt (das sind mehr als die Gewerkschaften Textil – Bekleidung sowie Erziehung und Wissenschaft zusammen organisiert haben), und noch mehr junge IG-Metaller sich den Politikfeldern zuwenden, die von den „alten Hasen im Jugendbereich“ schon lange besetzt sind.

G. M.

notwendig angesehenen betriebsbedingten Kündigungen zu verzichten“.

Anerkannt wurde die Priorität, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, insbesondere unter Berücksichtigung der von der IG Metall vorgeschlagenen Konzeption einer Beschäftigungsgesellschaft und weiterer (nicht näher erläuteter) Vorschläge von Unternehmenseite. In einem Aktionsprogramm seien diese weiterhin mit Bund, Ländern und Gemeinden zu koordinieren. Die Stahlunternehmen verpflichteten sich, „bei allen zukünftigen Investitionsentscheidungen sicherzustellen, daß, wenn irgend möglich, zukünftige Investitionen in den betroffenen Stahlregionen getätigt werden“. In der Vereinbarung zwischen WEST und IG Metall werden ferner die sozialverträgliche Gestaltung (u. a. Kurzarbeitergeld, vorzeitiges Ausscheiden älterer Arbeitnehmer) angesprochen, und schließlich der Vorbehalt der Unternehmer formuliert, „... wenn die öffentliche Hand nicht rückzahlbare öffentliche Beihilfen in einer Höhe leistet, wie sie es bis 1985 getan hat“.

Doch hier mangelt es an Initiative seitens der Bundesregierung. Beim zweiten Stahlgespräch mit Bundeskanzler Kohl am 16. Juni in Bonn, bei dem Steinkühler die Vereinbarung zwischen WEST und IG Metall sowie die Forderung nach einer aktiven Beschäftigungs- und Strukturpolitik vortrug, sah sich Kohl nicht in der Lage, materielle Hilfen bereitzustellen. Vertröstet wurde auch hier auf die EG-Ministerrunde im September. Gleiches galt für das dritte Stahlgespräch am 26. Juni. Zur Erinnerung: Bei der ersten Runde hatte der Kanzler eine gemeinsame Konzeption von Unternehmer- und Gewerkschaftsseite als Vorbedingung für Regierungsgelder verlangt.

Mit der Rahmenkonzeption für die Beschäftigungsgesellschaften, die die IG Metall im Mai vorgelegt hatte, war dafür die Grundlage gegeben; gedacht auch als Gegenvorschlag zur Stahlstiftung der Unternehmer, mit der sich diese, mit einem Handgeld, aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung stehlen wollten. Das Konzept der IG Metall hingegen bindet die jeweiligen Konzerne ein. Finanziert von diesen, sowie von öffentlichen Mitteln (Subventionen, Förderprogrammen, Bun-

desanstalt für Arbeit) könnten auf diese Weise die Betriebszugehörigkeit und die Qualifikationen der von Entlassung Bedrohten erhalten und vor allem die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Konzerne genutzt werden. Denn Hauptaufgabe der zu gründenden Beschäftigungsgesellschaften mit öffentlicher Beteiligung ist es, neben der kurzfristigen Beschäftigungssicherung, mittelfristig neue Produktlinien, insbesondere im Bereich öffentlicher Investitionsnachfrage (also z. B. Umweltschutzanlagen, Fernwärmenetze etc.), zu entwickeln. Dies könnte nach Vorstellung der IG Metall langfristig „zur Gründung neuer lebensfähiger Unternehmen mit neuen Produkten und den „alten“, sowie zusätzlich neuen Beschäftigten in den Stahlregionen“ führen.

Doch zu solchen Lösungsansätzen wird es des noch massiveren politischen Drucks auf Regierung und Konzerne bedürfen. Hat der monatelange Kampf der Stahlarbeiter in Hattingen und Oberhausen bislang zur Verhinderung von Massenentlassungen beigetragen, so sind für umfassende Strukturveränderungen zur Sicherung von mehr als 20 000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie bis in die 90er Jahre noch weitaus mächtigere Aktionen der gesamten IG Metall vonnöten. Insofern scheint auch die Frage des geschäftsführenden IG-Metall-Vorstandsmitglieds Georg Ippers in der Mitgliederzeitschrift „metall“ (13/87) nicht richtig gestellt: Nicht „sozialer Schutz oder sozialer Aufruhr“, sondern nur sozialer Schutz durch Gegenwehr. Es kommt eben nicht auf den Kanzler an; die IG Metall entscheidet.

Überhaupt werden die nächsten Monate zeigen, ob die Vereinbarung zwischen IG Metall – WEST den Widerstandswillen der Stahlkocher aufrechterhält und beflügelt oder aber – und dies befürchten nicht wenige Stahlkocher –, ob solche Spitzenvereinbarungen, an den Betroffenen vorbei, einschläfernd wirken. Bernhard Keßeler

Preiss warnt vor Abbau des Sozialstaats

Vor einem Abbau des Sozialstaats hat das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss gewarnt. „Ziel konservativer Strategie ist nicht nur der Abbau, sondern der totale Umbau unseres Sozialstaats“, sagte Preiss auf einer Bezirkskonferenz der IG Metall Anfang Juni in Krefeld. Als Mittel dienten Privatisierung der sozialen Vorsorge und immer größere Handlungsmöglichkeiten der Unternehmer, „damit sie ihre Profite sichern und erhöhen können“. Mit der Aufhebung von arbeits- und sozialrechtlichen Bindungen zielen die Politiker der Konservativen direkt auf die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Diese Entwicklung werde die IG Metall nicht mitmachen, warnte Preiss.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Franz Steinkühler: Politische Bestandsaufnahme

Am 19. Mai fand in Frankfurt die Zentrale Geschäftsführerkonferenz der IG Metall statt. Eine politische Bestandsaufnahme machte der 1. Vorsitzende Franz Steinkühler. Seine Rede enthält viele Gedanken über die zukünftige Tarifpolitik sowie zu gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Grundsatzpositionen. Nachfolgend dokumentieren wir die Rede geringfügig gekürzt. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt.

I. Tarifpolitischer Erfolg

Wir haben einen tarifpolitischen Erfolg errungen. Darüber wollen wir nicht sang- und klanglos zur Tagesordnung übergehen. Die Metaller und Metallerinnen haben gezeigt, daß sie gemeinsam kämpfen können. Die Metaller und Metallerinnen zeigen heute, daß sie auch gemeinsam feiern können.

Unsere heutige Zentrale Geschäftsführerkonferenz ist eine Gelegenheit zur politischen Bestandsaufnahme und zum persönlichen Gespräch. Gleichzeitig geht es um Orientierungspunkte für die absehbare Zukunft, um politische Perspektiven für den Rest der 80er Jahre. Sie sind durch die Beschlüsse des Gewerkschaftstages in den Grundzügen festgelegt und im Grundsatzreferat bekräftigt worden. Die IG Metall hat Tarifverträge und Arbeitszeitabkommen vereinbart. Aber die IG Metall hat keine Freundschaftsverträge und keine Friedensabkommen unterzeichnet.

– nicht mit den Arbeitgebern

– und schon gar nicht mit der Regierung.

Wir dürfen und wir werden nicht zum Juniorpartner des Kapitals degenerieren. Wir müssen und werden die Gegenmacht der Arbeitnehmer bleiben. Nur dann werden wir unserem Auftrag als solidarische Interessenvertretung und als sozialer Hoffnungsträger gerecht. Nur dann werden wir dem konkreten Unrecht in der bestehenden Gesellschaft zu Leibe rücken und unseren realen Utopien von einer besseren Gesellschaft näher kommen. Diese Tarifbewegung wurde nicht nur geführt um kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne, um die Verteilung der Arbeit und die Verteilung der Einkommen. Sie wurde auch geführt um die gegensätzlichen Perspektiven der flexiblen Ellbogengesellschaft und der solidarischen Arbeitsgesellschaft; um die grundsätzlichen Alternativen einer autoritären Zukunftsplanung und einer sozialen Zukunftsgestaltung.

Inhaltsverzeichnis

Neue Gesichter im Kampf gegen ein Tarifiediktat

18

Anmerkungen zu den Angestelltenthesen der IG Metall

19

Beziehungen zwischen DGB und FDGB werden intensiviert

23

II. Großer Sprung nach vorn

Wir wollen zunächst auf die Ergebnisse der Tarifaufeinandersetzung zurückblicken. Dies können wir mit Stolz und Freude tun.

1. Die 37-Stunden-Woche als neue tarifliche Regelarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich ist ein großer Sprung nach vorn. Der Weg zur 35-Stunden-Woche ist unaufhaltsam und unumkehrbar. Damit haben wir erneut den Beweis unserer aktiven und solidarischen Tarifpolitik im Interesse der Arbeitnehmer und im Interesse der Arbeitslosen geliefert. Mit der 38,5-Stunden-Woche haben wir über 100 000 Arbeitsplätze in der Metallindustrie gesichert und geschaffen. Die 37-Stunden-Woche bringt bis zu 100 000 weitere Arbeitsplätze.

Der beschäftigungspolitischen Tatenlosigkeit der Regierung steht unser erfolgreiches Engagement gegenüber

– für mehr Arbeitsplätze;

– für mehr Menschlichkeit und

– für mehr Freizeit.

2. Zusätzlich zum Lohnausgleich haben wir Einkommensverbesserungen durchgesetzt, die im ersten Jahr die Realeinkommen deutlich steigern, in den weiteren Jahren nach heutigem Stand die Realeinkommen voraussichtlich halten werden. Auch die Verbesserung der Kaufkraft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit haben wir die zwei der Tarifpolitik möglichen Wege, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wiederum genutzt.

3. Wir konnten die Arbeitszeitverkürzung auch für die Auszubildenden durchsetzen. Die 38,5-Stunden-Woche für alle Auszubildenden ab 1. April 1988

– das ist eine Errungenschaft, über die wir besonders froh sind. Gerade dieser Punkt wurde bis zuletzt von den Arbeitgebern hartnäckig abgelehnt. Wir haben unseren Erfolg durch unseren entschlossenen Willen erzielt, ohne kürzere Arbeitszeit für Auszubildende keinerlei Abschluß zu tätigen. Das war nicht einfach. Und was genauso wichtig ist: Wir haben klargestellt, daß die nach dem 1. April 1990 zu vereinbarende Arbeitszeit für Arbeitnehmer automatisch auch für Auszubildende gelten wird. Das heißt im Klartext: Die 35-Stunden-Woche für Auszubildende ist prinzipiell schon heute gesichert.

In der Frage der Differenzierung wurde eine Wende eingeleitet. Damit ist der Grundstein gelegt, sich das nächste Mal von der Differenzierung ganz verabschieden zu können. Konkret durch folgende Punkte:

– Die 40-Stunden-Woche als Obergrenze für die individuelle regelmäßige Arbeitszeit ist aus dem Tarifvertrag endgültig beseitigt.

– Die Spanne unterschiedlicher Arbeitszeiten wurde von drei auf 2,5 Stunden verringert.

– Unterhalb der tariflichen Arbeitszeit ist maximal eine halbe Stunde Abweichung für individuelle regelmäßige Arbeitszeit zulässig, noch dazu mit voller Ausgleichszahlung.

5. Wir haben schließlich die Sicherung des freien Samstags in praktisch allen regionalen Tarifverträgen verbessert. Die Arbeitgeberforderungen liefen darauf hinaus, eine soziale Zeitordnung zu zerstören. Sie sind samt und sonders abgewehrt. Wir haben den Stellenwert des freien Samstags in der Öffentlichkeit unterstrichen.

Zu Recht können wir dieses Ergebnis als Erfolg werten. Natürlich trägt es auch die Handschrift eines Kompromisses. Und wir haben keinen Grund, das zu verschweigen, was uns daran weniger gefällt:

– Ich nenne die fehlende 35 als Enddatum eines Stufenplans. Ich sage aber auch: Die abermals kurze Laufzeit der neuen Arbeitszeitbestimmungen bis 31. 3. 1990 macht dies annehmbar. Wir werden schneller, als manche heute denken, in der Metallindustrie vor der Durchsetzung des letzten Schrittes zur 35-Stunden-Woche stehen.

– Ich nenne zweitens die dreijährige Laufzeit bei Lohn und Gehalt. Hier gibt es manche Kritik und Besorgnisse. Und in der Tat haben wir hier einen Wechsel auf die Zukunft vereinbart. Nach dem heutigen Stand muß man befürchten, daß die Konjunktur abflacht und die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Dann haben wir vielleicht jetzt mehr durchgesetzt, nimmt man Arbeitszeitverkürzung sowie Lohn und Gehalt zusammen, als 1989 möglich gewesen wäre. Oder die Konjunktur erlebt einen neuen Aufschwung, und die Preise gehen in die Höhe. Dann bin ich sicher, daß wir in den Betrieben und als IG Metall Mittel und Wege finden werden, Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in geeigneter Weise durchzusetzen.

– Ich nenne drittens die sechs Monate Ausgleichszeitraum. Kapazitätsorientierte, flexible Jahresarbeitszeit, einen weiteren massiven Wunsch der Arbeitgeber, konnten wir abwenden. Wir haben tarifvertragliche Regelungen, die verhindern, daß der Sechsmonatsausgleichszeitraum zur kapazitätsorientierten Halbjahreszeit wird. Sie gilt es zu nutzen. Aber wenn ich daran denke, in wieviel Betrieben jetzt gegen den Zweimonatszeitraum verstoßen wurde, so konnten wir für seine Verteidigung letzten Endes keinen entscheidenden Druck machen.

– Ich nenne schließlich, daß wir bei den Mehrarbeitsbestimmungen keine durchschlagende Verbesserung erreichen konnten. Auch dies zeigt, daß hier noch innerorganisatorische Aktion und Agitation vonnöten ist. Auch an diesem Punkt war kein vehementer Druck aus den Betrieben, aus der gesamten Organisation in Richtung auf eine andere Lösung zu spüren. Gestritten haben wir an diesem Punkt. Dafür einen Streik zu riskieren, war unverantwortlich. Wir haben keinen Grund, diese Problempunkte zu verschweigen. Wir haben allen Grund, trotz dieser Punkte auf das Erreichte gemeinsam stolz zu sein.

Wir haben diese Tarifauseinandersetzung regional begonnen, und wir haben sie auch regional zu Ende geführt. Die Ergebnisse des Spitzengesprächs sind Ergebnisse unserer Kampfkraft in den Regionen und nichts anderes. Wir konnten aufbauen auf regionalen Verhandlungsständen, vor allem auf dem, was in Stuttgart vor dem Scheitern erreicht worden war. Ich warne vor der einschläfernden Mentalität, die sich nach der Lösung in einem Spitzengespräch breitmachen könnte. Ich sage ganz deutlich: Meine Kollegen und ich hatten auch beim Spitzengespräch vor allem eines in der Hand: die Kampfbereitschaft, die in der Beteiligung an den Warnstreiks sichtbar geworden war; die Entschlossenheit, notfalls auch einen Arbeitskampf zu führen und die kalte Aussperrung zu bewältigen.

Wir haben mit mehr als einer Million Beteiligten die größten Warnstreikaktionen seit 1981 zuwege gebracht. Dafür sage ich euch allen herzlich danke. Auch bei der Dauer der Warnstreiks haben wir früher Erreichtes vielfach überschritten. Jeder von uns weiß: Ob ein Warnstreik gelingen wird, steht erst im nachhinein fest. Das Risiko ist in Klein- und Mittelbetrieben besonders groß. Gerade darum ist es auch so erfreulich, daß gerade dort in 1987 besonders viele Warnstreikaktionen erfolgreich gelaufen sind. Darum bitte ich euch: Gebt unseren Dank, gebt den Dank des gesamten Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall an die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben weiter. Sie haben ihr Ergebnis erreicht, auf das wir alle gemeinsam stolz sein können. Dieses Ergebnis haben wir nicht unserem Wohlfühlen oder gar einer sogenannten Sozialpartnerschaft zu verdanken, wie uns konservative Politiker und Kommentatoren einzureden versuchen. Dieses Ergebnis haben wir allein unseren Anstrengungen, unserer Kampfbereitschaft, unserer Mobilisierungsbereitschaft zu verdanken.

III. Organisationspolitische Bilanz:

Dies ist nicht die Stunde einer schonungslosen Selbstkritik im einzelnen, die wir aber alle noch zu leisten haben. Wir werden die Schwachstellenanalyse nachholen und die Mobilisierungsdefizite aufarbeiten. Dies ist die Stunde einer selbstbewußten Bestandsaufnahme, die durch den Stolz auf das Erreichte geprägt wird. Fest steht: Die Disziplinierungspolitik und die Spaltungsstrategie der Arbeitgeber ist durchkreuzt worden. Fest steht auch: Unsere Mobilisierungspolitik und unsere Solidarisierungsstrategie hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Das gilt für den Verlauf und die Resultate dieser Tarifbewegung. Das gilt für die Industriegewerkschaft Metall und für den Deutschen Gewerkschaftsbund.

Wir haben uns gemeinsam freigekämpft aus dem Würgegriff des Gesetzgebers. Er hat den Arbeitgebern das Kampfmittel der heißen Aussperrung gelassen und das zusätzliche Kampfmittel der kalten Aussperrung gegeben. Wir haben uns gemeinsam freigekämpft aus dem Zangengriff der Arbeitgebertaktik. Sie hat den Willen zur Verständigung vorgetauscht und die Entschlossenheit zur Konfrontation vorgeführt.

Bewiesen und bestätigt wurde:

– Das entscheidende Mittel gegen die Unbeweglichkeit der Arbeitgeber ist die Mobilisierung der Arbeitnehmer.

– Der einzige Weg zur Kompromißfähigkeit von Gesamtmetall ist die Konfliktfähigkeit der IG Metall.

Wir haben gemeinsam die politische Kapitulation verhindert und den sozialen Kompromiß verwirklicht.

Das Ziel der Arbeitgeber war die minimale Verkürzung der Arbeitszeit und die maximale Differenzierung der Arbeitszeit. Damit wäre der Bann gebrochen worden

– für die dauerhafte Ausgrenzung der Arbeitslosen;

– für eine endgültige Abkoppelung der Auszubildenden;

– für die nachhaltige Abtrennung von qualifizierten Arbeitern und technischer Intelligenz: erst von der generellen Arbeitszeitverkürzung und dann von der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Wir haben den Trend zur allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit beschleunigt und die Tendenz zur gezielten Differenzierung der Arbeitszeit gebremst. Das ist zugleich ein Beitrag

– zur beschäftigungspolitischen Solidarität mit den Arbeitslosen;

– zum gewerkschaftspolitischen Zusammenhalt von Jung und Alt;

– zum organisationspolitischen Schulterschuß von Arbeitern und Angestellten: erst auf dem wichtigen Gebiet der kollektiven Arbeitszeitverkürzung und dann auf dem weiten Feld der kollektiven Interessenvertretung.

Wir haben einen bedeutsamen Schritt getan zur Stabilisierung und zur Stärkung unserer Industriegewerkschaft. Damit ist die Attraktivität der Organisation für jene Arbeitnehmergruppen gesteigert worden, die bisher noch allzuoft abseits stehen. Gewerkschaftsbeiträge sind keine Bringschuld. Wir müssen die Jugendlichen und die Angestellten, die Techniker und die Ingenieure dort abholen, wo sie heute stehen. Das geht nicht mit dem alten Vorwurf von falschen Bewußtseins- und Verhaltensformen. Das geht nur mit neuen Vorgaben für die richtigen Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Organisation.

Gewerkschaftliche Erfolge aber sind genausowenig eine Bringschuld. Sie können nur dort geholt werden, wo heute die Verfügungsmacht und die Entscheidungsgewalt über die Technik und den Menschen liegen. Das geht nicht mit der alten Ideologie von der sozialen Partnerschaft, die angeblich Kapital und Arbeit miteinander aussöhnen will. Das geht nur mit neuen Initiativen für soziale Bündnisse, die individuelle Fähigkeiten und kollektives Engagement tatsächlich miteinander in Einklang bringen.

IV. Dank an DGB-Gewerkschaften

Zu Beginn meines Referats habe ich den vielen Kolleginnen und Kollegen gedankt, die sich an unseren Warnstreiks beteiligten. Es ist zuallererst ihr Verdienst, daß unsere Gewerkschaft nicht zum Bittsteller und zum Bettelverein erniedrigt wurde. An dieser Stelle möchte ich vor allem einem Kollegen danken, der seine ganze Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen Sache gestellt hat. Das ist der Vorsitzende des DGB, unser Freund Ernst Breit. Lieber Ernst, es ist zu einem guten Teil dein Verdienst, daß unser Gewerkschaftsbund in dieser Tarifbewegung Barrieren aus der Vergangenheit überwunden und Signale für die Zukunft gesetzt hat.

In unseren Dank schließen wir ein alle Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften; die Funktionäre und die Mitglieder der anderen Industriegewerkschaften und der Gewerkschaften des öffentlichen

Dienstes, vor allem aber alle Betriebe und Belegschaften außerhalb der Metallindustrie, die uns die begründete Zuversicht gegeben haben, in der Stunde der Not nicht alleine zu stehen. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben eine bislang beispiellose Welle praktischer Solidarität vorbereitet und eingeleitet. Sie haben mit einem bisher einmaligen Handlungs- und Hilfsprogramm den Willen und die Fähigkeit zur Entschlossenheit und geschlossenen Gegenwehr unterstrichen. Das geschah mit der DGB-Aktion Solidarität '87. Sie stand unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen – Aussperrung bekämpfen“. Das geschah vor allem mit der umfassenden Vorbereitung von Patenschaften für die Opfer der kalten Aussperrung im gewerkschaftlichen Rahmen und im gesellschaftlichen Raum. Uns ist der gesellschaftliche Großkonflikt erspart geblieben, weil diese gewerkschaftliche Großaktion zu greifen begann.

Mit unserem Dank verbinden wir ein festes Versprechen: Der Solidarität für die IG Metall wird die Solidarität durch die IG Metall in nichts nachstehen. Das galt bis vor kurzem für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in ihrem Kampf gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Arbeitgeberinteressen. Die HBV hat neue Mitgliederschichten gegen die alte Erpressungspolitik der Großbanken mobilisiert. Die HBV konnte sich auf uns verlassen. Sie hat der Provokation der Banken getrotzt und der Flexibilisierung nach Gutsherrenart widerstanden.

Das gilt morgen auch für die anderen Einzelgewerkschaften, die antreten können und eintreten werden

– unter dem Banner mit der goldenen Sonne;

– unter dem Motto „Arbeitszeitverkürzung für alle statt Arbeitslosigkeit für viele“.

Wir haben den Sprung geschafft von gemeinsamen Programmen zur gemeinsamen Praxis, von der einheitlichen Organisation zum einheitlichen Handeln. Damit haben wir einen bedeutsamen Schritt getan für die Stabilisierung und Stärkung unserer Einheitsgewerkschaft.

V. Bündnis und praktische Solidarität

In unseren Dank für prinzipiellen Beistand und praktische Solidarität schließen wir von ganzem Herzen die engagierten Demokraten und gesellschaftlichen Gruppen ein, die sich hinter die Ziele der kämpfenden Gewerkschaften und an die Seite des arbeitenden Menschen gestellt haben. Wir haben Unterstützung aus dem parteipolitischen Bereich bekommen. Ich danke der Sozialdemokratischen Partei für ihren konkreten Beitrag zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen; für ihre erklärte Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf gegen die Aussperrung. Ihr Fraktionsvorsitzender und ihr Parteivorsitzender, Jochen Vogel und Willy Brandt, haben auch die Ergebnisse der Tarifbewegung als sozialen Erfolg und politischen Durchbruch gewürdigt und begrüßt.

Ich danke denjenigen Grünen, die sich in Programm und Praxis zu unseren arbeitszeitpolitischen Zielen und zu unseren arbeitskampfpolitischen Positionen bekannt haben. Aber ihr Fraktionssprecher und ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, die Herren Ebermann und Strathmann, haben unsere Ergebnisse als Festschreibung der Massenarbeitslosigkeit und als Einstieg in die Saisonarbeit kritisiert. Das war wohl als Schlag in das Gesicht der IG Metall gedacht. Das ist letztlich ein Tritt in den eigenen Hintern.

Wir haben Unterstützung aus dem kirchlichen Bereich bekommen für die Verwirklichung der generellen Wochenarbeitszeitverkürzung und für die Verteidigung des freien Wochenendes; von Vertretern der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik, von Einzelpersonen und Kirchenorganisationen, vom kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und vom Verband der evangelischen Arbeitnehmerorganisationen. Wir haben Unterstützung aus dem wissenschaftlichen Bereich erhalten für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und für unsere Forderungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung insgesamt; von der Initiative Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler für die 35-Stunden-Woche. Wir haben argumentativen Rückhalt und politische Rückendeckung bekommen

von Ärzten und Sportlern, von Jugendverbänden und Künstlerinitiativen.

Wir durften – ganz einfach ausgedrückt – die praktische Solidarität dieser gesellschaftlichen Gruppen erfahren und erleben. Mit alledem ist ein bedeutsamer Schritt getan worden zur Stabilisierung einer demokratischen Öffentlichkeit, zur Verteidigung der gesellschaftlichen Reformfähigkeit. Unseren ehrlichen Dank an die gesellschaftlichen Gruppen verbinden wir mit einem aufrichtigen Wunsch: Wir wollen diesen Bund für soziale Solidarität und das Bündnis für gesellschaftliche Gerechtigkeit nicht abreißen lassen. Wir wollen begonnene Dialoge fortsetzen und verbliebene Distanzen überwinden. Wir wollen das tun, weil es die Möglichkeiten von kritischer Kooperation zu nutzen und die Chancen einer sozialen Bewegung wachzuhalten gilt gegen Massenarbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung; gegen den politischen Mißbrauch der neuen Techniken und für ihre soziale Kontrolle; gegen den Abbau von demokratischen Errungenschaften und für eine soziale Zukunft.

VI. Härtere soziale Konflikte

Ich habe von der Stärkung unserer Industriegewerkschaft und unserer Einheitsgewerkschaft gesprochen. Ich setze auf die steigende Attraktivität der IG Metall und des DGB nach innen und nach außen. Ich plädiere für die Offenheit gegenüber neuen politischen Argumenten und für die Öffnung gegenüber neuen gesellschaftlichen Gruppen. Wir haben keine Garantie, daß wir künftige Auseinandersetzungen gewinnen werden. Aber wir haben eine Gewißheit, daß wir künftige Auseinandersetzungen führen können.

Konservative Mehrheiten in Parlamenten und Regierungen stehen gewerkschaftlichen Mehrheiten in Betrieben und Verwaltungen gegenüber. Die tarifvertragliche Friedenspflicht bei Einkommen und Arbeitszeit ändert nichts an der gewerkschaftlichen Mobilisierungspflicht in Betrieb und Gesellschaft. Die sozialen Konflikte drohen in den kommenden drei Jahren eher härter zu werden: Auf der einen Seite haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtert. Der konservativen Propaganda vom anhaltenden konjunkturellen Aufschwung steht die kapitalistische Realität des beschleunigten wirtschaftlichen Abschwungs gegenüber. Dadurch werden die Gewerkschaften nicht stärker.

Auf der anderen Seite haben sich die politischen Rahmenbedingungen nicht verändert. Dem gewerkschaftlichen Konzept der solidarischen Gesellschaft steht das konservative Konzept der gespaltenen Gesellschaft gegenüber. Auf die gezielte Fortsetzung des konservativen Angriffs, auf die geplante Umsetzung des konservativen Gesellschaftsmodells kann es aus der Sicht der IG Metall und des DGB nur eine Antwort geben: Das ist nicht die Aussöhnung mit einem CDU-Staat und die Unterordnung unter einem Unternehmerstaat. Das ist die Intensivierung der gewerkschaftlichen Gegenwehr und der Ausbau der gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht unter dem Motto: Reform statt Restauration, Solidarität statt Konkurrenz.

VII. Keine Ruhe an tarifpolitischer Front

Drei Jahre Laufzeit bei Lohn und Gehalt und bei der Arbeitszeit, das sind keine drei Jahre Stillstand in der Tarifpolitik. Im Gegenteil: Wir werden an der tarifpolitischen Front keine Ruhe geben. Unsere erste Aufgabe heißt: Arbeitszeitverkürzung auch in unseren anderen Organisationsbereichen. Zum 31. Dezember dieses Jahres sind die Arbeitszeitbestimmungen für alle Tarifgebiete der Eisen- und Stahlindustrie kündbar. Wenn irgendwo offenkundig die Notwendigkeit von umfassender Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen besteht, dann in der Stahlindustrie. 1984 waren die Stahlarbeitgeber bereit, mehr zu geben als in der Metallindustrie, nämlich die 38-Stunden-Woche ohne Wenn und Aber für alle. Ich hoffe, daß diese Vernunft auch 1987 anhält. Und ich fordere die Stahlarbeitgeber schon hier und heute auf, zumindest an diesem Punkt ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung Rechnung zu tragen.

Wir wissen: Arbeitszeitverkürzung allein reicht nicht für die Sicherung der Stahlarbeitsplätze, reicht nicht für den Erhalt der Stahlstandorte. Strukturprobleme sind nicht durch die 35-Stunden-Woche zu lösen. Sie sind schon gar nicht durch den Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverbesserungen zu überwin-

den. Darum heißt unser Ziel auch für die Stahlindustrie: 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Im gesamten Metallhandwerk steht die Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung an. Auch dort sind die ersten Arbeitszeitbestimmungen zum 31. 12. 1987 kündbar. Wir werden diese Frist nicht ungenutzt verstreichen lassen. Wir werden dort den nächsten Schritt mit der gleichen Hartnäckigkeit einfordern, wie wir auch die 38,5-Stunden-Woche verwirklicht haben. Ich erinnere nur an den Handwerksstreik in NRW. Spätestens nach der Sommerpause müssen die konkreten Vorbereitungen für die Handwerksrunde beginnen.

Unsere zweite Aufgabe lautet: Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche vorbereiten. Zum 1. April 1990 geht es darum, die letzte Hürde auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche zu überspringen. Auch dies wird kein Spaziergang sein. Mit dem Gewerkschaftstag 1989 werden wir diese schwere Auseinandersetzung konkret in Angriff nehmen.

Wir können uns schließlich stärker auf die tarifpolitischen Regelungsbereiche konzentrieren, die wir seit Jahren nicht mit dem nötigen Nachdruck angehen konnten. An Zielvorstellungen mangelt es nicht. Ich erinnere nur an die tarifpolitische Entschliebung des letzten Gewerkschaftstages. An Regelungsbedarf mangelt es nicht. Ich erinnere nur an die Praxis in den Betrieben, wo sich manches an Tarifverträgen vorbei und manchmal auch entgegen entwickelt hat.

Die zentralen Ziele ergeben sich aus den Schwerpunktbereichen der tarifpolitischen Entschliebung über Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzung hinaus:

- Sicherung und Verbesserung von Eingruppierung und Qualifikationsniveau;

- menschengerechte und zumutbare Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und Ausbau der Mitbestimmung;

- menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik.

Selbstverständlich werden wir diese Ziele nicht alle in den nächsten Jahren verwirklichen können. Aber in vielen Tarifgebieten laufen zur Zeit Verhandlungen über neue Entgelttarifverträge, z. B. in NRW und Rheinland-Pfalz, über Eingruppierungs- und Qualifikationsfragen, z. B. in Nordwürttemberg/Nordbaden und in Niedersachsen; über Entlohnungsgrundsätze, z. B. in Berlin; über Erholzeiten, z. B. in Bayern. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Verhandlungen fortzuführen und gegebenenfalls auch Druck zu machen. Unsere Aufgabe muß es aber auch sein, jetzt eine Diskussion über eventuelle Schwerpunkte zu beginnen, auf die wir uns möglicherweise im Herbst auf einer Klausurtagung des Vorstandes verständigen können.

Schwerpunkte

1. Die Verbesserung zugunsten der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Kritische Hinweise zur dreijährigen Laufzeit beziehen sich auch darauf, daß damit Stillstand in Sachen Lohn- und Gehaltsgruppen ebenfalls für drei Jahre gegeben wäre. Das ist nicht richtig. Schon auf dem Gewerkschaftstag 1986 haben wir darüber diskutiert, daß eine Verbesserung für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nicht nur über überdurchschnittliche Anhebungen in diesem Bereich erreicht werden kann. Das ist sogar nur die zweitbeste Lösung. Wichtiger wären neue Entgeltstrukturen und neue Formulierungen der Eingruppierungstexte. Ich zitiere die tarifpolitische Entschliebung: „Dabei sind ungerechtfertigte Unterschiede z. B. zwischen Arbeitern und Angestellten und unangemessene Entgeltrelationen zu beseitigen. Dazu sind gezielte Kampagnen notwendig und alle tarifpolitischen und tarifrechtlichen Möglichkeiten einzusetzen, die zu einer entsprechenden dauerhaften Erhöhung der Tarifverdienste in den unteren Entgeltgruppen führen.“

Jetzt wäre die Zeit, auf der Grundlage betrieblicher Aktionen, bis in den Herbst 1988 eine solche Kampagne vorzubereiten und zu führen. Jetzt wäre die Zeit, um zu prüfen, was das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 1. Juli 1986 in der konkreten tariflichen Umsetzung dafür hergeben kann. Es verbietet auch die indirekte Diskriminierung durch Eingruppierungsregelungen.

2. Ich nenne zweitens einen tariflichen Anspruch auf Qualifikationszeit. Hier könnten wir zum Beispiel gerade für Qualifikationsprogramme und Höhergruppierungen von Kolleginnen etwas tun. Hier wäre auch die Möglichkeit, im Angestelltenbereich organisationspolitisch stärker Fuß zu fassen, wenn von den Betriebsräten in Zukunft über das mitentschieden würde, was den Angestellten an Weiterbildungsmaßnahmen und -inhalten angeboten wird.

3. Die Durchsetzung von Mindesterholzeiten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. 1973 haben wir Mindesterholzeiten für Leistungslöhner in einem Tarifgebiet erstreikt. Nur bei VW und in der Feinstblechpackungsindustrie war es möglich, diese Erholzeiten ebenfalls tariflich zu verwirklichen. Wir könnten einen neuen Anlauf nehmen, um dieses nach wie vor zentrale Ziel humaner Arbeitsbedingungen in allen Tarifgebieten durchzusetzen.

4. Ich nenne schließlich die Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsorganisation als konkreten tariflichen Ansatzpunkt

- für die Arbeits- und Technikgestaltung im Betrieb,
- für die Bildung von Arbeitssystemen,
- für die Gestaltung von Gruppenarbeit,
- für die Einflußnahme der Beschäftigten auf die konkrete Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen.

Wir müssen ab jetzt darüber diskutieren, welche dieser Punkte auf breiter Basis mobilisierungsfähig sind. Die Organisation muß dort, wo konkrete Forderungen aufgestellt werden, 1988 für diese Forderungen auch konfliktfähig sein, sonst können wir diese Forderungen vergessen. Denn bei all den Gestaltungsfragen wird erst recht gelten: Voraussetzung für die Kompromißfähigkeit der Arbeitgeber ist nicht die Argumentationsfähigkeit, sondern die Mobilisierungsfähigkeit der organisierten Arbeitnehmer, sonst überhaupt nichts.

VIII. Spekulationen widerlegt

Die vorliegenden Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1987 haben die Spekulationen auf eine gewerkschaftliche Vertrauenskrise widerlegt. Die arbeitszeitpolitische Mobilisierung der IG Metall hat die betriebspolitische Attraktivität der IG-Metall-Listen nicht vermindert, sondern vermehrt. Zwischen politischen Wahlen und Betriebsratswahlen besteht ein grundlegender Unterschied: Bei den politischen Wahlen kandidieren nicht die Gewerkschaften, sondern die Parteien. Wahlniederlagen der SPD lassen nicht auf eine Distanz der Arbeitnehmer zu den gewerkschaftlichen Forderungen schließen. Bei den Betriebsratswahlen dagegen kandidieren Gewerkschaften und organisierte Kolleginnen und Kollegen. Die Resultate der Betriebsratswahlen geben Aufschluß über die Resonanz der gewerkschaftlichen Forderungen unter den Belegschaften. Und diese Resonanz ist überwältigend positiv.

Die institutionellen Grundlagen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik sind intakt. Ihre inhaltlichen Fundamente sind zu verbessern durch die Verteidigung unserer betrieblichen Gegenmacht; durch den Ausbau unserer betrieblichen Gestaltungsmacht. Aber wir werden auch hier manches zu diskutieren haben. Wir werden die bevorstehende Vertrauensleutekonferenz im Herbst dafür nutzen.

Die zentrale betriebspolitische Aufgabe für den Anfang des nächsten Jahres heißt: Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen im Betrieb. Sie ist ähnlich gründlich vorzubereiten wie vor drei Jahren. Daher fordere ich alle Verwaltungsstellen auf, nach der Sommerpause wieder für die betroffenen Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder Schulungsveranstaltungen durchzuführen. Dabei soll sowohl die Erläuterung der neuen Arbeitszeitbestimmung als auch die Orientierung für die Umsetzung der 37-Stunden-Woche erfolgen. Unsere zentralen Ziele ergeben sich aus den drei guten Gründen für die 35-Stunden-Woche. Die Umsetzung soll so beschäftigungswirksam, humanisierungswirksam und freizeitwirksam wie möglich erfolgen.

1. Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit von 37 Stunden soll auch die individuelle regelmäßige Arbeitszeit jedes Beschäftigten werden. Unser Ziel bleibt eine gleiche Dauer der Arbeitszeit für alle Beschäftigten; ein einheitlicher Normalarbeitszeitstandard, auf den sich die Einkommen aller beziehen.

2. Wir wollen weiterhin möglichst viel Arbeitszeitverkürzung für Auszubildende. Die 38,5-Stunden-Woche ist ab 1. 4. 1988 tariflich auf jeden Fall gesichert. Die Arbeitgeber haben zugestanden, daß qualifizierte Ausbildung jetzt schon in weniger als 40 Stunden pro Woche, nach dem 1. 4. 1990 auch in 35 Stunden pro Woche möglich ist. Das ist Grund genug, auch in Zukunft betrieblich die Auszubildenden in die betriebsübliche Arbeitszeit einzubeziehen.

3. Die Form der Arbeitszeitverkürzung wird neu zu diskutieren sein. Grundsätzlich bestehen die Möglichkeiten tägliche Arbeitszeitverkürzung, Frühschluß jeden Freitag, Verkürzung in Form von freien Tagen. Grundsätzlich hat sich dabei gegenüber von 1984/85 nichts geändert. Aber durch das größere Volumen wird praktisch der Wert täglicher Arbeitszeitverkürzung steigen.

Für viele war 1984 eine beschäftigungs- und freizeitwirksame Umsetzung der 18 Minuten täglich nicht vorstellbar. Heute haben wir bei täglicher Verkürzung mehr als die Hälfte des Weges zum 7-Stunden-Tag überschritten. Wir können die gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Argumente für diesen Schritt verstärkt zur Geltung bringen. Damit werden die anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung nicht unbedeutend. Der Frühschluß jeden Freitag oder die Umsetzung durch freie Tage bleiben nicht nur tarifrechtlich zulässig, sondern auch tarif- und gewerkschaftspolitisch erlaubt.

4. Die Frage wird schließlich sein, wie wir zu der in einem Betrieb gewünschten Form der kürzeren Arbeitszeit kommen. Hier muß die Chance engagierter Vertrauensleute- und Betriebsratsarbeit liegen. Wir können uns vorstellen, einheitliche Arbeitszeitregelungen für den gesamten Betrieb anzustreben. Dies muß dann Ergebnis eines betriebsöffentlichen Diskussionsprozesses unter Federführung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper sein. Es ist aber auch denkbar, auf betrieblicher Ebene im Rahmen des tariflich zulässigen Wahlmöglichkeiten für einzelne Arbeitnehmer, für Gruppen von Arbeitnehmern und Abteilungen des Betriebs zu vereinbaren. Über solche Wege, ob einheitliche Arbeitszeit im Betrieb, ob Wahlmöglichkeiten, kann letzten Endes nicht am grünen Tisch entschieden werden, sondern nur aufgrund bezirklicher, örtlicher und betrieblicher Diskussionen. Eines aber muß in jedem Fall gelten: Die Diskussion um die Umsetzung der neuen Arbeitszeit muß ein aktivierendes, ein mobilisierendes, ein öffentliches Element gewerkschaftlicher Betriebspolitik sein.

Gerade die Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen ist auch Anlaß, dies mit anderen Feldern aktiver gewerkschaftlicher Betriebspolitik zu verknüpfen. Ich nenne hier die Fortsetzung von Aktionen, die Neueinstellungen statt Mehrarbeit zum Ziel haben. Kürzere regelmäßige Arbeitszeiten nützen nichts, wenn das Mehrarbeitskonto dadurch stiege. Wir haben dies 1985 vermieden. Wir müssen uns auch 1988 das Ziel setzen: nicht Mehrarbeit, sondern mehr Arbeitsplätze und daher mehr Chancen für Arbeitslose. Diese Aktion darf keine Eintagsfliege und nicht auf einen Bezirk beschränkt bleiben. Sie muß zum Dauerzustand der gesamten Organisation werden. Nur dann gelingt es uns, die vollen Beschäftigungswirkungen der 37-Stunden-Woche zu entfalten.

IX. Gesellschaftliche Reformpolitik unumgänglich

Auf der Tagesordnung steht nicht nur ein neuer Anlauf zur solidarischen Betriebspolitik. Unumgänglich ist zugleich ein neuer Anlauf zur gesellschaftlichen Reformpolitik. Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag hat uns mit der Erarbeitung eines Aktionsprogramms zur Sicherung des Streikrechts beauftragt. Sein Ziel ist es vor allem, die Aussperrung zu verbieten und dem Schrecken der kalten Aussperrung ein Ende zu machen. Unsere Verfassungsbeschwerde gegen den neuen Paragraphen 116 AFG ist eingereicht. Unser Entwurf eines ersten Gesetzes zur Sicherung des Streikrechts wird zur Zeit vorbereitet. Wir werden ihn mit dem DGB abstimmen. Wir werden uns um die Unterstützung der Oppositionsparteien des Deutschen Bundestages bemühen. Wir werden letztlich nur dann vorwärtskommen, wenn wir den erreichten Bewußtseinsstand in der Öffentlichkeit und den erzielten Mobilisierungsgrad in der IG Metall und im DGB weiter verbessern.

Der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß hat die Überarbeitung des DGB-Aktionsprogramms beschlossen. Es geht darum, unsere struktur- und umweltpolitischen, unserer energie- und abrüstungspolitischen Alternativen zu konkretisieren. Ökonomie und Ökologie sind vereinbar. Unterlassener Umweltschutz gefährdet Arbeitsplätze. Konsequenter Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Wir gehen den Weg in den Atomstaat und in die Plutoniumwirtschaft nicht mit. Unsere Alternative heißt Energieeinsparung und Energieumstellung. Sichere Arbeitsplätze und sichere Energieversorgung sind möglich bei einem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie.

Wir warnen vor dem Irrweg des Überwachungsstaates. Der DGB hat den Volkszählungsboykott abgelehnt. Wir wenden uns genauso gegen eine Aids-Kontrolle durch den Grenzschutz und gegen eine Sportlerbespitzelung durch den Verfassungsschutz. Ich werde deshalb am 13. Juni auf einer Veranstaltung „Sportler für den Frieden“ in Hamburg reden. Für den Unionsteil führt auf einmal die doppelte Nulllösung in die Katastrophe. Für uns führt die atomare Aufrüstung in die Katastrophe. Wir fordern den umgehenden Abbau aller Mittelstreckenraketen jetzt und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Es geht vor allem darum, unseren beschäftigungspolitischen Alternativen zum Katastrophenkurs der Bundesregierung neuen Nachdruck zu verschaffen. Ich beschränke mich an dieser Stelle auf zwei Bereiche: Das ist zum einen die gewerkschaftliche Forderung nach einem umfassenden Beschäftigungsprogramm als Alternative zum staatlichen Steuerprogramm. Das Ziel der sogenannten Supersteuerreform ist die Senkung der Staatsquote. Unser vorrangige Ziel aber bleibt die Senkung der Arbeitslosenquote. Beides zusammen ist miteinander unvereinbar.

Ich unterstreiche zum anderen die strukturalpolitischen Forderungen der IG Metall zur sozialen Neuordnung von Krisenbranchen und der sozialen Sanierung von Krisenregionen. Sie sind unsere Alternative zur Kahlschlagsanierung in der Regie von Regierung und Konzernen. Wir kämpfen gegen Massenentlassungen in der Stahlindustrie und gegen die Stilllegung von Stahlstandorten. Wir kämpfen für den Erhalt der nationalen Stahlbasis und für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlregionen. Unser Forderungskonzept schließt die Vergesellschaftung der Stahlindustrie und die Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften ein. Wir nehmen die Aussagen aus dem Bundesarbeitsministerium vom Vorrang produktiver Beschäftigung vor der sozialen Abfederung des Personalabbaus beim Wort, denn natürlich ist jeder Arbeitsplatz zentral besser als jeder Sozialplan. Wir klagen die soziale Verantwortung der Stahlbergesellschaften und die politische Verantwortung der Bundesregierung ein. Wir tun das in den Kanzlergesprächen und in den Expertengesprächen. Wir tun das durch gesellschaftliche Mobilisierung und politischen Druck

- mit Massenpetition an den Bundestag und Massenaktionen der Stahlbelegschaften;

- mit der Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen der Metallverarbeitung und durch die Bevölkerung in den Regionen.

Der nächste Höhepunkt unserer Aktionen wird der Tag vor dem zweiten Kanzlergespräch sein. Der Werftenbereich befindet sich im Übergang von der strukturellen Dauerkrise in den freien Fall. Eine Antwort darauf ist nicht zu finden mit den wohlfeilen Patentrezepten von Stoltenberg und Co. Er und seinesgleichen agitieren und agieren nach dem Motto: Löhne runter und Rüstung rauf. Die Antwort auf die Schiffbaukrise kann nur gefunden werden durch umgehende Initiative für den Erhalt einer nationalen Werftenindustrie und für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen auf den Werften und in der Region für die Menschen, die Arbeit suchen und Arbeit brauchen. Hier sind die Grenzen der Anpassung nach unten erreicht, die Schranken des gescheiterten Defensivkonzepts sind für jedermann offenkundig. Hier liegt die Notwendigkeit der strukturellen Umstellung und die Dringlichkeit eines Offensivkonzepts unausschiebbar zutage.

Schon heute sind die modernen Schiffe Träger von hochwertigen Technologien. Der Schiffbau hat eine industrielle und eine technologische Zukunft. Was not tut, ist die Zusammenfassung der Aktivitäten auf der industriellen Ebene. Wir fordern konkrete Schritte zur Stärkung des technologischen Rückgrats auf den Werften, darunter Entwicklungsgesellschaften unter Beteiligung von Werften, Län-

dern und Dritten. Was not tut, ist die Koordinierung der Aktivitäten auf der politischen Ebene. Wir fordern konkrete Schritte zur Stärkung des industriellen Rückgrats in der Region, vor allem die Verabschiedung des DGB-Küstenstrukturprogramms. Was fehlt, sind nicht gewerkschaftliche Forderungskonzepte und gewerkschaftliche Mobilisierungsstrategien. Die IG Metall in der Region wehrt sich mit Mahnwachen und Massenpetitionen, mit Großkundgebungen und Protestdemonstrationen. Was fehlt, ist ein politisches Signal für die Zukunft der Werftenstandorte und der Küstenwirtschaft. Es wird nur kommen, wenn der Druck auf die Politiker wächst. Dazu bedarf es der Solidarität der gesamten Organisation und des DGB.

Neue Gesichter im Kampf gegen ein Tarifdiktat

Zu den Streiks gegen das Tarifdiktat der Banken, die große Beachtung fanden, gehört zweifellos der zwanzigstündige Ausstand Anfang Mai in der Frankfurter Börsendatenzentrale. Die Hintergründe verdeutlichte der Betriebsratsvorsitzende Georg Stingl auf einer Streik- und Solidaritätskundgebung am 4. Mai unmittelbar vor den Türen der bestreikten Schaltzentrale des Börsengeschäfts. Wir dokumentieren die Rede im Wortlaut.

Die Belegschaft der Börsendatenzentrale hat sich mit dem Gnadenbrot des Arbeitgeberverbandes, der einseitig verordneten 3,6 Prozent Gehaltserhöhung, nicht zufriedengegeben und ist – beginnend mit der Nachtschicht in der Nacht zum 1. Mai – in einen befristeten Streik getreten. Mit dieser Kampfmaßnahme wollen wir dazu beitragen, daß die Arbeitgeber wieder ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückkehren und auf die Forderungen unserer Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eingehen:

- 6 Prozent Gehaltserhöhung
- 600 DM Urlaubsgeld
- Verlängerung des Vorruhestandes
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden
- und Verbesserungen für Schichtarbeiter.

Nach den Warnstreiks im Rechenzentrum der Deutschen Bank und im Rechenzentrum der Dresdner Bank sowie dem Warnstreik vor 10 Tagen hier in der Börsendatenzentrale findet der erste vom Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV ausgerufene Streik dieser Tarifrunde in einem Rechenzentrum statt. Die „Frankfurter Rundschau“ hat am Samstag in ihrem Kommentar zum 1. Mai unter der Überschrift „Neue Töne zum 1. Mai“ geschrieben: „Und doch gab es in diesem Jahr auf manchen Plätzen neue Gesichter und neue Töne ... Jetzt gingen mit der (immer noch) roten Nelke im Knopfloch Gewerkschafter auf die Straße ... die „Nadelstreifen-Gewerkschafter“ aus den Banken. Was sich in diesem Gewerbe anbahnt, ist für den DGB folgenreich. Angestellte und die neue technische Intelligenz legten in diesen Tagen das Rechenzentrum einer Großbank lahm, um für die Gewerkschaftsforderungen zu kämpfen. Und erstmals werden in dieser harten Banken-Tarifrunde die tiefen Gräben zwischen den DGB-Gewerkschaftern und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zugeschüttet ...“

Warum ist gerade in den Rechenzentren die Empörung über die Pläne der Banken so groß, daß sich nicht nur organisierte Gewerkschafter, sondern auch zahlreiche Unorganisierte an Warnstreiks beteiligt haben? Verantwortlich dafür ist in erster Linie die Politik der Arbeitgeberverbände des Bankgewerbes. Mit ihren Forderungen nach Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit, nach flexiblen, d. h. unregelmäßigen Arbeitszeiten haben sie an den empfindlichen Nerv der Belegschaften der Rechenzentren gerührt.

Wir haben nämlich schon viel zu viele Erfahrungen mit der Flexibilisierung. Das ist für uns kein neues Zauberwort mehr, sondern eine schon mehr als 15 Jahre andauernde Zumutung. Diese Zumutung begann schon mit dem Tag, als im tarifpolitischen Niemandsland zu Beginn der 70er Jahre die Großrechenzentren hochgezogen wur-

den. Damit begann eine Zeit arbeitsrechtlicher Wildwest-Methoden, die von Betriebsräten und Gewerkschaftern erst nach langen Jahren einigermaßen in Griff bekommen wurden.

Viele unserer Kollegen und Kolleginnen können sich noch gut daran erinnern, wie kurz nach der Ausgliederung dieses Rechenzentrums aus dem Frankfurter Kassenverein Nacht- und Schichtarbeit eingeführt wurde, um die kostspieligen EDV-Anlagen auch über Nacht profitabel ausnutzen zu können. Wir können uns noch daran erinnern, wie Programmierer nachts zum Testen in die Firma fahren mußten. Wir können uns noch daran erinnern, wie für mehrere Jahre der Samstag zum regelmäßigen Arbeitstag wurde, damit die Programme für die Geldausgabeautomaten am Wochenende laufen konnten. Wir können uns noch daran erinnern, wie Kollegen aufgrund der zu geringen Personalbesetzung nicht nur 8 Stunden, sondern durchaus auch zwei Schichten hintereinander, also 16 Stunden an den Maschinen gestanden sind. Wir können uns daran erinnern, wie verschiedene Kollegen in unserer Niederlassung Hamburg nach einem schweren Fehler des EDV-Systems fast eine Woche durchgehend gearbeitet haben. Wir wissen, daß Programmierer auch heute noch nachts aus dem Schlaf gerissen werden, wenn Programme nicht mehr funktionieren, die während der Nachtschichtzeit laufen sollen. Wir haben aber auch schon erlebt, wie Ehen und Freundschaften zerbrochen sind, wie Kollegen Hörstürze erlitten haben. Ich selbst werde nie den Tag vergessen, an dem ein Operator-Kollege am frühen Morgen im Rechenzentrum mit einem Herzinfarkt zusammengebrochen ist.

Seit Anfang der 80er Jahre haben Mitglieder der Gewerkschaft HBV, Betriebsräte, unterstützt von der großen Mehrheit dieser Belegschaft, versucht, dieser Flexibilisierung Schranken zu ziehen. Wir haben erreicht, daß die Überstunden eng begrenzt wurden; wir haben eine einigermaßen ausreichende Personalbesetzung im Rechenzentrum durchgesetzt; wir haben erreicht, daß die Schichtrhythmen einigermaßen stabil sind. Technische Verbesserungen wurden teilweise auch im Interesse der Belegschaft durchgesetzt, so daß der Anteil der Nachtarbeit im letzten Jahr zurückgedrängt werden konnte.

Dennoch müssen wir hier festhalten: Wir waren und wir sind immer noch viel zu flexibel. Wir konnten z. B. nicht verhindern, daß der Fronleichnamstag, ein gesetzlicher Feiertag, in der Börsendatenzentrale seit 1982 regelmäßiger Arbeitstag ist. Kein Arbeitsrichter in Frankfurt und auch kein Kirchenmann hat sich getraut, gegen das Profitinteresse der Banken anzutreten, die ihre Börsenumsätze aus anderen Bundesländern, die an diesem Tag keinen Feiertag haben, ohne Verzögerung verbuchen wollen. In der Einigungsstelle um die Festlegung der Schichtarbeitszeiten mußten wir uns auf einen schlechten Kompromiß einlassen: Ist die Arbeitszeit der Spätschicht normalerweise auf die Zeit von 18 bis 2 Uhr nachts begrenzt, so müssen wir an zwei Tagen im Monat, am Ultimo und Medio des Monats, von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens arbeiten. Diese gesundheitsschädlichen Arbeitszeiten können auch auf besondere Anforderungen des Arbeitgebers an anderen Tagen durchgeführt werden. Auch hier ging es „nur“ um ein erhöhtes Umsatz- und Auftragsvolumen an diesen Tagen. Es vergeht kein Monat, in dem nicht auch jetzt schon an Samstagen im Rechenzentrum aufgrund von Tests, Wechsel von Maschinen etc. gearbeitet wird.

Mit ihren Forderungen nach regelmäßiger Samstagsarbeit im Bankgewerbe und nach Aufgabe des regelmäßigen Feierabends haben die Arbeitgeberverbände des Bankgewerbes den empfindlichsten Nerv der Rechenzentrum-Beschäftigten getroffen. Wenn im Bankgewerbe der Samstag wieder zum Regelarbeitstag wird, dann heißt das für uns, daß wir nicht nur am Samstag regelmäßig, sondern auch am Sonntag unregelmäßig arbeiten müssen, wobei die Hauptbetroffenen dann die sind, die jetzt schon Nacht- und Schichtarbeit machen müssen und dazu noch im Vergleich zur übrigen Belegschaft am schlechtesten bezahlt sind. Wenn samstags regelmäßig die Maschinen laufen, wann sollen sie dann gewartet werden, wann sollen die Großtests durchgeführt werden, wenn nicht sonntags?

Der Geschäftsführer der Börsendatenzentrale wollte uns vor einigen Wochen noch weismachen: Wir als Börsenrechenzentrum seien von diesen Plänen überhaupt nicht betroffen. An regelmäßiger Wochenendarbeit habe er überhaupt kein Interesse. Vielleicht in fünf Jahren könne dafür Bedarf entstehen. Tun Sie doch nicht so

blauäugig, Herr Schüller. Wir können genauso Zeitung lesen wie Sie, wir kennen die Interessen der Finanzhäuser. Zum Beleg ein Zitat aus einem FAZ-Kommentar vom 26. Januar 1985: „In London dagegen können es sich die großen Finanzhäuser nicht mehr leisten, ihre Top-Manager nach Hause gehen zu lassen, wenn die Wall Street erwacht. In der City tobt ein harter Kampf um die Verwaltungsmandate für Milliarden-Depots ... Das Management der großen Anlagefonds muß einen Service rund um die Uhr bieten, der Sonne folgend von London nach New York, weiter über San Francisco über Tokio nach Singapur wieder zurück nach Europa ... Am liebsten würden es die Effektenmanager sehen, wenn es eine Art ‚Weltbörse‘ mit einheitlichen Konditionen rund um die Uhr gäbe.“

Wie dieser Service ohne Rechenzentrum im Hintergrund ablaufen soll, das müssen Sie uns erst mal erklären. Und, Herr Schüller, wir kennen doch Ihre persönliche Einstellung zum Thema Arbeitszeiten im Bankgewerbe. Haben Sie mir und den anderen Betriebsräten nicht selbst schon mehrfach erklärt, daß Gegner von Nacht- und Wochenendarbeit nichts in der elektronischen Datenverarbeitung verloren haben? Der drohende Unterton war nicht zu überhören. In Ihren betriebswirtschaftlichen Überlegungen unterscheiden Sie sich auch nicht von einem Herrn Willensbacher, dem Chef der Kaiserslauterer Pfaff Industriemaschinen GmbH, der in der „Wirtschaftswoche“ wie folgt zitiert wurde: „Das Jahr hat 365 Tage, und jeder Tag hat 24 Stunden, das ergibt für uns die maximale Nutzungsdauer des investierten Kapitals. Da wollen wir hin.“

An Ihre Adresse, Herr Schüller, und zur Weiterleitung an die Arbeitgeberverbände des privaten Bankgewerbes möchte ich Ihnen von seiten der Belegschaft der Börsendatenzentrale folgendes mit auf den Weg geben: „Unser Arbeitstag hat maximal acht Stunden, und die wollen wir bei Tageslicht abarbeiten. Unsere Arbeitswoche hat maximal fünf Tage, und zwar von Montag bis Freitag. Das Wochenende und der Feierabend bleiben arbeitsfrei. Da wollen wir hin.“

Anmerkungen zu den Angestelltenthesen der IG Metall

Im Februar hat das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Siegfried Bleicher, neun Thesen zur Verbesserung der Angestelltenarbeit der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt (Wortlaut der Thesen sowie ein Interview mit Siegfried Bleicher zu dem Problem der Angestelltenarbeit in den NACHRICHTEN 6/87). Gegenwärtig werden die Thesen in der IG Metall diskutiert. Nachfolgend dokumentieren wir die umfangreichen Anmerkungen von Werner Kubitz, gekürzt um die Passage, die sich unmittelbar mit der Vorbereitung der Tarifaufeinandersetzung beschäftigt. Werner Kubitz ist 2. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Salzgitte.

Vorbemerkung:

Ohne Zweifel begrüßenswert ist die Absicht im Nachgang des 15. ordentlichen Gewerkschaftstages, die Angestelltenarbeit der IG Metall „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Die Art und Weise, wie ein Vorstandsmitglied dieses vollzieht, ist zumindest als ungewöhnlich zu bezeichnen, und die Begleitmusik, insbesondere durch die bürgerliche Presse, hinterläßt beim innergewerkschaftlichen Betrachter den Eindruck, daß die gewählte Art der Selbstbetrachtung eines spezifischen Teiles von Gewerkschaftspolitik in der Medienlandschaft auf fruchtbaren Boden stößt. Ob dies allerdings für die innergewerkschaftliche Diskussion und den daraus resultierenden Konsequenzen förderlich ist, erscheint zweifelhaft.

„Wer erfolgreiche Angestelltenarbeit verwirklichen will, muß ehrlich mit sich und den Angestellten umgehen.“ Diese in der Vorbemerkung der Bleicher-Thesen gemachte Aussage setzt allerdings auch voraus, daß man organisationsintern rechtzeitig eine Weichenstellung vornimmt und somit innerhalb der Angestelltenausschüsse und Arbeitsweise eine breite Diskussion zu den Thesen entfacht, und dieses möglichst vor Veröffentlichungen in der Presse. Das sich ergebende Diskussionsergebnis und die daraus resultierenden organisationspolitischen Konsequenzen sind dann in Abstimmung mit dem Vorstand möglichst breit angelegt der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Eine solche Verfahrensweise läßt jedenfalls vermuten, daß die Identifikation der Angestelltenfunktionsträger mit einem solchen Arbeitsergebnis weitaus größer ist ...

Anmerkungen zur These 1

Angestellstenspezifische Beschäftigungsbereiche sind in der IG Metall immer von Bedeutung gewesen. Die Vermutung, sie als „organisationspolitisches Niemandsland“ zu behandeln, ist absurd. Wenn seitens der IG Metall partiell der „Angestelltenacker“ nicht so bestellt worden ist, dann ist dies zum Teil auf organisatorische Unzulänglichkeiten zurückzuführen. Daraus nun die Schlußfolgerungen zu ziehen, die zukünftige Kampfkraft und Politikfähigkeit der IG Metall stehe auf dem Spiel, ist nicht nur stark überzeichnet, sondern darüber hinaus eine Fehleinschätzung. Die Personengruppenarbeit und damit auch die Angestelltenpolitik der IG Metall ist nicht der „Nabel“ der Gewerkschaftsbewegung. Entscheidend für die Kampfkraft und die Politikfähigkeit der IG Metall ist deshalb unsere gewerkschaftliche Betriebsarbeit. Die „hautnahe“ Arbeit mit und für unsere Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte wird durch eine derartige Überbewertung der Personengruppenarbeit äußerst fatal unterstützt.

Der unterstellte Verzicht einer „systematischen Organisation“ trifft schlichtweg nicht zu. Allerdings hat die IG Metall auf allen Ebenen hierfür notwendige organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Der apokalyptische Satz, die IG Metall droht zum „Zukunftsverlierer“ und darüber hinaus in der historischen Perspektive gar „handlungsunfähig“ zu werden, ist angesichts der gerade für diese große Arbeitnehmerorganisation immer wieder zu beobachtende, sehr selbstkritische Ansatz, verbunden mit einer gewerkschaftspolitischen Vorwärtsstrategie, eine als wirklichkeitsfremd zu bezeichnende Unterstellung.

Anmerkungen zur These 2

Äußerst widersprüchlich erscheint die Anfangsaussage, daß die IG Metall eine starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaft darstellt, die einerseits „die Modernität des Solidaritätsgedankens“ unwiderlegbar unter Beweis stellt, andererseits „alternativlos ist in der organisierten Selbsthilfe“. Die nüchterne Feststellung, daß Angestelltenpolitik organisationspolitische Zukunftsvorsorge ist, kann so pauschal nicht akzeptiert werden. Entscheidend ist, wie diese Angestelltenpolitik aussieht, welche Inhalte ihr zugrunde liegen und wie diese umgesetzt werden. Der Vorwurf des „Selbstbetruges“, den gegenwärtigen Stand unserer Kampfkraft auch zukünftig zu erwarten, ist schlichtweg unhaltbar. Wie stark eine Gewerkschaft ist, wie wirkungsvoll sie die Interessen der abhängig Beschäftigten vertritt, dies einzuschätzen ist eine permanente Aufgabe aller verantwortlichen Gremien in der IG Metall. Um dies sicherzustellen, sind entsprechende Voraussetzungen zu schaffen: beispielsweise Mitglieder zu werben, um dadurch die Finanzkraft zu sichern und durch Bewußtseinsbildung mit dazu beizutragen, daß die gewerkschaftspolitischen Tagesaufgaben, aber auch die grundlegenden gewerkschaftlichen Ziele angestrebt und letztlich mit Beharrlichkeit und Konsequenz durchgesetzt werden.

So richtig die Feststellung ist, daß der Organisationsgrad bei den Angestellten stagniert, so richtig ist die Feststellung, daß zumindest teilweise äußerst bedeutsame Erfolge erzielt wurden. Die Frage ist deshalb zu stellen, warum, wo und mit welchen Mitteln diese Erfolge erzielt wurden. Eine Analyse gerade dieser Beispiele von erfolgreicher Angestelltenarbeit gibt ohne Zweifel Aufschlüsse über die zukünftige Mitgliederwerbung bei den Angestellten. Hierbei ist zu unterstellen, daß Positivbeispiele übertragbar sind.

Als unhaltbar ist die Aussage zu werten, daß „wir aus einer Quelle

schöpfen, die allmählich versiegt". Die Arbeitskraft (auch und gerade die der gewerblichen Arbeitnehmer) ist Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Die Produktionsverhältnisse bedingen, daß durch die private Aneignung jene Werte, die durch Arbeitskraft geschaffen wurden, Interessengegensätze und damit letztlich Gewerkschaften entstanden sind und heute notwendiger denn je sind. Diese Tatbestände werden auch für das Jahr 2000 – diese zeitliche Dimension wird offensichtlich im Rahmen der Thesen angenommen – Gültigkeit behalten. Zwar werden sich innerhalb der Arbeitsstrukturen Veränderungen vollziehen, zum Beispiel, daß reine Angestelltentätigkeiten verwischt werden mit Aufgaben, die heute von den gewerblichen Arbeitnehmern vollzogen werden, und auch im umgekehrten Maße wird dies der Fall sein. In der „Fabrik der Zukunft“, die mehr und mehr von der Reißbrettkonstruktion in die reale betriebliche Wirklichkeit übertragen wird, ist jetzt schon feststellbar, daß Angestelltentätigkeiten im starken Maße sich auch auf den konkreten Produktionsprozeß beziehen. In der Vermischung der Tätigkeitsstrukturen der genannten Bereiche liegt ohne Zweifel für die Gewerkschaften auch eine Chance: Das Ziel, gemeinsame Tarifverträge zu formulieren und abzuschließen, erscheint dringlicher denn je. Die bereits vorhandenen positiven Ansätze gilt es zielgerichtet auszubauen.

Nicht zu akzeptieren ist die Formulierung, daß „wir die veränderten Beschäftigungsstrukturen innerhalb der Metallwirtschaft einfach hinzunehmen bereit sind“ – vergleichbar jenem Opferlamm, das sich freudig und erregt auf die Schlachtbank führen läßt. Das gleiche gilt für den Satz, daß dadurch der IG Metall „die Meinungsführerschaft innerhalb der Arbeitnehmerschaft abgesprochen werden kann“ und die Kritik ausgedehnt wird dahingehend, daß „wir keine einheitsgewerkschaftliche Integrationsfähigkeit“ beweisen. Verfolgt man die zurückliegenden Personengruppenkonferenzen, aber auch diverse Gewerkschaftstagungen, so hat sich insbesondere die IG Metall den Anforderungen, die sich auf den Beschäftigtenwandel beziehen, gestellt. Betrachtet man die mittlerweile historisch äußerst bedeutungsvoll eingestuften Tagungen „Computer und Angestellte“, „Automation und Fortschritt“ usw., so muß unserer Gewerkschaft schon fast eine prophetische Gabe konstatiert werden. Letztlich waren diese Tagungen zumindest das Ergebnis einer nüchternen wissenschaftlichen Analyse bezüglich der Entfaltung der Produktivkräfte in unserer Gesellschaft. Unter Betrachtung dieser Fakten von einer „Verdrängung des Angestelltenproblems“ zu sprechen, stellt einen Verriß unserer tatsächlichen Gewerkschaftspolitik in den vergangenen Jahren dar.

Anmerkungen zur These 3

Die Feststellung, wir haben die Integration der Angestellten nach 1949 unterschätzt, trifft auch in Anlehnung der Anmerkungen zur vorgenannten These nicht zu. Zunächst einmal ist zu fragen: Wer ist wir? Sind Hans Böckler und Otto Brenner gemeint? – um einige Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung zu nennen. Oder bezieht sich das auf sämtliche Ebenen unserer gewerkschaftlichen Organisation. Tatsache ist, daß nachweislich gerade in Verwaltungsstellen mit „klassischen“ Industriestrukturen (Stahl, Werften, Bergbau) die Angestelltenorganisation und ihre Einbeziehung in die gewerkschaftliche Willensbildung von Anfang an engagiert betrieben wurde. Die DAG spielte in diesen Bereichen eine untergeordnete Rolle, und dies ist auch heute noch so. In diesem Zusammenhang von einem „halbherzigen Verständnis von Einheitsgewerkschaft“ sprechen zu wollen, ist letztlich eine Verhöhnung einer Arbeit, die auf eine konsequente solidarische Interessenvertretung abzielt.

In diesem Zusammenhang auch noch die These zu wagen, die Integration der Angestellten wurde als „Randproblem“ behandelt, trifft weder auf die eben angeführten Wirtschaftsbereiche zu und des weiteren auch nicht für die gewerkschaftliche Politik der Gesamtorganisation. Unterzieht man sich der Mühe, die Beschäftigungsstrukturen im Angestelltenbereich differenzierter zu betrachten, dann kommt man zu der Schlußfolgerung, daß insbesondere die technischen Angestellten durchaus erfolgreich integriert werden konnten.

Im Rahmen der Betrachtung unserer einheitsgewerkschaftlichen Aufgaben, die ohne Zweifel vorhandenen organisationspolitischen Angestelltendefizite als „Achillesferse“ zu bezeichnen, läßt auf eine

dramaturgisch-fantasievolle Formulierungskunst des Thesenverfassers schließen. In bezug auf die reale Einschätzung unserer wirklichen Kräfteverhältnisse erscheint eine solche Bewertung maßlos übertrieben.

Anmerkungen zur These 4

In der Beurteilung der gewerkschaftlichen Diskussion über den Organisationsgrad der Angestellten und ihr Bewußtsein ist es durchaus nicht üblich, von einem „falschen Angestelltenbewußtsein“ zu reden. Gut organisierte Angestelltenbereiche stehen einer solchen Betrachtungsweise schlichtweg entgegen.

Die getroffene Feststellung, daß Angestellte die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation zwar unterschiedlich, aber nicht ablehnend beurteilen als andere Arbeitnehmer, wirft zweifelsohne die Frage auf, wer dann die Angestellten hindert, ihre Interessen zu erkennen und sie in einer Organisation gebündelt und damit wirkungsvoll vertreten zu sehen. Wenn dann noch die Beziehung zu den Facharbeitern hergestellt wird und die Schlußfolgerung gezogen wird, daß zwischen den Angestellten und den Facharbeitern ein hohes Maß an Übereinstimmung hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Einstellungen zu verzeichnen ist, dann muß die Frage erlaubt sein, warum gerade die Facharbeiter sich in der IG Metall im starken Maße organisiert haben und dies auch heute noch tun. Der Begriff der „Facharbeitergewerkschaft“ ist letztlich nicht neu, und wenn die Aussagen in der These 4 ihre Richtigkeit haben, müßte im Umkehrschluß gefolgert werden, daß auch die Angestellten sich im gleichen Maße in der IG Metall organisieren. Genau aber dies ist nicht der Fall.

Schlußfolgerung: Eine Analogie zwischen den Facharbeitern und den Angestellten ist, zumindest was den Organisationsgrad betrifft, nicht herstellbar. Ausgehend davon, daß die Organisation in einer Gewerkschaft auch etwas mit dem Bewußtsein zu tun hat, müssen andere Kriterien bezüglich der Beurteilung der Angestellten angesetzt werden. In diesem Zusammenhang sind die betrieblichen Führungsstrukturen und auch die Herrschaftsmechanismen nüchtern zu analysieren und für die gewerkschaftliche Betrachtungsweise von Angestelltenbewußtsein zu verarbeiten. (Das Sein bestimmt halt immer noch das Bewußtsein.)

Völlig verfehlt ist die Unterstellung, bezogen auf den Organisationsgrad der Angestellten innerhalb der IG Metall, den Vorwurf zu erheben, die Angestellten würden bezüglich dieses Tatbestandes zur „Zielgruppe kollektiver Schuldzuweisung“ gemacht werden. Hier wird ein Popanz aufgebaut, der jegliches Maß einer realistischen Betrachtungsweise der tatsächlichen Gewerkschaftsarbeit vermissen läßt. In diesem Zusammenhang davon zu reden, daß das Angestelltenbewußtsein nicht falsch, sondern teilweise anders ist, sagt konkret für die Arbeit vor Ort überhaupt nichts aus. Was soll ein Kollege im „Blaumann“ von einer solchen Aussage halten, wenn er nüchtern registrieren muß, daß bei einem Warnstreik der Kollege im „Weißkittel“ sich an der Fensterscheibe seines Büros die Nase platt drückt und zuschaut, wie die Gruppe der gewerblichen Arbeitnehmer z. B. beim Warnstreik sich durch ihr Engagement auch für die Interessen der Angestellten einsetzt. Der Erklärungsansatz vom „anderen Bewußtsein“ hilft diesbezüglich nicht weiter, und die bestehenden innergewerkschaftlichen Barrieren werden dadurch nicht abgebaut.

Anmerkungen zur These 5

Die Behauptung, die Angestelltenausschüsse sind bei der Bewältigung ihrer Aufgaben häufig sich selbst überlassen und daraus resultierend könnten keine organisatorischen bzw. betriebspolitischen Impulse für die Arbeit in den Verwaltungsstellen gegeben werden, ist nicht aufrechtzuerhalten. Zum einen überlassen Ortsverwaltungen, aber auch die Bezirke und der Vorstand, die Ausschüsse nicht sich selbst; zum anderen ist es kein spezifisches Problem der Angestelltenausschüsse selbst, sollte die Ausschussarbeit mangelhaft sein.

Hier ist eine Beurteilung sämtlicher Personengruppenausschüsse angebracht. Im übrigen ist die Bedeutung der Personengruppenarbeit in Relation zur Aufgabenstellung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik zu setzen. Zwar können Ausschüsse wertvolle Dienste

bei der Bewältigung der gewerkschaftlichen Kleinarbeit leisten, im wesentlichen jedoch haben die Betriebsräte und insbesondere die Vertrauensleute als Träger der gewerkschaftlichen Kraft, unabhängig davon, in welchem Beschäftigungsbereich im Betrieb sie tätig sind, die gewerkschaftliche Hauptlast zu tragen. Insofern ist es ohne Zweifel richtig, daß eine gezielte Angestelltenarbeit auf allen Ebenen unserer Organisation u. a. dazu führen kann, daß die systematische Organisation der Angestellten durch die Betriebsräte und Vertrauensleute verbessert werden muß.

In diesem Zusammenhang ist dann allerdings auch nicht davon auszugehen, daß die Organisation neuer Angestelltenmitglieder „das Ergebnis zufälliger Entscheidungen einzelner Angestellten“ und ihres Engagements ist. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, so ist daraus kein gewerkschaftlicher Makel zu konstruieren. Wenn durch persönliches Engagement einzelner Funktionsträger nachweislich der Erfolg verbucht werden konnte, den Organisationsgrad in den Betrieben erheblich zu steigern, dann ist es Pflicht und Schuldigkeit der IG Metall, solche Musterbeispiele intensiv aufzuarbeiten und sie exemplarisch für die Gesamtorganisation nutzbar zu machen.

Die nachweislich gute Bildungsarbeit in der IG Metall muß diesbezüglich stärker als bisher genutzt werden, d. h., die Ziele, Inhalte und Methoden können auf Grundlage der „Thesen zur Bildungsarbeit“ ohne Zweifel dahingehend verbessert werden, daß die Mitgliedererziehung im Angestelltenbereich noch stärker als bisher in den Blickpunkt gerückt wird.

Anmerkungen zur These 6

Positiv, wenn auch mit Einschränkungen, ist die Aussage zu werten, daß „Angestellte nicht dadurch zu mobilisieren sind, indem Horrervisionen über ihre soziale Situation“ gezeichnet werden. Die Einschränkung ist deshalb angebracht, weil zunächst einmal zu fragen ist, wer solche Negativaussagen getroffen hat und darüber hinaus das Mittel der „negativen Aufklärung allein“ angewandt hat.

Tatsache ist, daß der Beschäftigtenstand bei den Angestellten sich in der Metallwirtschaft gehalten hat, aber dennoch in vielen Angestelltenberufsgruppen eine erhebliche Zahl an Arbeitslosen zu verzeichnen ist. Auch hochqualifizierte Angestellte sind vom Arbeitslosenproblem betroffen, und mit dem Blick in die Zukunft werden

Soeben erschienen:

nachrichten-reihe 42

Heinz Schäfer (Hrsg.)

Sowjetische Gewerkschaften im Aufbruch

Gorbatschow eröffnet neue Perspektiven

96 Seiten, 6 DM

die Beschäftigungsprobleme nicht geringer. Im Gegenteil, verstärkte Anwendungen von EDV-gestützten Systemen lassen die Schlußfolgerung zu, daß bezüglich der Qualifikation, des Einkommens, der abgeforderten Leistung bzw. erhöhte Anforderungen an die Angestellten und ihre Interessenvertretung gestellt werden.

Im übrigen ist der gewerkschaftlichen Aufgabe überhaupt nicht damit gedient, in der Funktion des „Sandmännchens“ aufzutreten und durch Verniedlichung der gravierenden Probleme „Beruhigungsspillen“ zu verabreichen. Skizziert man die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der BRD, dann ist immer wieder bei Politikern einer bestimmten Couleur festzustellen, daß durch Schönfärberei die realen gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt verwischt und ein Berufsoptimismus an den Tag gelegt wird, der darauf angelegt ist, in der arbeitenden Bevölkerung Illusionen zu wecken. Korrekturen in den gewerkschaftlichen Aussagen sind

deshalb dort anzubringen, wo beispielsweise feststeht, daß durch technische und organisatorische Rationalisierungsprozesse Angestelltentätigkeiten erleichtert, Qualifikationen gesteigert und auch das Entgelt nicht angetastet wird bzw. unter Umständen sogar eine Verbesserung erfährt.

Ebenfalls mit Einschränkung kann die Feststellung bejaht werden, daß „kritische Denkpotentiale sich an nachvollziehbaren Alternativen entwickeln und nicht nur bei kurzfristigen Reaktionen auf aktuelle Probleme“. Unbeachtet bleibt hierbei allerdings der unmittelbare Erfahrungsansatz. Aktuelle soziale und wirtschaftliche Probleme haben oftmals langfristige und tiefgreifende Ursachen. Wer auf das Bewußtsein der Angestellten einwirken will, muß deshalb von ihrem gegenwärtigen, nachvollziehbaren gesellschaftlichen Sein auf entsprechende Einstellungen im Denken schließen. Im übrigen sind derartige Erkenntnisse nicht nur auf die Angestellten zu beziehen.

Total überzeichnet ist die Aussage, daß gewerkschaftliche Angestelltenpolitik in ihrer Zielsetzung fehlschlägt, wenn sie sich in „folgenloser Nörgelei über bestehende Verhältnisse erschöpft“. Die immer wieder von Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und anderen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen geäußerte Kritik an bestehenden Verhältnissen einer kapitalistischen Gesellschaft spiegelt die tatsächlichen gesellschaftlichen Realitäten wider. Aus diesem Grunde haben Gewerkschaften z. B. durch Tarifverträge und Betriebsräte z. B. durch Betriebsvereinbarungen ihre Schutzfunktionen in einem sehr umfassenden Maße wahrgenommen. Würden solche Vereinbarungen, die in die bestehenden Arbeitsverhältnisse stark einwirken und durch gesetzliche Grundlagen ergänzt wurden, nicht geschaffen, so würden Erscheinungen des „Manchesterkapitalismus“ gegenwärtig nicht mehr als historisches Relikt, sondern im betrieblichen Alltag Wirklichkeit sein. Im übrigen darf nicht verkannt werden, daß durch den Sozialabbau, aber auch durch eine veränderte Gesetzgebung im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts erhebliche Konsequenzen für alle Beschäftigten aufgeworfen wurden. Erinnert sei an die Wirkung des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes, welches zu Recht von den Gewerkschaften geißelt wird. Leiharbeit, Zeitverträge, Teilzeitarbeit, um nur einige spezifische Arbeitsverhältnisformen zu nennen, werfen gerade für den Angestelltensektor erhebliche Probleme auf.

Auch die Vorstellungen der IG Metall über die wirtschaftliche Neuordnung bei Stahl und Werften mit der unmißverständlichen Zielformulierung, die Vergesellschaftung dieser Branchen anzustreben und durch Beharrlichkeit zu verwirklichen, machen deutlich, daß seitens der Gesamtorganisation nach einer grundlegenden Analyse der Verhältnisse politische und ökonomische Alternativen für diese Branchen beispielhaft entwickelt wurden und deshalb Pauschalvorwürfe im o. a. Sinne unangebracht sind.

Im Prinzip positiv ist die Feststellung zu werten, daß „gerade die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit die Utopien der Arbeiterbewegung aufzugreifen und sie zeitgemäß und populär darzustellen hat“.

Einschränkend ist hierbei jedoch anzumerken, daß der Kapitalismus hinsichtlich der humanen Gestaltungsalternativen Grenzen setzt. Das gilt insbesondere auch für die Arbeitsergebnisse von Arbeitskreisen, von Technikern, Naturwissenschaftlern und Ingenieuren oder auch solchen Zirkeln, die sich mit alternativer Produktion befassen. Eine Wirtschaft, die auf Profit ausgerichtet ist, wird zwangsläufig nur ein Interesse an Produkten haben, die dem Interesse einer möglichst optimalen Kapitalverwertung dienen. Derartige Tatsachen zu verleugnen oder zu verdecken oder durch die Form der Darstellung – und sei sie noch so populär – zu verschleiern heißt letztlich, die Arbeitnehmer in die Irre zu führen.

Im übrigen dürfte nicht verborgen geblieben sein, daß soziale Utopien durch einen über ein Jahrhundert andauernden Prozeß wissenschaftlich untermauert und durch konkrete sozialistische Gestaltungsalternativen belegt wurden. Aus diesem Grunde kann es für die IG Metall nicht darum gehen, allein Hoffnungsträger zu sein für den sozialen Fortschritt und für die politische Gestaltungskompetenz.

Gerade dann, wenn man grundlegende andere politische, soziale und ökonomische Verhältnisse in der BRD schaffen will, ist es notwendig, zusammen mit Parteien, Kirchen und nahestehenden Ver-

bänden ein Zukunftsmodell zu bauen, welches in der Bevölkerung eine breite Unterstützung erfährt. Durch eine verstärkte Politik der Bündnisse besteht die Chance, partikularen und zum Teil auseinandergehenden Interessen entgegenzuwirken. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß bezogen auf die Parteien in breiten Arbeitnehmerschichten erhebliche Defizite an Glaubwürdigkeit auch hinsichtlich der politischen Alternativen erkennbar sind. Kurzum, es gibt für die IG Metall keinen Alleinvertretungsanspruch bezüglich der Darstellung einer Zukunftsgesellschaft. In diesem Zusammenhang sollten sich die Gewerkschaften ihrer sozialdemokratischen, kommunistischen und christlich-sozialen Traditionen erinnern und einen umfangreichen gesellschaftlichen Dialog auch mit neuen politischen Bewegungen führen. Berührungsängste sind in diesem Zusammenhang völlig verfehlt.

Anmerkungen zur These 7

Differenziert muß der Meinung entgegengetreten werden, daß Angestellte eine Arbeitnehmergruppe ohne traditionelle Bindungen darstellen. Insbesondere technische Angestellte haben oft aus ihrer ehemaligen Tätigkeit als Facharbeiter erfahren, daß die IG Metall als gewerkschaftliche Organisation unverzichtbar ist. Diese Bindung zur Gewerkschaft ist auch in ihrer „neuen“ Angestelltentätigkeit erhalten geblieben.

Dennoch sollte nicht verkannt werden, daß bei den technischen Angestellten eine solche Feststellung auch nur für einen Teil zutreffend ist. Für diejenigen, die auf technischen Hochschulen und Universitäten ausgebildet sind, fehlt ein unmittelbarer Bezug zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Die Präsenz der Gewerkschaften an den Hochschulen ist deshalb zu verstärken. Wir können einerseits nicht beklagen, daß die Unternehmer sich in sehr starkem Maße der Wissenschaft bemächtigen, wenn wir andererseits nicht den ernsthaften Versuch unternehmen, den Nimbus der Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Wissenschaft als kapitalgebunden zu entlarven und darüber hinaus durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Studenten und ihren Interessenorganen in engem Zusammenwirken eine Alternative aufzeichnen, die auch für die wissenschaftlichen „Kopfarbeiter“ akzeptabel ist.

Zu kleinkariert erscheint mir der Ausspruch: „Die Organisierung der Angestellten hängt von der Überzeugungskraft der IG Metall und ihrer Beharrlichkeit ab.“ Die wirklichen betriebspolitischen Einflüsse, die die IG Metall ohne Zweifel hat, werden hierbei unterschätzt. Auch bei den Angestellten ist die Mitgliedschaft in der IG Metall einsehbar herzustellen, wenn ihnen durch Vertrauensleute und Betriebsräte vermittelt wird, daß für ihre persönliche und gesellschaftliche Situation etwas getan wird. Er kämpft ein Betriebsrat, unterstützt von der IG Metall, für einen Angestellten eine Höhergruppierung und wird dies verbunden mit der gewerkschaftlichen Werbung, dann erscheint dies weitaus effektiver als noch so schöne Reden in Betriebsversammlungen oder bei anderen Gelegenheiten.

Die Machtstellung, die beispielsweise Betriebsräte haben, ist deshalb konsequent für die gewerkschaftliche Organisation zu nutzen. Das allerdings setzt voraus, daß Betriebsräte sich in erster Linie als „Metaller“ begreifen. Angestellte müssen spüren – das gilt übrigens auch für andere Beschäftigtengruppen –, daß die IG-Metall-Mitgliedschaft für sie etwas Positives bewirkt. Das fängt beim Gehalt an, vollzieht sich bei der für sie spürbaren größeren Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung und hört bei der beruflichen Absicherung und Förderung auf.

Inwieweit die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre besser qualifiziert werden müssen, um sich in der Angestelltenwerbung bzw. -arbeit behaupten zu können, hängt nicht nur von der Tatsache ab, die Organisierung dieser Beschäftigtengruppe stärker voranzutreiben. Der technische Wandel, aber auch komplizierter werdende ökonomische Prozesse setzen hier für die Bildungsarbeit eine permanente Aufgabe. Das Eingehen auf kritische Fragestellungen und ihre selbstbewußte Beantwortung ist eine alltägliche Aufgabe. Ob es hier einer besonderen Qualifizierung bedarf, muß sehr konkret untersucht werden. Wenn Funktionäre um Rat ersucht werden bezüglich der Sicherung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer, z. B. bei der Einführung und Anwendung von EDV-

Systemen, dann ist dies unzweifelhaft vonnöten. Allerdings ist dies keine angestelltenspezifische Erscheinung. Aus diesem Grunde ist eine mögliche Elitebildung, ausgerichtet auf einen bestimmten Funktionskreis, abzulehnen. Hierdurch könnten innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation neue Gräben entstehen.

In diesem Zusammenhang von einer „Neuorientierung der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit“ zu sprechen und darüber hinaus mit einer „neuen Sachlichkeit“ zu argumentieren, löst nicht die Probleme in der Angestelltenarbeit. Nicht die Beschlüsse auf Angestellten- und Gewerkschaftstagen sind falsch und müssen deshalb eine Neuorientierung erfahren, sondern die Art und Weise, wie diese umgesetzt werden, mit welcher Verbindlichkeit von der Vorstandsebene über die Bezirksleitung und Verwaltungsstellen bis in die Betriebe, verbunden z. B. mit gezielten Aktionsprogrammen.

Anmerkungen zur These 8

Zweifel sind angebracht bei der Bemerkung, daß „unser Bildungssystem durchlässiger geworden“ ist. Feststellbar ist, daß die Bildungsreform der sozial-liberalen Koalition ohne Zweifel für Arbeiterkinder und andere Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommensniveau Erfolge gebracht hat. Es kann einem aufmerksamen Betrachter jedoch nicht verborgen geblieben sein, daß die „Rechtswende“ sich gerade auf das Bildungssystem erheblich negativ ausgewirkt hat. Die Folge ist, daß beispielsweise – was den Hochschulzugang angeht – weniger Arbeiterkinder die Möglichkeit erhalten, durch eine wissenschaftliche Ausbildung eine bessere Chance in dieser Gesellschaft zu bekommen.

So richtig die Feststellung ist, daß innerhalb der Arbeiterbewegung der „Verlust kollektiver Lebensbezüge“ zu verzeichnen ist und in diesem Zusammenhang gewerkschaftliche Kompetenz zurückgedrängt wurde, so falsch ist es, diesbezüglich auf die gewerkschaftliche Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit zu schließen. Gerade die betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikte, die oftmals auch für Angestellte hautnah nachvollziehbar sind, haben in aktueller Vergangenheit Solidarisierungseffekte bisher ungeahnten Ausmaßes erfahren. Der breit angelegte gewerkschaftliche Widerstand gegen die Novellierung des § 116 AFG hat dies deutlich werden lassen. An diesen Erfahrungen anzusetzen und sie in die allgemeine Lebenssituation zu übertragen, ist sicher ein lohnendes Ziel. Die Frage stellt sich jedoch, ob die Gewerkschaften allein in der Lage sind, dies zu bewältigen. Bei der Gestaltung der Lebenssituation ist deshalb ebenfalls eine Öffnung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Institutionen zu vollziehen. Hierfür bietet speziell die partielle Kooperation mit der Ökologiebewegung, den Kirchen und der Friedensbewegung erfolgversprechende Chancen.

In diesem Zusammenhang hat auch die gewerkschaftliche Kulturarbeit eine erhebliche Bedeutung. Daraus unter anderem abzuleiten, daß die Gewerkschaften insbesondere „für junge Angestellte attraktiver“ sein müssen, ist so nicht haltbar. Zum einen spielt es eine untergeordnete Rolle, ob ein junger Angestellter oder ein junger Facharbeiter durch entsprechende attraktive Angebote für die Gewerkschaft gewonnen werden soll. Zum anderen muß die geforderte „Attraktivität“ in Verbindung mit unserer gewerkschaftlichen Aufgabenstellung gebracht werden. Es nützt also nichts, „losgelöste Angebote“ den Jugendlichen zu unterbreiten, zum Beispiel durch Hacker-Clubs, Motorrad-Cliquen und Tennis- bzw. Squash-Gruppen. In diesem Zusammenhang ist unklar, was mit der Aussage gemeint ist, daß attraktive Angebote nicht „mit den üblichen organisatorischen Bordmitteln und Routineveranstaltungen“ bewerkstelligt werden können. Mit Boris Becker als Lockmittel zu einer gemeinsamen Trainingsstunde im gewerkschaftlichen Tennisclub nach dem Motto „Immer am Ball mit der IG Metall“ scheint die Integration junger Menschen in die Gewerkschaft, mit dem Anspruch einer Organisation der Solidarität und der Zukunftsvorsorge zu sein, nur schwer zu gelingen.

In der weiteren Folge wird in der These 8 behauptet, daß traditionelle Veranstaltungsformen nicht geeignet sind, junge Arbeitnehmer anzusprechen. Zunächst einmal ist zu fragen, was unter traditionellen Veranstaltungsformen überhaupt verstanden wird. Aber selbst wenn man Pfingstjugendtreffen, Ferienlager und Kulturveranstaltungen in diese Rubrik einordnen will, so muß nüchtern fest-

gestellt werden, daß die Gewerkschaftsjugend im Rahmen solcher Veranstaltungen ausgezeichnete Erfolge aufweist. Dies kann ohne Zweifel verbessert werden. So ist beispielsweise daran zu denken, daß die SDAJ und der MSB Spartakus bereits mehrfach bewiesen haben, daß durch ein „Festival der Jugend“ Hunderttausende junger Menschen zu mobilisieren sind.

Im übrigen dürfte auch dem für die Angestelltenarbeit verantwortlichen Vorstandsmitglied nicht verborgen geblieben sein, daß die IG-Metall-Jugend beispielsweise auch mit neuen Veranstaltungsformen nicht geizt. In den Verwaltungsstellen mag dies sehr unterschiedlich sein; dennoch sind ausgezeichnete Ansätze vorhanden und nachzuweisen, daß die IG Metall eine Heimstatt sein kann, in der sich junge Menschen, egal ob Angestellter oder Facharbeiter, wohl fühlen können.

In diesem Zusammenhang ist jedoch offen eine innerorganisatorische Diskussion darüber zu führen, inwieweit spezifische Aktions- und Kampfformen der Jugend, z. B. die Besetzung von Ausbildungszentren und auch das Mittel des Hungerstreiks, legitime Mittel des Protests gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung aufgrund von Ausbildungsplatzvernichtung und Nichtübernahme sein können.

Anmerkungen zur These 9

Die Eingangsaussagen, daß eine erfolgreiche Angestelltenarbeit darauf basiert, daß eine Verbindung zwischen einer eigenständigen gewerkschaftlichen Kultur und einer Politik „der neuen argumentativ-orientierten Sachlichkeit“ geschaffen wird, ist illusionär. Eine verstärkte Mitgliederwerbung durch Argumente und durch gewerkschaftliche Kulturarbeit allein ist nicht erreichbar. Versteht man die Gewerkschaftsbewegung als Lebensgemeinschaft, so reicht dieser Ansatz für eine erfolgreiche Arbeit im Angestelltenbereich erst recht nicht aus. Wer in den Gewerkschaften wieder verstärkt anknüpfen will an dem Prinzip „Gemeinsam arbeiten – gemeinsam leben – gemeinsam kämpfen“, der muß nachvollziehbar für die Arbeitnehmer erfolgreich sein in der tagtäglichen Kleinarbeit im Betrieb, in der Tarifpolitik – die Tarifverträge haben sich bisher als das stabilste Bollwerk bewiesen gegen Einkommensverlust und Abbau von Sozialleistungen – und bei der Wahrnehmung der gesellschaftspolitischen Gestaltungsfunktion durch Aufzeigen einer anderen Gesellschaft, in der Humanismus, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung nicht bloß deklariert werden, sondern nachvollziehbar für den einzelnen Arbeitnehmer eine wirkliche Lebensperspektive bietet. Wer dies wirklich will, muß allerdings unmißverständlich der Mitgliedschaft verdeutlichen, daß er den Kapitalismus in der Bundesrepublik ablehnt und diesen Staat grundlegend verändern will.

Ein ohne Zweifel lohnendes Ziel, welches jedoch hinsichtlich der Bewußtseinsstrukturen der Mitgliedschaft (nicht nur der Angestellten) gegenwärtig nur sehr schwer zu vermitteln ist. Darüber hinaus sind Belastungen für die Organisationsform der politischen Einheitsgewerkschaft zu erwarten. Trotzdem können die Gewerkschaften die Avantgardefunktion für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternative mit übernehmen. Insgesamt gesehen muß jedoch die „politische Linke“ diese Aufgabe übernehmen. Gegenwärtig ist dieses auch nicht ansatzweise erkennbar.

Schlußbetrachtung

Provozierend, zum Teil in sich widersprüchlich, verbunden mit der Darstellung eines düsteren „Wenn nicht, dann“-Szenarios, so wird versucht, die gewerkschaftliche Angestelltenpolitik aus dem Dornröschenschlaf zu holen. Darüber hinaus gibt es grundlegende Kritiken an der bisherigen Politik der IG Metall als Ganzes. So berechtigt vielfältige Aussagen in den Bleicher-Thesen sind, so sehr werden sie durch eine zu starke Überzeichnung entwertet. Innerhalb der IG Metall begibt sich der Verfasser in die Gefahr, dadurch unglaubwürdig zu werden. Darüber hinaus kann der gewünschte innergewerkschaftliche Diskussionsprozeß durch Nichtakzeptanz der Thesen behindert werden. Für die Weiterentwicklung der Angestelltenarbeit wäre dies jedoch fatal. Es erscheint deshalb angebracht, Aussagen innerhalb der Thesen zu relativieren und auch zu revidieren. Der damit verbundene Glaubwürdigkeitsverlust müßte, im Interesse der Gesamtorganisation verkraftbar sein.

Beziehungen zwischen DGB und FDGB werden intensiviert

Vom 25. bis 29. Mai war eine DGB-Spitzendelegation beim FDGB zu Gast. Der Delegation des DGB, die vom Vorsitzenden Ernst Breit geleitet wurde, gehörten an: Jochen Richert, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, Michael Pagels, Vorsitzender des DGB in Westberlin, Hans-Jürgen Beck, Abteilungsleiter, und Werner Milert, Referatsleiter im DGB-Bundesvorstand. Die DGB-Delegation führte Gespräche mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch, den Mitgliedern und Sekretären des FDGB-Bundesvorstands, Christina Emmrich und Werner Heilemann, sowie dem Vorsitzenden des FDGB-Bezirksvorstands Rostock, Heinz Hanns. Im Rahmen des Besuchsprogramms fand eine internationale Pressekonferenz in Berlin/DDR mit Ernst Breit und Harry Tisch statt, auf der sich beide für den unverzüglichen Abschluß eines Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die völlige Beseitigung der Atomraketen mittlerer und kürzerer Reichweite aussprachen. Diese Übereinstimmung in der so lebenswichtigen Frage kommt auch in der gemeinsamen Pressemitteilung zum Ausdruck, die wir im Wortlaut dokumentieren. Darüber hinaus wurde eine neun Punkte umfassende „Vereinbarung zur Weiterführung der Beziehungen zwischen dem DGB und dem FDGB“ erzielt, die wir ebenfalls unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Gemeinsame Pressemitteilung

Auf Einladung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes besuchte eine Delegation des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Leitung des DGB-Vorsitzenden, Ernst Breit, vom 25. bis 29. Mai 1987 die Deutsche Demokratische Republik. In den Gesprächen mit einer Delegation des Bundesvorstandes des FDGB unter der Leitung des Vorsitzenden Harry Tisch, wurde ein breites Spektrum von Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung erörtert, bei Beachtung des Wirkens in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen beider deutscher Staaten. Die in aufgeschlossener und freundlicher Atmosphäre stattgefundenen Begegnungen unterstrichen die Nützlichkeit und die beiderseitige Bereitschaft zur Fortsetzung des von Realismus und gutem Willen geprägten konstruktiven Meinungs- und Informationsaustausches zwischen dem FDGB und dem DGB. Er dient dem besseren gegenseitigen Verstehen, der politischen Vertrauensbildung und ist ein Beitrag zur dauerhaften Friedenssicherung.

Mit Genugtuung wurde von beiden Seiten die positive Entwicklung und die weitere Stabilisierung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Gewerkschaftsbünden seit dem Treffen im Mai 1985 hervorgehoben. FDGB und DGB befürworteten in diesem Zusammenhang den Ausbau der Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten auf den verschiedensten Ebenen. Als ein eigener Beitrag der beiden Gewerkschaftsorganisationen sei der geplante Ausbau der bilateralen Kontakte zwischen dem FDGB und dem DGB zu sehen, der bei dem Besuch vereinbart worden ist.

Einen breiten Raum nahm der Gedankenaustausch über die gegenwärtige internationale Lage ein. Beide Delegationen bekräftigten übereinstimmend, daß die Erhaltung des Friedens die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist und verstärkte Anstrengungen erforderlich sind, die atomare Bedrohung der Menschheit zu bannen. Dabei verwiesen sie erneut auf die von den Gewerkschaften mitgetragene besondere Verantwortung beider deutscher Staaten, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht. Grundlegende Bedingung für den Frieden bleiben die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa.

Harry Tisch erläuterte das von den Staaten des Warschauer Vertrages vorgelegte und vom FDGB unterstützte umfassende und reali-

stische Programm zur Abrüstung im atomaren und konventionellen Bereich bei Wahrung gleicher Sicherheit für alle Seiten. Ernst Breit kennzeichnete das Eintreten des DGB für den Abbau und die Verschrottung aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Waffen sowie für den sofortigen Verzicht auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Nuklearwaffen und Waffen für den Einsatz im Weltraum. Mit dem Abbau der Atomwaffen müsse gleichzeitig Bewegung in die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung gebracht werden. Übereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß die jetzige historische Chance nicht vertan

Die Medien der DDR berichteten ausführlicher über den DGB-Besuch als die westdeutschen. Ernst Breit, das DGB-Vorstandsmitglied Jochen Richert sowie der Berliner DGB-Landesbezirksvorsitzende Michael Pagels führten ihre Verhandlungen mit der Spitze des FDGB im Bezirk Rostock. Die Gespräche waren vertrauensvoll und wurden in einem guten Klima geführt. Harry Tisch, einst SED-Chef des Bezirks Rostock, begleitete Ernst Breit während seines Aufenthalts in der DDR fast immer persönlich, obwohl er gerade erst von einer Reise durch die Mongolei, Korea und China zurückgekehrt war. Die DGB-Gewerkschafter informierten sich über die Bauarbeiten in Rostock, sie besuchten die Warnowwerft in Warnemünde und besichtigten historische Anlagen in Stralsund vor Rügen. Abschließend noch das Nikolaiviertel in Ostberlin. Wo immer Ernst Breit und seine Begleitung Gespräche führten und Kontakt mit Bürgern hatten, war die Frage Abrüstung Thema Nummer eins in der Reihenfolge.

(Aus: Welt der Arbeit, Nr. 23, 4. Juni 1987)

werden darf, konkrete und substantielle Ergebnisse eines Durchbruchs zur Abrüstung vor allem auf atomarem Gebiet herbeizuführen sowie den Weltraum von sämtlichen Waffensystemen freizuhalten. Beide Delegationen sprachen sich nachdrücklich für den unverzüglichen Abschluß eines Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die völlige Beseitigung der Atomraketen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa aus (doppelte Nulllösung). Es dürfe nicht durch weitere Vorbedingungen behindert werden. Damit würde ein wichtiger Schritt zu einer neuen Phase der Spannungspolitik getan, zu der es keine vernünftige Alternative gibt.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Organisationen versicherten die Repräsentanten des FDGB und des DGB, sie werden ihren ganzen Einfluß dafür geltend machen, daß der Wille von 17 Millionen Gewerkschaftern in beiden deutschen Staaten für ein atomwaffenfreies Europa zur Wirklichkeit wird. Davon geleitet, unterstützen beide Seiten die international vielbeachtete politische Initiative zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors und einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa. Sie verbinden das mit der Erwartung, daß diesbezüglich Verhandlungen zwischen den Regierungen baldmöglichst zustande kommen.

Harry Tisch informierte über die Ergebnisse des 11. FDGB-Kongresses. Er kennzeichnete die wachsende Rolle und die vielfältigen Aufgaben des FDGB in der neuen Etappe der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der bewährte Kurs der Hauptaufgabe in seiner Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird zum Wohl der Menschen und zur Sicherung des Friedens konsequent fortgesetzt.

Ernst Breit legte dar, wie sich der DGB und seine Gewerkschaften für die konkrete Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Der DGB und seine Gewerkschaften konzentrieren sich im besonderen Maße darauf, die Massenarbeitslosigkeit mit ihren tiefgreifenden Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft mit größerer Wirksamkeit zu bekämpfen. Ernst Breit erläuterte in diesem Zusammenhang die in den letzten Monaten abgeschlossenen Tarifverträge zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Bei ihrem Aufenthalt im VEB Warnow-Werft in Warnemünde informierte sich die Delegation des Bundesvorstandes des DGB bei der Betriebsgewerkschaftsleitung und in Gesprächen mit Werktätigen

am Arbeitsplatz über die Entwicklung und Perspektive der Werft sowie über die Rechte und Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsorganisation. In Rostock, Stralsund und Berlin wurden Altbau- und Neubaugebiete besichtigt und Informationen über die Stadtentwicklung sowie die weitere Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in der DDR entgegengenommen. Beide Delegationen folgten einer Einladung des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik.

Vereinbarung

1. Der DGB lädt eine Delegation des Bundesvorstandes des FDGB unter der Leitung seines Vorsitzenden, Harry Tisch, zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland für 1989 ein.

2. Auf Einladung des DGB wird eine Delegation der Frauenkommission des Bundesvorstandes des FDGB vom 7. bis 12. September 1987 die Bundesrepublik Deutschland besuchen.

3. Vom Bundesvorstand des FDGB wird für Frühjahr 1988 eine Studiendelegation des Bundesvorstandes des DGB zum Kennenlernen der beruflichen Aus- und Weiterbildung in die Deutsche Demokratische Republik eingeladen.

4. Es besteht Übereinstimmung, ab 1989 weitere Delegationen zu speziellen Aufgabenstellungen gewerkschaftlicher Interessenvertretungen (z. B. Mitbestimmung, Gesundheitspolitik, Arbeitsschutz, gewerkschaftliche Bildung) gegenseitig einzuladen.

5. Der Austausch weiterer Delegationen von Bezirksvorständen des FDGB und von Landesbezirksvorständen des DGB wird fortgesetzt. 1987 werden Delegationen der Landesbezirksvorstände des DGB Hessen zum FDGB-Bezirksvorstand Erfurt und Nordrhein-Westfalen zum FDGB-Bezirksvorstand Leipzig eingeladen. Vom DGB ergehen Einladungen an die FDGB-Bezirksvorstände Cottbus zum Landesbezirk des DGB Saar und Magdeburg zum Landesbezirk des DGB Niedersachsen. Die Einladungen ergehen über die jeweiligen Bundesvorstände. Die Fortsetzung und Ausweitung dieser Kontakte erfolgen im folgenden Jahr in gegenseitiger Absprache.

6. Der FDGB beteiligt sich 1988 an den Ruhrfestspielen in der Bundesrepublik Deutschland. Vorgesehen sind: eine Ausstellung „Bildnerisches Volkskutschaffen der DDR“, eine Freilicht-Fotostellung von Betriebsfotografen, der Auftritt von Volkskunstgruppen der Kleinen Form, ein Gastspiel eines professionellen Theaterensembles und die „Käthe-Kollwitz-Ausstellung“. Der DGB beteiligt sich an den Arbeiterfestspielen der Deutschen Demokratischen Republik 1988 im Bezirk Frankfurt (Oder) mit Auftritten einer Songgruppe, einem Gastspiel der Ruhrfestspiele, einer Amateur-Fotostellung sowie einer Ausstellung „Malende Kumpels von der Ruhr“.

7. Gegenseitige Einladungen von Gewerkschaftsjugendfunktionären durch die Bundesvorstände des FDGB und des DGB zu einwöchigen Informationsveranstaltungen zu gemeinsam interessierenden Fragen gewerkschaftlicher Interessenvertretung in kombinierter Form von Information und Exkursion mit zehn Teilnehmern von jeder Seite.

8. Über die Bundesvorstände des FDGB und des DGB ergehen Einladungen zu Informationsveranstaltungen an ihren zentralen Gewerkschaftsschulen. Die Gäste referieren jeweils zur Rolle und zu den Aufgaben ihrer Gewerkschaftsorganisationen.

9. Über die Bundesvorstände des FDGB und des DGB werden Einladungen zum Besuch der gewerkschaftlichen Freizeit- und Erholungseinrichtungen ausgesprochen.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand	Deutscher Gewerkschaftsbund Ernst Breit Vorsitzender
Harry Tisch Vorsitzender	

Berlin, den 28. Mai 1987

Unternehmerlob für Hermann Rappe – Eine Medaille mit zwei Seiten

Immer dann, wenn Kapitalrepräsentanten oder Vertreter der rechtskonservativen Wenderegierung bzw. der sie tragenden Unternehmerparteien nach „guten“ Gewerkschaften gefragt werden, kommt, wie aus der Pistole geschossen, ein Name: Hermann Rappe. Der Vorsitzende der IG Chemie – Papier – Keramik vertritt schon seit Jahren eine ähnliche Politik, wie sie vor einem Vierteljahrhundert der damalige Vorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Georg Leber, praktizierte: Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit auf der einen und militanter Antikommunismus auf der anderen Seite.

Allein schon der Fakt, daß sich der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie Hermann Rappe als Referenten zu seiner Hauptversammlung eingeladen hatte, läßt aufhorchen. Hätte dort Hermann Rappe konsequent den Standpunkt des DGB vertreten und die profitorientierte Politik der Pharmakonzerne kritisiert, brauchte hier niemand Anstoß zu nehmen. Jedoch hat sich der Gewerkschaftsvorsitzende, Bundestagsabgeordneter und rechte Flügelmann der SPD in Köln schützend vor die Profit- und Machtinteressen der Pharmakonzerne gestellt und deren Preispolitik verteidigt. Er sprach sich in seiner einstündigen Rede immer wieder dagegen aus, daß der Pharmaindustrie der Schwarze Peter für die hohen Kosten im Gesundheitswesen zugeschoben werde. Wörtlich führte er aus: „Die pharmazeutische Industrie und die Arzneimittel sind nicht der Dreh- und Angelpunkt für eine finanzielle Gesundung des Gesundheitswesens.“

Diese bereits auf dem DGB-Kongreß 1986 kritisierte Behauptung steht im Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen zur Reform des Gesundheitswesens. Anhand von praktischen Erfahrungen hatte auf dem DGB-Kongreß die ÖTV-Delegierte Ingeborg Simon nachgewiesen, daß die Pharmakonzerne überhöhte Arzneimittelpreise kassieren und hinter den angeblich hohen Forschungsausgaben oftmals nur alte Medikamente mit neuen Namen, anderer Verpackung und wesentlich höheren Preisen stehen. Ohne seinen Namen zu nennen, kritisierte nach der Kölner Rede von Hermann Rappe der hessische DGB-Landesbezirk, daß die Gewerkschaften in der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion wenig glaubwürdig wären, „wenn sie selbst bestimmte Tabuzonen errichten, in diesem Fall, die Pharmaindustrie zur heiligen Kuh zu erklären“.

Rappe steht nicht nur im Konflikt mit dem DGB, sondern befindet sich auch im Widerspruch zu dem gewiß nicht gewerkschaftsfreundlichen Bonner Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen. Dieser hatte laut Frankfurter Rundschau vom 4. Juni 1987 „eine wesentliche Ursache für den Kostenanstieg darin gesehen, daß zu viele Arzneimittel verschrieben werden und zu viele mit zweifelhafter Wirkung und

nicht sinnvoller Zusammensetzung auf dem Markt sind. Die Sachverständigen meinen, daß die gesetzlichen Kassen die Ausgaben für Arzneien im Jahr um 20 bis 25 Prozent (3,3 bis 3,4 Milliarden Mark) senken könnten, ohne daß die Qualität der medizinischen Versorgung gemindert werden müßte.“

IG Metall zur Einheitsgewerkschaft

Die IG Metall wird die Einheitsgewerkschaft gegen jeden Versuch ihrer Spaltung verteidigen. Sie lehnt entschieden jeden Versuch ab, mit der Spaltungsdrohung die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft einzuschränken. Die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung – z. B. Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten – haben ihren Platz in der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln.

(Angenommener Antrag 157 des 14. Gewerkschaftstages der IG Metall, Oktober 1983)

Ich halte es für selbstverständlich, daß in der Einheitsgewerkschaft Sozialdemokraten, Mitglieder der CDU/CSU oder der DKP auf gewerkschaftlichen Listen zur Betriebsratswahl kandidieren können. Wer ein guter Gewerkschafter ist, hat in unseren Reihen Platz.

(Franz Steinkühler, 1. Vorsitzender der IG Metall, auf einer Pressekonferenz zum Abschluß des 15. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall im Oktober 1986)

Es wäre für den DGB verhängnisvoll, wenn die Haltung von Hermann Rappe gegenüber den Pharmakonzerne und seine zusätzliche Forderung, im Bereich der Krankenhäuser Zehntausende Arbeitsplätze zu vernichten, zum Inhalt eines aktualisierten sozialpolitischen Programms der Gewerkschaften würde. Bekanntlich hatte der letzte DGB-Kongreß auf Antrag der IG

Metall beschlossen, bis zum 14. DGB-Kongreß im Jahre 1990, nach einer intensiven Mitgliederdiskussion, dieses Programm zu aktualisieren.

So sehr sich Hermann Rappe bei den Unternehmern anbietet und auf eine essenzenorientierte Gewerkschaftspolitik verzichtet, so „kompromißlos“ sei er, lobt das Handelsblatt vom 19./20. Juni, wenn es darum gehe, gegen linke Gewerkschafter in den eigenen Reihen vorzugehen. Als Indiz dafür dokumentiert die Unternehmerpostille jene Teile aus einem Referat von Hermann Rappe, das er auf der Beiratstagung seiner Gewerkschaft am 15. Juni in Fulda zum Verhältnis der Gewerkschaften zu den Kommunisten gehalten hatte.

Ohne auch nur im Ansatz einen Beweis zu liefern, behauptet Hermann Rappe, der kommunistischen Partei gehe es „noch immer um die Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung und ihre Überführung in den verlängerten Arm der Partei zur Disziplinierung und Anpassung der Massen“. Weder die 1956 widerrechtlich von der Adenauer-Justiz verbotene KPD und schon gar nicht die 1968 konstituierte DKP vertrat bzw. vertritt diese Zielsetzung. Vielmehr gehören die Kommunisten nicht nur zu den Gründern der Einheitsgewerkschaft, sondern gerade auch in der IG Chemie – Papier – Keramik stehen sie Seite an Seite mit ihren sozialdemokratischen, christlichen und auch alternativ orientierten Kolleginnen und Kollegen mit an der Spitze bei der aktiven Interessenvertretung und wenn es darum geht, gewerkschaftliche Beschlüsse zu verwirklichen.

Rappe beruft sich auf die Fuldaer Beschlüsse von 1950 (!) und ihre Erweiterungen von 1953, die ganz von dem Geist des kalten Krieges geprägt waren und behauptet, wie damals hätten auch heute die Kommunisten beispielsweise den Krefelder Appell organisiert wie auch die Stafette Sportler für den Frieden. Indirekt kritisiert Rappe damit den IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler, der auf einer Veranstaltung der Friedensstafette in Hamburg gesprochen hatte, ebenso wie seinen Parteivorsitzenden Vogel und das DGB-Bundesvorstandsmitglied Ilse Bruns, die auf der Bonner Kundgebung der Friedensbewegung am 13. Juni zu den Rednern gehörten.

Außerdem fehlinterpretiert Hermann Rappe das DGB-Grundsatzprogramm und den außerordentlichen Kongreß, der dieses Dokument beschlossen hat. Er behauptet, der außerordentliche DGB-Kongreß habe entschieden, daß „die Kommunisten nicht zu den Mitbegründern der freien Gewerkschaftsbewegung gemacht“ wurden. Das konnte dieser Kongreß gar nicht entscheiden, weil es der historischen Wahrheit widerspricht, wie auch Hermann Rappes Vorsitzenderkollege Meyer von der IG Bergbau und Energie in einer Sonderausgabe der „Welt der Arbeit“ und der frühere DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter mehrfach festgestellt haben. Zum anderen heißt es in der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms wörtlich: „Die

Gegen Ausblutung und Zerschlagung der Post Widerstand angekündigt

Am 4. Oktober 1986 haben 21 000 Postbeschäftigte in Köln gegen die Zerschlagungs- und Privatisierungspläne bei der Deutschen Bundespost demonstriert. Ihre Kampagne „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ setzte die Deutsche Postgewerkschaft am 3./4. Juni in Bonn mit einer Fachtagung zu dem Thema „Kommunikationsversorgung der Zukunft – Lebensqualität für viele oder Profit für wenige?“ fort.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende der DPG, Emil Bock, noch einmal die Nachteile für die rund 550 000 Postbeschäftigten aufgezählt hatte, die mit der Hinwendung zu einer „privatkapitalistischen Politik“ verbunden sein werden, wie Arbeitsplatzverluste, Lohndrückerei, schlechterer sozialer Schutz, bzw. Eingriff in die Altersversorgung, Eingriffe in das Dienstrecht zu Lasten der Beschäftigten und schlechtere Berufsperspektiven, stand im Mittelpunkt der Tagung die Frage, welche gesamtwirtschaftlichen und politischen Auswirkungen, insbesondere

Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung in der Nazidiktatur entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.“

Sozialdemokraten und Kommunisten haben in der „freiheitlich-sozialistischen Richtung“ einen gemeinsamen Ursprung, und mit den Worten „vor allem“ ist deutlich gemacht, daß noch andere als die der SPD und der CDU/CSU nahestehenden Strömungen die Einheitsgewerkschaft geschaffen haben und sie auch heute noch verkörpern.

Angesichts der sozialreaktionären Offensive von Kapital und Kabinett brauchen die Gewerkschaften entschlossenes einheitliches Handeln und keine Spaltung, wie sie faktisch von Hermann Rappe gefordert wird. Die Einheitsgewerkschaft benötigt, um sich gegen die Gewalttaten des Kapitals zu wehren und die eigenen Forderungen durchzusetzen, zugleich starke Bündnispartner. Dazu gehören zweifellos auch die DKP und die Grünen sowie selbstverständlich die gesamte Friedensbewegung. Es ist an der Zeit, daß auch die Mitglieder und Funktionäre der IG Chemie – Papier – Keramik die in ihrer Führung noch vorhandenen Rudimente aus der Zeit des kalten Krieges über Bord werfen und statt Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern für eine aktive interessenorientierte Gewerkschaftspolitik eintreten.

Werner Petschick

für die Verbraucher und die Klein- und Mittelbetriebe, mit einer Neustrukturierung der Post verbunden sein werden.

Die Bundesregierung hat vor rund 1½ Jahren eine Regierungskommission Fernmeldewesen eingesetzt, die voraussichtlich im Herbst ihr Gutachten vorlegen wird. Das Ergebnis soll Grundlage einer Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens werden. Hintergrund der Bemühungen um eine Neuorganisation ist – das wurde auf der Tagung noch einmal deutlich – einerseits der starke Druck US-amerikanischer Telefon- und Computerkonzerne wie AT & T und IBM, die auf den bundesrepublikanischen Telekommunikationsmarkt drängen, und andererseits der Wunsch hiesiger Großkunden, Dienstleistungen der Post, insbesondere Fernmeldegebühren, billiger zu erhalten und die Netze der Bundespost für ihre Profitinteressen auszunutzen.

Geplant ist, die Bundespost in zwei selbstständige Unternehmen aufzuspalten und das Postmonopol im Bereich des Fernmeldewesens aufzuweichen. Nur noch das einfache Telefonieren soll im Postmonopol bleiben, während alle anderen Fernmeldedienste auch von privaten Anbietern angeboten werden sollen. Zwar soll das Netzmonopol bei der Post bleiben, jedoch nur solange, wie die Post anderen Dienstleistern „Mietleitungen zu angemessenen und wettbewerbsfähigen Bedingungen sowie entsprechend dem qualitativen und quantitativen Bedarf überläßt“. Die Post wäre dann – so der DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren – zum Wohlfühlen gegenüber Privatinteressen verpflichtet und damit jederzeit erpreßbar.

Welche einschneidenden Folgen eine solche Neuorganisation für die Post hätte, machten die Diskussionen in den vier Arbeitsgruppen der Tagung deutlich. Sie beschäftigten sich mit „Liberalisierung bei Mietleitungen und Mehrwertdiensten – Netzkonkurrenz durch die Hintertür?“, „Mischkalkulation und Verbundleistung als Voraussetzung gemeinwirtschaftlichen Handelns“, „Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Kommunikationsdienstleistungen – Wirkungen für Industriepolitik, Arbeitnehmer und Verbraucher“. Durch die Mischkalkulation und die Verbundleistungen wird gegenwärtig erreicht, daß

die Post ihre Leistungen nicht nur flächendeckend, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten erbringen kann.

Die Abkoppelung der „gelben Post“ würde zu einer Gebührenerhöhung der Postdienste führen, da eine Quersubventionierung durch den Fernmeldesektor nicht mehr möglich wäre. Die Gemeinwohlinteressen, denen die Post verpflichtet ist, blieben auf der Strecke. Verlierer einer solchen Neustrukturierung wären vor allem die Alten und sozial Schwachen und die Bewohner ländlicher Gebiete. Als „Rosinenpicken“ würden sich die Privaten die lukrativen Dienste herauspicken und die teuren und nicht profitablen Dienstleistungen der Post überlassen. Auf die Gefahren für den Datenschutz und die Nachteile für die Bevölkerung (z. B. durch die Verschlechterung der Dienstleistungen, durch längere Anfahrtwege) wurde ebenfalls hingewiesen.

1984 ist die britische Telefongesellschaft Telecom privatisiert worden. Charles Morris, Union of Communication Workers, Großbritannien, berichtete auf der Tagung anschaulich über die Folgen für die Beschäftigten und die Postkunden. Höhere Telefonrechnungen und die Zerstörung der Infrastruktur – so ist es z. B. unrentabel, mutwillig zerstörte Telefonzellen zu reparieren – waren die Folge.

Die DPG machte deutlich, daß sie einer „Ausblutung und Zerschlagung der Bundespost zugunsten privater Profite“ (van Haaren) weiterhin Widerstand entgegenzusetzen wird. Die Bundespost müsse als „Zentralnervensystem für die Kommunikationsversorgung der Bundesrepublik“ Bürgerpost bleiben.

B. D.

DPG und Grüne über Zukunft der Post

Bei einem Informations- und Gedankenaustausch zwischen Vertretern der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der Bundestagsfraktion der Grünen am 22. Juni haben beide Seiten die Bedeutung der Bundespost für eine flächendeckende und soziale Daseinsvorsorge unterstrichen sowie allen Plänen zur Zerschlagung der Post durch Privatisierung der einkommens-trächtigen Bereiche eine klare Absage erteilt. An dem Gespräch nahmen für die DPG deren stellvertretender Vorsitzende, Emil Bock, und für die Grünen Ulrich Briefs, Obmann im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen, sowie dessen Stellvertreter Willi Hoss teil. „Die Gesprächspartner waren sich einig, daß angesichts der zu erwartenden verschärften politischen Auseinandersetzungen weitere Kontakte, ein gründlicher Informationsaustausch, öffentlichkeitswirksame Aktionen und parlamentarische Initiativen dringend nötig sind“, heißt es abschließend in der gemeinsam abgestimmten Presseerklärung.

Stadterneuerung – zentrale gewerkschaftspolitische Aufgabe

Die Zukunft für das Jahr 2000, die Bundesbauminister Oscar Schneider auf der Fachtagung der IG Bau – Steine – Erden am 10./11. Juni in Bonn-Bad Godesberg malte, ist rosig: Steigende Realeinkommen, zunehmende Freizeit, mehr Qualitätsbewußtsein bei der Wohnung wird künftig den Wohnungsbau ankurbeln. Die Erneuerung der Dörfer und Städte wird auf hohem Standard verbessert werden, und „Freiheit und Mobilität“ durch das Auto wird mit verkehrsberuhigten Städten verbunden werden. So häßliche Worte wie zunehmende Umweltvergiftung, neue soziale Armut und Finanzkrisen von Städten und Gemeinden nahm er erst gar nicht in den Mund.

Schon in seiner Eröffnungsrede hatte der Vorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Konrad Carl, deutlich gemacht, daß diese Bonbonsicht der Dinge nicht die der IG Bau – Steine – Erden ist. Die IG Bau hat Ende der siebziger Jahre den tiefen Einbruch im Baugewerbe und die entsprechenden negativen Folgen für die Beschäftigten schmerzlich miterlebt. Für sie ist die Stadterneuerung eine zentrale gewerkschaftspolitische Aufgabe, die eng mit der Situation der Bauarbeiter verzahnt ist.

Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Überlegungen ist die Tatsache, daß die Kommunen durch die Finanzierung der Folgen der Massenarbeitslosigkeit immer weniger Mittel haben, um die notwendigen Stadterneuerungsaufgaben zu finanzieren. Carl warf Bund und Ländern vor, ihre Haushalte auf dem Rücken der sozial Schwachen und zu Lasten der Kommunen zu sanieren. Für 1986 rechnet der Deutsche Städtetag mit einer Ausgabenbelastung von 25 Milliarden DM für Sozialleistungen, eine Steigerung gegenüber 1980 um rund zehn Milliarden DM. Errechnet wurde auf der Fachtagung ein Investitionsvolumen für städtebauliche Aufgaben bis zum Jahre 2000 von 600 Milliarden DM.

In den fünf Arbeitsgruppen wurden diese zunehmende Kluft näher analysiert und Gegenforderungen entwickelt. In der Arbeitsgruppe „Wohnen und Arbeit in der Zukunft – Was muß Stadterneuerung leisten?“ warf Jochen Richert, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, der Bundesregierung vor, der Massenarbeitslosigkeit nicht entgegenzutreten zu wollen. Sie werde zu einem „dauerhaften und skandalösen Luxus, den sich unsere Gesellschaft“ leiste. Gleichzeitig verfielen unsere Städte immer mehr. Eine zukunftsorientierte Stadterneuerung müsse folgende Maßnahmen umfassen:

– Die Anpassung des städtischen Wohnungsbestandes an die Anforderungen eines menschengerechten und umweltverträglichen Wohnens,

– Verkehrsberuhigung, den Bau von Radwegen, die Schaffung von Grünflächen,

die Verbesserung des Lärmschutzes,

– den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,

– Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung sowie

– Maßnahmen, die der Verödung der Innenstädte entgegenwirken.

Kontroverse wurde in der Arbeitsgruppe „Stadtverkehr – umwelt- und benutzerfreundlich gestalten“ die Frage diskutiert, welchen Stellenwert in Zukunft das Auto in den Innenstädten haben soll. Die Mehrheit der Teilnehmer sprach sich für verkehrsberuhigte Städte, mehr Fußgänger- und Fahrradwege, eine stärkere Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und ein verstärktes Park-and-Ride-System aus.

In der Arbeitsgruppe „Kommunale Versorgungskonzepte für Energie und Wasser“ wurden schwere Mängel und Schäden aufgezeigt, die beim Gewässerschutz bereits dramatisch sind. So ist fast das gesamte Kanalsystem der Städte überaltert und sanierungsbedürftig. In den meisten Städten gibt es kein Abwasserkataster und damit auch keinen Überblick, welche Schmutz- und Schadstofffrachten in den einzelnen Betrieben anfallen. Bei der Energieversorgung wurden an einigen Beispielen kommunale Gegenkonzepte, wie die Förderung von Energieeinsparen als Unternehmensziel, eine neue Tarif- und Gebührenpolitik und Rekommunalisierungstendenzen vorgestellt. Qualitative Verbesserungen beim Wohnungsbau, Modernisierungsförderung und Energieeinsparung, Erhalt des sozialen Wohnungsbaus, preiswerte Mietwohnungen und verstärkte Eigentumsbildung für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen wurde auf dem wohnungspolitischen Sektor gefordert.

„Stadterneuerung“ – so die Zusammenfassung von Konrad Carl – „muß heute unter Abwägung der sozialen, humanen und ökologischen Aspekte betrieben werden. In dieser Weise trägt sie zur Sicherung der Umwelt bei und bringt neue Beschäftigungsimpulse hervor.“ Barbara Degen

PERSONALIEN

Ilse Brusis, 49, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, **Franz Steinkühler**, 50, Vorsitzender der IG Metall, und **Hermann Rappe**, 58, Vorsitzender der IG Chemie – Papier – Keramik, sind vom SPD-Parteivorstand zu Mitgliedern der neuen Programmkommission berufen worden.

Rudolf Dreßler, 46, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, wurde neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag. Er löste **Anke Fuchs** ab, die zur SPD-Geschäftsführerin avancierte.

Ulf Fink, 44, Gesundheitssenator in Westberlin, ist Mitte Juni vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in der CDU in einer Kampfabstimmung mit 21 zu 16 Stimmen zum Kandidaten für die Nachfolge des bisherigen CDA-Vorsitzenden, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, im Herbst dieses Jahres nominiert worden. Fink setzte sich damit gegen **Heinz Soenius** durch, für den Blüm votiert hatte. In der bürgerlichen Presse wurde kolportiert, **Heiner Geißler**, CDU-Generalsekretär, habe Fink aufs Schild gehoben; und Fink gelte nicht gerade als Intimfreund von Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Der CDA-Bundesgeschäftsführer **Heribert Scharrenbroich** hatte auf eine Kandidatur verzichtet.

Elfriede Hoffmann, 61, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, ist aus Altersgründen aus ihrer Funktion ausgeschieden. Über die Nachfolge ist noch nichts bekannt.

Eva Kaiser, 59, im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie – Papier – Keramik für Frauen- und Sozialpolitik verantwortlich, legt ihre Vorstandsarbeit zum 31. Juli nieder; „aus Gesundheitsgründen“, wie es im Pressebericht der Gewerkschaft heißt, deren Beirat am 15. Juni **Veronika Keller-Lauscher**, 39, zur Nachfolgerin wählte. Frau Keller-Lauscher, seit 1972 Bezirkssekretärin ihrer Organisation in Stuttgart, hat sich auf früheren Bundesjugendkonferenzen oft dadurch ausgezeichnet, gegenüber progressiven Kritikern massiv die Vorstandslinie durchzupeitschen.

Rudi Schaefer, 53, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdE) seit 1984, ist Anfang Juni vom Beirat seiner Gewerkschaft zum Nachfolger des stellvertretenden GdE-Vorsitzenden **Rudi Kubilke**, 61, gewählt worden. Dieser wechselte zum Vorstand der Bundesbahn.

Franz Steinkühler, 50, IG-Metall-Vorsitzender, ist auf der Tagung des Exekutiv-ausschusses des Internationalen Metall-Gewerkschaftsbundes (IMB) Anfang Juni in Oslo erwartungsgemäß zum neuen IMB-Präsidenten gewählt worden.

Der Betriebsrat ist für die Belegschaft da, nicht für den Chef

In dieser 3. Folge von Arbeitshinweisen für die neugewählten Betriebsräte (siehe auch Mai- und Juni-Heft) sollen Notwendigkeit und Möglichkeiten eines engen Kontaktes zwischen Betriebsrat und Belegschaft dargestellt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) enthält dafür eine Reihe von Bestimmungen. Aber wie auch in anderen Bereichen der Betriebsratsarbeit bleibt die Praxis oft genug hinter dem rechtlich Machbaren weit zurück.

Die Unternehmer legen es besonders darauf an, daß es möglichst wenig Kommunikation zwischen Betriebsrat und Beschäftigten gibt. Beliebt sind Umarmungsstrategien der Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat mit dem Ziel, ihn entweder zum „Sheriff“ des Unternehmers oder zum sozialpartnerschaftlichen Abwiegler bei Unruhe und Konflikten zu machen. Was in dieser Hinsicht in Managerschulungen den Führungskräften über den Umgang mit dem Betriebsrat beigebracht wird, ist ebenso interessant wie aufschlußreich.

Schon 1978 empfahl die Firma Jungheinrich & Co in Hamburg ihren Führungskräften, den Betriebsrat mit eben genannter Zielsetzung „in die Unternehmensentscheidungen einzubeziehen“ und nicht herauszuhalten. Die Unternehmensleitung muß den BR im Hause gegenüber der von ihm vertretenen Gruppe stärken, z. B. durch zugespielte Erfolge, durch über tarifliche Leistungen, durch Verzicht auf Beitritt zur Arbeitgebervereinigung und durch die Möglichkeit, diese „Erfolge“ der Belegschaft zu verkaufen.“

Im „Handelsblatt“ konnte man am 9. November 1982 als Rat an Personalleiter lesen, die angesichts der Krisensituation gestärkte Position des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat nicht auszunutzen. „Denn gerade heute braucht der Arbeitgeber auch die Hilfestellung des Betriebsrats; denn es gilt, unliebsame, schmerzliche Entscheidungen der Belegschaft zu ‚verkaufen‘ und gleichzeitig zu erhöhter Leistung aufzurufen. Und hierbei kann der Betriebsrat helfen, der – auch aufgrund seines besonderen Vertrauens bei der Belegschaft – oft leichter und schneller die Mitarbeiter überzeugen und die Gemüter beruhigen kann.“

Aus dieser Perspektive also sehen Unternehmer den Betriebsrat. Kriecht er auf diesen Leim, kann das Vertrauen bei der Belegschaft schnell dahin sein. Denn der Betriebsrat ist nicht Handlanger des Unternehmers, sondern Interessenvertretungsorgan der Beschäftigten. Der Betriebsrat hat viele Möglichkeiten, sich gegen eine kompromittierende Vereinnahmung durch den Unternehmer zu wehren. Grundsätzlich sollte er sich für eine offene Betriebsratsarbeit, das heißt, eine, die für jedermann im Betrieb einsehbar und

nachvollziehbar ist, entscheiden. Darüber muß man in einer Vollsitzung des Betriebsrats diskutieren. Diese „offene“ Betriebsratsarbeit könnte etwa so aussehen:

1. An den nach § 74 Abs. 1 BetrVG vorgeschriebenen Monatsgesprächen nimmt grundsätzlich der gesamte Betriebsrat teil. Die Mitglieder des Betriebsrats bereiten sich anhand der vorgesehenen Tagesordnung auf das Gespräch vor; sie verständigen sich auf die einzuhaltende Verhandlungslinie. In Ausnahmefällen kann der Betriebsausschuß beauftragt werden,

Eine Trickkiste für Betriebsräte

Ein interessantes und lukratives Angebot macht der Frankfurter Nachrichten-Verlag: Die neue, sechste Auflage seines sehr praxisnahen Kommentars zum Betriebsverfassungsgesetz kostet bis Ende Juni bei Vorkasse nur 32, anschließend 42 Mark. Bemerkenswert an diesem Kommentar ist die eindeutige – in dieser Form wohl einmalige – Parteinahme für die Beschäftigten. Die sonst übliche, scheinbar wertneutrale Kommentierung des Betriebsverfassungsgesetzes ist den Autoren fremd. Sie weisen auf die in der Praxis oft entscheidenden Haken und Ösen des Gesetzes hin und scheuen sich nicht, legale Tricks für eine effektive Interessenvertretung anzubieten.

Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar für die Praxis; Nachrichten-Verlag, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900749.

(Aus der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“, Nr. 23 vom 4. Juni 1987.)

das Gespräch zu führen. Er muß dann in einer anschließenden Sitzung alle Mitglieder des Betriebsrats über den Gesprächsverlauf informieren. Niemals soll der Vorsitzende oder sein Stellvertreter allein mit dem Unternehmer verhandeln. Es geht um die Bewahrung der kollektiven Verantwortung des Betriebsrats.

Nach jedem Gespräch bzw. nach jeder Verhandlung mit dem Unternehmer ist das

Resultat bzw. der Stand der Dinge, soweit sie die Belegschaft insgesamt oder eine Abteilung betreffen, in einem Betriebsrats-Info am Schwarzen Brett oder durch Verteilen an die Betroffenen bekanntzumachen. Diesen Grundsatz sollte sich der Betriebsrat auch für jede seiner Sitzungen zu eigen machen, sofern die besprochenen Themen Anliegen der Belegschaft oder Teile davon betreffen. Die Niederschrift des Infos ist Betriebsratsarbeit und hat während der Arbeitszeit und nicht am Feierabend zu Hause zu erfolgen.

2. Ebenso wichtig wie die Sicherstellung der Durchschaubarkeit seiner Tätigkeit und zugleich Methode, dies zu gewährleisten, sind für den Betriebsrat Sprechstunden und Rundgänge im Betrieb. Ob er feste Sprechstunden einrichtet, entscheidet nach § 39 allein der Betriebsrat. Lediglich über Zeit und Ort muß er sich mit dem Unternehmer verständigen. In den Sprechstunden können Beschäftigte sowohl einzeln als auch gemeinsam, wenn etwa in einem Meisterbereich für mehrere dasselbe Problem besteht, mit dem Betriebsrat ihre Anliegen beraten.

Der Betriebsrat braucht sich nicht mit dem Hinweis auf die Sprechstunden vom Unternehmer weitere Kontaktmöglichkeiten mit den Arbeitern und Angestellten verwehren zu lassen. Regelmäßige Rundgänge sind für den „guten Draht“ zwischen Belegschaft und ihrem Vertretungsorgan nach § 37 Abs. 2 auch für nicht freigestellte Betriebsratsmitglieder möglich und überdies unerlässlich. Vieles erfährt man erst von den Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz; nicht jede/jeder meldet sich gern mit dem Hinweis beim Vorgesetzten ab, daß sie/er etwas mit dem Betriebsrat bereden will. Und für Betriebsratsmitglieder gilt, daß auch die Arbeitsgerichtsbarkeit den Grundsatz anerkennt: Betriebsratsarbeit hat Vorrang vor der Erfüllung arbeitsvertraglicher Pflichten.

3. Viel gesündigt wird mit den nach § 43 Abs. 1 vorgesehenen Betriebs- bzw. Abteilungsversammlungen, die viermal im Jahr und bei Vorliegen besonderer Anlässe sogar sechsmal stattfinden können. Aber nur in den wenigsten Betrieben schöpfen die Betriebsräte diese Möglichkeit aus. Häufig laufen solche Versammlungen zudem noch formal und inhaltsleer ab, was bei der Belegschaft zunehmendes Desinteresse bewirkt. Andererseits aber kann die Betriebsversammlung, wie das in vielen Fällen praktiziert wird, zu einem interessanten Diskussionsforum werden, auf dem alle Probleme der Belegschaft, das Verhalten der Geschäftsführung, die Unternehmensperspektive usw. zur Sprache kommen. Bei entsprechender Vorbereitung führen Betriebs- und Abteilungsversammlungen dazu, daß Betriebsrat, Belegschaft und die im Betrieb vertretene Gewerkschaft stärker zusammenwachsen. Das verfehlt nicht die Wirkung beim Unternehmer und verbessert die Verhandlungs- und Durchsetzungsposition des Betriebsrats. (Wird fortgesetzt)

Gerd Siebert

Arbeitslosengruppen trafen sich: Nur gemeinsam sind wir stark

Unter dieses Motto hätte man die 3. Arbeitstagung der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen in der Bundesrepublik vom 14. bis 17. Juni in Lage-Hörste stellen können. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen, um über die Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit zu diskutieren. Man ging von dem Grundsatz aus, daß sich Arbeitslosenarbeit nicht nur auf die aktuell Arbeitslosen beziehen kann. Die meisten Lohnabhängigen sind, unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und bei Beschneidung der Rechte der Gewerkschaften, von z. T. massiver Verschlechterung der Lebens- und Arbeitssituation betroffen.

So ging es in den Arbeitsgruppen zunächst um befristete Arbeitsverträge, hier insbesondere um die Ablehnung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, flexible Arbeit auf Abruf und Teilzeitarbeit, von der in der Hauptsache die Frauen betroffen sind, auch um Leiharbeit; und nicht zuletzt wurde ein neues Problem diskutiert, das auf die Gewerkschaften in den Betrieben zukommt: Von immer mehr Unternehmen werden ehemals lohnabhängige Arbeitnehmer formal in Selbständige umgewandelt, die aber eng an die Auftragslage und Betriebsabläufe der Unternehmen angebunden bleiben. Bei all dem kommt immer wieder zutage, um was es den Unternehmern generell geht: Senkung der Lohnkosten, Sozialabbau, Schwächung der einzelnen und der Gewerkschaften im Betrieb – Profit auf Kosten der Lebenslage der Lohnabhängigen, ob sie gerade arbeiten oder ob sie arbeitslos sind.

Wie können die unterschiedlich Betroffenen gemeinsam dagegen ankämpfen? Das war die Frage für die Arbeitsgruppen am folgenden Tag. Dabei muß man sehr unterschiedliche Ebenen betrachten. Aus dem Tagungsprotokoll sollen hier zunächst die weitreichendsten Forderungen genannt werden. In den Arbeitsgruppen 1 und 2 machte die Darstellung durch betroffene Betriebsräte von Hattingen und Leer deutlich, daß man an vier Forderungen nicht mehr vorbeikommt:

1. Keiner darf ohne Ersatzarbeitsplatz entlassen werden. 2. Solche Ersatzarbeitsplätze können durch Beschäftigungsgesellschaften eingerichtet werden, die sozialökonomisch verantwortbare Produkte herstellen und über Konzerne und Banken zu finanzieren sind. 3. Die Produktionspalette muß eingebettet sein in eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung. 4. Für die noch immer Arbeitslosen muß eine bedarfsgerechte Grundversicherung gewährleistet sein. „Letztendlich wird das Problem der Arbeitslosigkeit ohne Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Banken nicht zu überwinden sein. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Politisierung der Gesellschaft und gemeinsames Handeln von Beschäftigten, Arbeitslosen und anderen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Kirchen,

Wohlfahrtsverbänden, Handel und Handwerk) notwendig.“

Es liegt also ein großes Stück Arbeit vor den Gewerkschaften und den Arbeitsloseninitiativen. Im ersten Schritt geht es dabei um stärkere Koordination gemeinsamer Diskussion und gemeinsamen Handelns zwischen Arbeitslosen, den Einzelgewerkschaften und dem DGB auf allen Ebenen. Die Situation hat sich seit der ersten Arbeitstagung in Lage-Hörste im Jahre 1984 spürbar verbessert. Dies zeigte schon die Teilnahme von Edmund Möller und von Helmut Schauer aus der Vorstandsverwaltung der IG Metall und von Frank Hantke, der im DGB-Bundesvorstand für die Arbeitslosenarbeit verantwortlich ist.

Aktive Hilfe und Unterstützung und finanzielle Hilfestellung für die Arbeitsloseninitiativen sind unabdingbar für eine erfolgreiche Arbeit der Arbeitsloseninitiativen. Sonntagsreden, in denen die Solidarität beschworen wird, gab es schon genug – es gilt zu handeln.

(Aus: druck und papier 13/1987)

So können in einigen Einzelgewerkschaften Arbeitslose Mitglied werden, so hat der DGB-Bundeskongreß vom Mai 1986 seine Landesbezirke aufgefordert, die Arbeit von Arbeitsloseninitiativen zu unterstützen. Auf der Bundesvorstandstagung des DGB vom 2. September 1986 wurde beschlossen, einen Beauftragten pro Landesbezirk für die Arbeitslosenarbeit zu benennen, und dieses Gremium hat die Aufgabe, dem DGB demnächst Vorschläge für die Arbeitslosenarbeit zu machen.

Das sind gute und wichtige Ansatzpunkte, aber Beschlüsse und Vorschläge stehen zunächst einmal nur auf dem Papier. Es muß jetzt um die Frage der Durchführung gehen. Was häufig fehlt, sind überhaupt Informationen und Gespräche zwischen Arbeitslosen und (noch) Beschäftigten.

„Es müssen die beschäftigten Kollegen (Personalräte, Betriebsräte, Vertrauensleute) in die Arbeit einbezogen werden, um die Zusammenarbeit zwischen beschäftigten und arbeitslosen Kollegen zu verbessern und die Arbeitslosen innerhalb der Organisation nicht zu isolieren“, heißt es dazu im Tagungsprotokoll. Andererseits will der DGB einen Info-Dienst für Arbeitsloseninitiativen ausbauen, der, so wurde gefordert, den Arbeitslosengruppen und -initiativen einen breiten Raum für den Austausch über Form und Inhalte von Aktionen und Aktivitäten einräumen sollte.

In der AG 4 wurden Erfahrungen von bereits gelaufenen Aktionen von Arbeitslosen zusammen mit Beschäftigten ausgewertet. Es gibt zahlreiche Beispiele, die in tarifpolitischen Auseinandersetzungen an Intensität gewinnen. Hier ist besonders die Kampagne zur 35-Stunden-Woche zu nennen.“ Weiter heißt es aber im Protokoll: „Bei der Arbeit der Initiativen ergeben sich jedoch erhebliche Problemfelder. So bleiben die bei Aktionen hergestellten Kontakte nicht kontinuierlich erhalten. In den überwiegenden Fällen brechen die Verbindungen zwischen den Arbeitslosen und Beschäftigten ab... Hier bedarf es noch der intensiven Weiterentwicklung.“

Es muß eine ganz wichtige Erkenntnis für die Gewerkschaften werden, daß es sich hier nicht um karitative Arbeit, sondern um den gemeinsamen Kampf gegen gemeinsame Betroffenheit handelt und daß es – so zeigte es ja gerade auf schlimmste Art die jüngste Geschichte – den Gewerkschaften nicht egal sein kann, auf welcher Seite die Arbeitslosen stehen. Vor allem die Ansätze von Hattingen zeigen, daß sich der Widerstand gegen Massenarbeitslosigkeit über den Rahmen der Gewerkschaften entwickeln muß. Deshalb wurde beschlossen, daß sich die gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen auch weiterhin an der Arbeit der bundesweiten Arbeitsgruppen aller Initiativen beteiligen, vor allem an der Kampagne gegen die Bedürftigkeitsprüfung nach dem BSHG und an der Vorbereitung und Durchführung der Bundeskonferenz im nächsten Jahr.

Arbeitslosenarbeit kann an der Frage des Friedens nicht vorbeigehen, deshalb wurde eine entsprechende Resolution am Ende der Tagung einstimmig beschlossen, aus der hier die letzten beiden Bemerkungen zitiert seien: „Wir fordern die Arbeitslosen und ihre Initiativen und Gruppen auf, das Gespräch mit der Friedensbewegung zu suchen, sich an den Aktivitäten der Friedensbewegung noch stärker zu beteiligen. Arbeitslose haben ein mehrfaches Interesse an der Abrüstung.“

Bernd Schneider

Informationsadresse und Spendenkontonummer: Förderverein Gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit, c/o Institut für Arbeitnehmerbildung, Teutoburger-Wald-Straße 105, 4937 Lage/Hörste, Bankverbindung: BfG Bielefeld, Konto 1018479600 (BLZ 480 101 11).

SPD: Mit Hans-Jochen Vogel Aufbruch zu neuen Ufern?

„Tradition und Perspektive“ hieß das Motto des außerordentlichen Parteitages der SPD von nur wenigen Stunden am 14. Juni in Bonn, der mit der Verabschiedung von Willy Brandt, mit 23 Jahren am längsten Vorsitzender dieser traditionsreichen Partei, und der fast einmütigen Wahl seines Nachfolgers Hans-Jochen Vogel zugleich Kontinuität und den Aufbruch der SPD zu neuen Taten, zur Überwindung der Krise der Partei, zur Wiedererlangung der Regierungsfähigkeit in Bonn demonstrieren sollte.

Zum Ausdruck kam dies in den beiden programmatischen Reden des alten und neuen Vorsitzenden. In seiner Rede, mit der er sich nicht aus der Politik verabschieden wollte, ließ Brandt noch einmal viele Stationen seines politischen Lebens Revue passieren, zog Zwischenbilanz und Lehren aus seiner politischen Arbeit, ja, gab den 423 Delegierten und über 1000 Gästen schon so eine Art politisches Vermächtnis mit auf den Weg. Brandt sieht die Hauptaufgabe der SPD darin, die Mehrheit wiederzuerlangen, um damit die „Pflöcke der demokratischen und sozialen Reform wieder ein gutes Stück weiter vorn ein(zu)schlagen“. Seine Aufforderung von 1969, mehr Demokratie zu wagen, sei noch lange nicht erledigt.

Zur programmatischen Erneuerung der Partei gehört für Brandt auch die Öffnung der Partei für alle, die wie sie an den Zielen der sozialen Demokratie, der Friedenssicherung interessiert seien. Neben der Arbeitnehmerschaft, die trotz Wandlungen nach wie vor tragende Säule der SPD sei, gehöre dazu die Erneuerung des Bündnisses „Arbeit – Kultur – Wissenschaft“. Das sei „zwar nicht genau die Mitte, aber die Mehrheit ist es allemal“. Zu diesen Integrationsbestrebungen führte Brandt an anderer Stelle aus, die SPD brauche die „kritische Sympathie“ der sogenannten Außenseiter, auch von Nichtmitgliedern, Unbequemen und Querdenkern. Offen sein will die Sozialdemokratie auch für den Mittelstand, für Landwirte, Unternehmer, Manager. In unlösbare Konflikte aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit sieht Brandt seine Partei, die die Marktwirtschaft bejaht, allerdings sozial gestaltet wissen will, damit nicht geraten. Der scheidende SPD-Vorsitzende will für die „moderne Volkspartei“ ein neues Verständnis von Fortschritt. Dazu gehöre u. a. eine „zeitgemäße Auffassung von Wachstum“, von Technik, die wichtig bleibe, der „aber durch die Interessen der Menschen Grenzen gesetzt sein müssen“.

Zum Verhältnis SPD – Gewerkschaften sagte Brandt, trotz gemeinsamer Wurzeln und inhaltlicher Nähe „wird es dabei zu bleiben haben, daß keine der verlängerte Arm der anderen sein kann. Den Gewerkschaften muß an ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit liegen. Die Partei hat gesellschaftspolitisch weiter zu greifen“. Als deutliche Absage an Partei-Rechte wie

Rappe u. a. darf Brandts Formulierung verstanden werden: „Ich habe das Wort derer, die für den Arbeitnehmerbereich sprechen, immer wichtig genommen. Den gelegentlich sich wiederholenden Versuch, sie für innerparteiliche Sonderinteressen in Anspruch zu nehmen, halte ich für abwegig.“ (Siehe auch Seite 25.)

Versuchen solcher Kräfte, hinter die Nürnberger Beschlüsse zurückzugehen, erteilte auch Hans-Jochen Vogel eine klare Abfuhr. Eng an programmatische Aussagen Brandts angelehnt, entwickelte der neue Vorsitzende „zehn Elemente eines Konzepts für neue Siege“, darunter die schonungslose Analyse der Krise der Partei, die Beendigung der Bündnisdebatten, die klare Benennung der Gegner und die offensive Auseinandersetzung mit ihnen, die Arbeit am Parteiprogramm, für die der Parteitag die Frist auf Mitte nächsten Jahres verlängerte, sowie die Konzentration auf das Wesentliche und mehr Selbstdisziplin.

Für die existentiellen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft – Frieden, Ökologie, Arbeit – reklamierte der neue Vorsitzende den Anspruch seiner Partei, als führende Kraft an der Lösung mitzuwirken. Die Antworten könnten keinesfalls den Herren Kohl, Lambsdorff „und den Weiter-so-Philosophen“ überlassen werden, von denen manche „am liebsten in die Zeit des Frühkapitalismus zurückkehren möchten“, auch nicht den Grünen, die höchstens wüßten, wogegen sie seien, aber keine Wege fänden, die aus der Gefahr führten.

Der SPD-Sonderparteitag verabschiedete bei nur wenigen Gegenstimmen die Bonner Erklärung, in der die Nürnberger Beschlüsse bekräftigt und die vordringlichen Aufgaben der Sozialdemokratie beschrieben werden. Darin heißt es u. a.: „Ein Schlüsselproblem für die organisatorische, politische und auch programmatische Arbeit der Partei ist daher der Ausbau der Beziehungen zur organisierten Arbeitnehmerschaft.“ Die Erklärung schließt mit einer Würdigung Willy Brandts, dem an diesem Tag minutenlange Ovationen entgegengebracht wurden und der – erstmals in der Geschichte der SPD – zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt wurde.

Bernhard Keßeler

Privatisierung

Alles andere als Urlaubsstimmung herrschte am 1. Juli um die Mittagszeit am Frankfurter Hauptbahnhof. Im Bereich des nördlichen Ausgangs drängten sich 4300 Eisenbahner, um gegen die Stilllegungs- und Privatisierungspläne des Bahnvorstands zu demonstrieren. Betroffen sind diesmal die Ausbesserungswerke der Bundesbahn. Insgesamt 20 gibt es davon im Bundesgebiet, zusätzlich 5 Lehrwerkstätten. Die beiden Werke in Bad Cannstatt bei Stuttgart und Hamburg-Harburg mit 700 beziehungsweise 600 Beschäftigten sollen nun geschlossen werden. In seiner Rede vor der Protestkundgebung machte der Vorsitzende der GdED, Ernst Haar, auf die widersprüchlichen Begründungen aufmerksam. Während in Cannstatt davon ausgesprochen werde, daß die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen, um die Aufträge zu bewältigen,



bemängelt man in Harburg die ungenügende Auslastung.

Die Eisenbahner vermuten hinter der umfangreichen Vernichtung von Arbeitsplätzen eine systematische Privatisierungskampagne der Verantwortlichen bei der Bundesbahn, von der auch andere Bereiche wie der Busdienst oder die Reinigungsarbeiten betroffen sein werden. Die Gewerkschaft fordert nun ein umfassendes Konzept, um die Reparaturarbeiten gleichmäßig zu verteilen und die Werke auszulasten. Mit der bundesweiten Protestveranstaltung wollen sie gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß sich die Arbeiter in den einzelnen Ausbesserungswerkstätten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Zum Abschluß der Kundgebung versicherte Haar: „Wir werden alles tun, um dem Zerschlagungswahn und der Privatisierungsgefräßigkeit zu widerstehen... Deshalb kämpfen wir weiter: Für sichere Arbeitsplätze. Für humane Arbeitsbedingungen. Gegen eine Zerschlagung des Volksvermögens Deutsche Bundesbahn. Für eine Zukunft der Bahn zum Nutzen der Menschen und der Umwelt.“

R. B.

Wissenschaftliche Konferenz

Bereits zum 4. Mal führte das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zusammen mit dem Moskauer Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO) und dem Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) aus der DDR eine gemeinsame wissenschaftliche Konferenz durch. Im Rhythmus von zwei Jahren treffen sich die Wissenschaftler jeweils in einem anderen Land, diesmal also am 2. und 3. Juni im Frankfurter Dominikanerkloster. Thema: Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Drei Referate lagen der Diskussion zugrunde. Die Vertreter des IMEMO referierten über „Die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Auswirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß“. Referenten des IPW beschäftigten sich mit der „Krise der staatsmonopolistischen Regulierung unter den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution“, und dem dritten Diskussionsblock lagen die Ausführungen des IMSF zum Thema „Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus der BRD: Aktuelle Widersprüche und Konflikte in den Klassenbeziehungen und im staatlich-politischen System“ zugrunde.

Einer der Diskussionsschwerpunkte war die in den vergangenen Jahren verstärkte internationale Zusammenarbeit der kapitalistischen Länder als ein Versuch der Regulierung der seit den siebziger Jahren vertieften Krisenprozesse. Vor allem in der Bundesrepublik und in Japan ging nunmehr eine Periode zu Ende, in der Sonderfaktoren der Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit die ökonomischen Krisenprozesse und ihre Auswirkungen gedämpft hatten. Im Bemühen um Strategien der angemessenen Verwertung des überakkumulierten Kapitals entwickelte sich unter anderem eine intensive internationale Kooperation über sog. Gipfeltreffen mit einem ganzen System von Vorkonferenzen der einzelnen Ressorts. Mit dieser ökonomischen Kooperation geht eine Abstimmung der nationalen Politiken einher, die beispielsweise auch in der Bundesrepublik die Durchsetzung des konservativen Wendekurses erleichterte. Dieser Internationalisierung, die sicherlich nationale Widersprüche und kapitalistische Dis-

proportionalitäten nicht aufheben kann, hat die Arbeiterbewegung der einzelnen Länder keine vergleichbare Abstimmung ihrer Strategien entgegensetzen.

Mit den ökonomischen Krisenprozessen vollzieht sich ein tiefgreifender Umbruch der Organisation von Betriebsabläufen und Arbeitsgestaltung auf der Grundlage der elektronischen Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik. „Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen ist ebenso wie der Kampf gegen die kapitalistische Anwendung der neuen Technologien als Ausbeutungsmittel des Kapitals und gegen neue Kapitalstrategien der Intensivierung der lebendigen Arbeit ins Zentrum der sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse gerückt“ (IMSF). Der soziale, wirtschaftliche und politische Hintergrund für die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit hat sich aber wesentlich zuungunsten der Gewerkschaften verändert. Entgegen den konservativen Strategien, die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend zu schwächen, haben die Gewerkschaften jedoch ein erhebliches Widerstandspotential mobilisieren können. Gleichwohl stellt sich ihnen die Aufgabe, über ihre traditionellen Kampfpotentiale hinaus vor allem unter den Angestellten organisationspolitisches Terrain zu gewinnen und auch ihre Strategien auf die technologisch bedingten Veränderungen im Produktionsprozeß einzustellen. Mit all diesen Analysen lieferten die drei Institute den Nachweis, daß wissenschaftliche Diskussionen nicht „bloß akademisch“ bleiben müssen, sondern der praktischen politischen Tätigkeit wichtige Impulse geben können.

R. B.

ZMF mit großem Programm

Im März 1987 wurde beim „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)“ das „Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF)“ konstituiert. Es ist aus der Arbeitsrichtung „Friedensforschung“ des IMSF hervorgegangen und hat unter Leitung von Dr. Jürgen Reusch seine wissenschaftliche Arbeit in eigenen Räumen (Niederuau 38, 6000 Frankfurt/M. 1) aufgenommen. Die Redaktion der NACHRICHTEN befragte Jürgen Reusch über die Planungen und Ziele des neuen Friedensforschungszentrums.

Frage: Welche Gründe haben Euch veranlaßt, ein relativ eigenständiges Friedensforschungszentrum zu bilden?

Antwort: Die bisherige Arbeitsweise erwies sich als nicht mehr ausreichend. Infolge der rasch zunehmenden Verwissenschaftlichung der Friedensdiskussion, aufgrund des wachsenden Informationsbedarfs aus der Friedensbewegung, die ja viel mehr als früher über Grundfragen und Zukunftsperspektiven diskutiert, und auch aufgrund des deutlich gewachsenen Friedensengagements der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und der daraus entstehenden Orientierungsbedürfnisse erschien uns eine Ausweitung, Systematisierung und längerfristige Planung der Friedensforschung angebracht. Damit stehen wir natürlich erst ganz am Anfang.

Frage: Euer Vorhaben hat also auch etwas mit den Bedürfnissen aus der Arbeiterbewegung zu tun?

Antwort: Durchaus, wie das überhaupt auf die Tätigkeit des IMSF als Ganzes zutrifft. Wir meinen, daß gerade die marxistische Kapitalismuskritik, wie sie das IMSF seit Jahren betreibt, auch geeignet ist, den Zusammenhang von Kapitalismus, Rüstung und Krieg aufzudecken. Wir wollen also die Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung in der Bundesrepublik unterstützen und zur stärkeren Mobilisierung der Arbeiterklasse im Friedenskampf beitragen.

Frage: Welche konkreten Projekte und Schwerpunkte habt Ihr denn in Eure Planung aufgenommen?

Antwort: Für die nächste Zeit bereiten wir ein Taschenbuch vor über alternative Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter und arbeiten an Veröffentlichungen zu verschiedenen Themen wie: Der Militär-Industrie-Komplex der BRD; Die Entwicklung der Friedensbewegung nach 1983; Fragen der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik; Zur Geschichte und aktuellen Problematik internationaler Abrüstungsverhandlungen u. a. m. Zu solchen und ähnlichen Themen veranstalten wir auch Tagungen und Diskussionsrunden.

Frage: Wie organisiert Ihr denn die Verbindung und die Rückkopplung mit der Arbeiter- und Friedensbewegung, die Ihr doch für Eure Arbeit braucht?

Antwort: Es gibt ja viele Formen des Dialogs, aber ein besonders wichtiges Beratungsgremium ist das wissenschaftliche Kuratorium des ZMF, das wir gebildet haben. Ihm gehören Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, aus dem kapitalistischen und sozialistischen Ausland sowie in der Friedens- und Arbeiterbewegung engagierte Persönlichkeiten an.

Frage: Der letztgenannte Punkt interessiert uns besonders. Wie ist denn die Gewerkschaftsbewegung in Eurem Kuratorium präsent?

Antwort: Sie ist präsent vor allem durch aktive Gewerkschafter wie Werner Pfennig und Jürgen Jürgens. Das betrachten wir als großen Gewinn für die Arbeit des ZMF.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Einblicksrecht des Betriebsrats

Eines der zentralen Informationsrechte des Betriebsverfassungsgesetzes ist § 80 Abs. 2 Satz 2 das Recht des Betriebsrats, Einblick in die Bruttolohn- und Gehaltslisten zu nehmen. Die Vorschrift ist 1972 ins Betriebsverfassungsgesetz eingeführt worden und hat zu zahlreichen – auch gerichtlichen – Auseinandersetzungen zwischen Betriebsräten und Unternehmern geführt, immer ein Zeichen dafür, daß hier ein „Nerv“ unternehmerischer Entscheidungsgewalt berührt wird.

In zahlreichen Urteilen hat das Bundesarbeitsgericht u. a. geklärt, daß auch in Betrieben unter 300 Beschäftigten, die keinen Betriebsausschuß haben, das Einblicksrecht ausgeübt werden kann, und zwar vom Betriebsratsvorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter. Ob es sich immer um ein Mitglied handeln muß, dem auch die laufenden Betriebsratsgeschäfte übertragen wurden, ist umstritten.

In Betrieben mit Betriebsobmann/obfrau steht diesem/dieser das Einblicksrecht zu. Auch dort, wo ein Gesamtbetriebsrat existiert, haben die örtlichen Betriebsräte das Einblicksrecht. Es besteht auch in Tendenzbetrieben und für die Gehälter der außertariflichen Angestellten und für EDV-Listen. Ein Einverständnis der Betroffenen ist nicht erforderlich. Das Einblicksrecht kann sogar gegen den ausdrücklichen Widerspruch von Beschäftigten wahrgenommen werden.

Der Unternehmer ist verpflichtet, die Bruttolohn- und -gehaltslisten aufzuschlüsseln, so daß sich daraus der Tariflohn und die übertariflichen Zulagen ergeben. Nur so kann festgestellt werden, ob die Tarifverträge und der Gleichbehandlungsgrundsatz des § 75 Abs. 1 BetrVG eingehalten worden sind.

Der Betriebsrat muß keine konkreten Angaben machen, warum er in die Lohn- und Gehaltslisten Einblick nehmen will, er braucht also keine Verdachtsmomente zu haben bzw. vorzutragen, daß die Lohngerechtigkeit im Betrieb nicht gewährleistet ist. Ein Einblicksrecht besteht jederzeit, d. h., der Betriebsrat kann auch mehrmals hintereinander Einblick nehmen. Gerade für neugewählte Betriebsräte bietet es sich an, sich zuerst einen Überblick über die Lohn- und Gehaltssituation zu verschaffen.

Nach herrschender Meinung ist der Unternehmer nicht verpflichtet, dem Betriebsrat Fotokopien der Lohn- und Gehaltslisten zur Verfügung zu stellen oder das Fotokopieren zu gestatten. Der Einblicknehmende soll sich lediglich Notizen machen dürfen. Diese Meinung ist abzulehnen, sie stellt ein unnötiges Mißtrauen gegenüber dem Betriebsrat dar. Gerade in größeren Betrieben ist es ihm kaum möglich, sich

an Hand von Notizen ausreichend zu informieren. Außerdem stellt § 120 Abs. 2 BetrVG die Verletzung der zum persönlichen Lebensbereich gehörenden Geheimnisse unter Strafe, eine Vorschrift, die die Intimsphäre der Arbeitnehmer ausreichend schützt. Diese Vorschrift stellt auch die einzige Grenze für die Weitergabe von Informationen über die Lohn- und Gehaltssituation dar.

Die Löhne und Gehälter sind kein „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis“ im Sinne des § 79 BetrVG. Der Betriebsrat kann also über die Lohn- und Gehaltssituation z. B. auf den Betriebsversammlungen detailliert sprechen, wenn er die betroffenen Arbeitnehmer gegen ihren Willen nicht namentlich nennt. Für Betriebsratsmitglieder untereinander und gegenüber der Gewerkschaft gibt es ohnehin keine Schweigepflicht, weil diese ebenso den Strafvorschriften unterliegen. Der Betriebsrat kann auch mit dem einzelnen Arbeitnehmer über seine Gehaltssituation offen reden.

Zäh verteidigt haben verschiedene Kommentatoren des Betriebsverfassungsgesetzes

die Meinung, daß das Einblicksrecht in übertarifliche Zulagen nur dann gegeben ist, wenn diese Zulagen einen kollektiven Bezug hätten. In seiner jüngsten Entscheidung zu § 80 Abs. 2 Satz 2 BetrVG hat das Bundesarbeitsgericht (BAG, Beschluß vom 10. Februar 1987 – 1 ABR 43/84) noch einmal ausdrücklich erklärt, daß der Betriebsrat ein Recht auf die vollständigen Listen hat: „Die Lohnlisten müssen alle Lohnbestandteile enthalten einschließlich übertariflicher Zulagen und solcher Zahlungen, die individuell unter Berücksichtigung verschiedener Umstände ausgehandelt und gezahlt werden, also auch Sonderzahlungen und Prämien aus besonderem Anlaß.“

Hat der Betriebsrat sich durch die Einsichtnahme einen Überblick über die Lohn- und Gehaltssituation des Betriebes verschafft, so kann er gegebenenfalls sein Initiativrecht (§ 87 Abs. 1 Nr. 10 und 11 BetrVG) ausüben, um mehr Lohngerechtigkeit im Betrieb durchzusetzen, z. B. wenn er feststellen muß, daß Frauen unterdurchschnittlich an den übertariflichen Zulagen beteiligt werden. Der Unternehmer kann diese Initiativen nicht zum Anlaß nehmen, um nicht abgesicherte übertarifliche Lohnbestandteile generell zu kürzen. (Großer Senat des BAG, Beschluß vom 16. September 1986 – GS 1/82 – zur ablösenden Betriebsvereinbarung.)

Barbara Degen

Geplante Strukturreform – ein profitabler Selbstbedienungsladen

Nach dem Zeitplan der Bonner Koalition soll das Gesetz für eine „umfassende Strukturreform im Gesundheitswesen“ am 1. Januar 1989 in Kraft treten. Eine Anfang Juni erstmals zusammengetretene CDU/CSU/FDP-Arbeitsgruppe soll bis Oktober 1987 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Die bisherige Diskussion zeigt, je länger über die Strukturreform gesprochen wird und je mehr sie gefordert wird, um so deutlicher wird, daß von den meisten Interessenverbänden im Gesundheitsbereich gar keine echte Strukturreform gewollt ist.

Deutlich wird weiterhin, daß es entsprechend den Klassengegensätzen in unserer Gesellschaft grundsätzlich entgegengesetzte Möglichkeiten gibt: eine an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte umfassende Gesundheitspolitik oder eine weitgehend privatisierte, profitorientierte Wirtschaftsbranche „Gesundheit“. In diesem einleitenden Beitrag werden Struktur und Problemfelder des Gesundheitssektors dargestellt, in weiteren Folgen wird dann auf die verschiedenen Vorstellungen und Pläne zur Strukturreform eingegangen.

Die Gesamtausgaben für Krankheit und Krankheitsfolgen betrugen 1984 229 Milliarden DM. Im engeren Bereich des (arbeitsintensiven) Gesundheitswesens sind etwa 1,5 Millionen Menschen beschäftigt,

einschließlich Pharmaindustrie, medizinischer Geräteindustrie usw. kommt man auf rund 2 Millionen Beschäftigte insgesamt. Der Gesundheitssektor stellt damit einen riesigen Arbeits-, Dienstleistungs- und Absatzmarkt dar.

Charakteristisch für die Struktur des Gesundheitssystems in der Bundesrepublik ist die Ausgestaltung von Nachfrage- und Angebotsseite nach unterschiedlichen Prinzipien. Während auf der Nachfrageseite die Versorgung der Patienten mit Gesundheitsleistungen grundsätzlich kostenfrei und bedarfsorientiert (Solidarprinzip) erfolgt, durch den Fortfall des Preises als Steuerungsinstrument diese Seite also aus dem Marktsystem herausgelöst ist, ist die Angebotsseite (Pharma- und Geräteindustrie, Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser

usw.) weitestgehend privatwirtschaftlich und gewinnorientiert organisiert.

In diesem kollektiv finanzierten System der sozialen Sicherung werden Menge, Preis und Qualität der Leistungen weitgehend von der Anbieterseite bestimmt. Eine zentrale Rolle spielen dabei die niedergelassenen Ärzte, indem sie erste Anlaufstelle im Krankheitsfall sind, die ambulante Versorgung durchführen und über den Verbrauch von Arznei- und Hilfsmitteln, über die Weiterbehandlung im Krankenhaus usw. entscheiden.

Die solidarische Finanzierung und die Vermittlung zwischen Patient und Leistungsanbietern erfolgt im wesentlichen durch die gesetzliche Krankenversicherung, bei der im Juni 1985 mit 54,4 Millionen rund 90 Prozent der Bevölkerung als Mitglied, mitversicherte Familienangehörige oder Rentner versichert waren. Daneben versicherten private Krankenkassen etwa 5,1 Millionen Personen und hatten rund 1,2 Millionen sonstigen Versicherungsschutz (Freie Heilfürsorge der Polizei, der Bundeswehr usw.).

Die Trägerschaft der gesetzlichen Krankenversicherung ist ausgesprochen zersplittert und unübersichtlich. 1984 gab es 1260 einzelne, selbständige Krankenkassen: 270 regionale Ortskrankenkassen, sieben zentral organisierte Angestelltenersatzkassen, rund 800 Betriebskrankenkassen, 155 Innungskrankenkassen des Handwerks und eine Reihe weiterer kleinerer Kassen. Die Mitgliederzahlen schwanken dabei zwischen wenigen tausend und über eine Million Mitglieder.

Die einzelnen organisatorisch und finanziell unabhängigen Kassen konkurrieren untereinander um freiwillige Mitglieder. Während jedoch der Umfang ihrer Leistungen einheitlich gesetzlich festgelegt ist, kann die paritätisch aus Versicherten und Arbeitgebervertretern als Beitragszahlern bestehende Selbstverwaltung der Kassen jeweils die Satzung und die Beitragssätze gestalten. Aufgrund der unterschiedlichen Risikoverteilung (unterschiedliche Krankheitsrisiken z. B. aufgrund der Altersstruktur oder unterschiedlichen Einkommensniveaus der Versicherten usw.) und fehlendem Finanzausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen schwanken die Beitragssätze ganz erheblich.

Nach Angaben des Leiters der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall, Peter Kirch, bewegen sie sich mittlerweile auf einer Bandbreite von 7 bis 15,6 Prozent. Benachteiligt sind dadurch insbesondere die Versicherten in den Allgemeinen Ortskrankenkassen, in denen sich die „schlechten Risiken“ häufen. Diese Zersplitterung und Konkurrenz zwischen den Kassen führt nicht nur zu ungleichen Belastungen der Versicherten, sondern sie ist auch ineffektiv und schwächt die Verhandlungsposition der Krankenkassen gegenüber den Leistungsanbietern, z. B. bei den Honorarverhandlungen mit den Ärztenverbänden.

Die kurze Darstellung von Grundzügen unseres Gesundheitswesens zeigt bereits auf, daß es eines nicht gibt: eine koordinierende, an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte und wirkungsvolle Planung und Steuerung der Gesundheitssicherung. Es gibt keine umfassende Gesundheitspolitik. Das ist die wesentliche Ursache für zwei Grundprobleme: das Fehlen einer präventiven, also vorbeugenden Gesundheitspolitik, und die Erhaltung rückständiger, ineffektiver Strukturen, die gleichzeitig hohe Kosten-(steigerungen) verursachen.

Die Bedeutung vorbeugender Gesundheitspolitik wird anhand der Krankheits- und Todesursachen klar. In der Bundesrepublik sind die Kreislauferkrankungen (51 v. H.), Krebs (22 v. H.) und Krankheiten der Atmungsorgane (6 v. H.) in 7 von 10 Fällen die Todesursache. Gemeinsam ist diesen und einer Reihe weiterer Massenerkrankungen, daß sie zum einen überwiegend durch Ursachenbündel bedingt sind, bei denen Lebens-, Umwelt-, Wohn-, Arbeits- und Ernährungsbedingungen die bestimmende Rolle spielen, und sie zum anderen eine lange Entwicklungszeit bis zu ihrem offenen Ausbruch haben. Das

auf Behandlung ausgebrochener Krankheiten eingerichtete Gesundheits-, oder besser „Krankenversorgungssystem“, steht dieser Entwicklung relativ hilflos gegenüber: Der Ausbruch ist nicht zu verhindern, Heilung meist nicht mehr möglich. Hinter dieser Orientierung stecken handfeste ökonomische Interessen: An der kurierenden Medizin kann (je weniger erfolgreich die Leistung ist, um so mehr!) von Ärzten und Industrie verdient werden.

Wirtschaftliche und Standesinteressen haben darüber hinaus notwendige Änderungen verhindert: Die medizinische Versorgung ist immer noch räumlich ungleich verteilt, stationäre und ambulante Behandlung sind kostenmäßig strikt getrennt, die Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheitswesens und mit anderen Sozialbereichen ist völlig unterentwickelt usw. In den nächsten Jahren kommt es zu einer Verschärfung dieser und weiterer Probleme: Bei gleichzeitigem Rückgang der Betreuungsmöglichkeiten in der Familie wird der Anteil älterer, chronisch kranker und pflegebedürftiger Menschen zunehmen. Es gibt also genügend Gründe für eine echte, umfassende Strukturreform des Gesundheitswesens. Udo Gelhausen

Weltkongreß der Frauen in Moskau: bunt, vielseitig und kontrovers

Mit 2000 Frauen hatten die Veranstalter gerechnet, gekommen waren über 2800 – zum Weltkongreß, der vom 23. bis 27. Juni in Moskau stattfand. Sein Motto: „Vorwärts zum Jahr 2000 – ohne Atomwaffen. Für Frieden, Gleichberechtigung, Entwicklung“. Aus 154 Ländern waren sie angereist und diskutierten in acht Foren u. a. zu den Themen: Frauen und Frieden, Probleme der Erwerbstätigkeit, Familienpolitik, die Stellung der Frau im Sozialismus, frauenspezifische Probleme in den Entwicklungsländern. Daneben gab es eine Reihe von kleineren Diskussionszirkeln zu Fragen der neuen Technologien, zu „Feminismus und globale Probleme“ oder zu Umweltschutz.

Ausgerichtet wurde dieser Kongreß von der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF), als Gastgeber fungierte das Komitee der Sowjetfrauen. Auch aus der Bundesrepublik war das Interesse an diesem Kongreß groß. Rund hundert Frauen nahmen teil, sie kamen aus den unterschiedlichsten Parteien und Verbänden, aus Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen. Zu den Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates zählte auch Irmgard Blättel, Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, und Heidi Streletz, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Bundestagsabgeordnete, CDU-Politikerinnen, Feministinnen, religiös gebundene Frauen, Kommunistinnen, Grüne – die Bandbreite der politischen Meinungen und ebenso der Erwartungen an den Kongreß war groß. Völlig unstrittig war für alle das Engagement für den Frieden. Aber sicherlich nicht jede der diskussionslustigen Frauen konnte in

den zum Teil überfüllten Kommissionen das Bedürfnis nach streitbarer Auseinandersetzung, nach Erfahrungsaustausch und gemeinsamen programmatischen Überlegungen befriedigen.

Aufgrund der zum Teil großen Teilnehmerzahl konnten einzelne Foren wie zum Beispiel „Frauen und Arbeit“ lediglich eine Bestandsaufnahme über die Bedingungen leisten, unter denen Frauen in den verschiedensten Regionen der Welt einer Berufstätigkeit nachgehen. In der vorgegebenen Zeitspanne von zweieinhalb Tagen war es da kaum möglich, auch noch strategische Lösungsansätze zu diskutieren. Fragen beispielsweise, inwieweit Teilzeitarbeit in den entwickelten Ländern als eine Form der versteckten Arbeitslosigkeit zu werten sei oder für Frauen trotz vielfältiger sozialer Belastungen die Möglichkeit biete, am Erwerbsleben teilzunehmen, konnten nur angerissen werden. Dennoch erweiterte die gebotene Synopse von Pro-

blemen der berufstätigen Frauen den eigenen Blickwinkel.

In mehreren Arbeitskreisen kam das Problem zur Sprache, daß es zwar inzwischen gelungen war, Gesetze zur Verbesserung der Lage der Frauen durchzusetzen. Regelmäßig bestand aber eine zweite Etappe des Kampfes darin, diese Rechte Wirklichkeit werden zu lassen. Solche Verallgemeinerungen des Erfahrungsaustausches lassen aber nicht den Eindruck verblasen, den der Bericht beispielsweise einer Vertreterin der Dominikanischen Republik hinterließ, die in Tränen ausbrach, als sie die verheerenden Gesundheitsschäden bei Frauen ihres Landes beschrieb. Ähnlich eine Kanadierin, deren Familie Opfer der rückständigen Arbeitsbedingungen in der Fischereiwirtschaft wurde.

Unmittelbare Aktionsvorschläge erarbeitete die Kommission „Frauen und Familie“. Im Abschlußbericht heißt es unter anderem: „Unsägliches Leid für Mütter und Familien bringt in einigen Regionen der Welt der sich immer weiter ausbreitende Kinderhandel und die Verschleppung von Kindern mit sich.“ Zum Schutz dieser Kinder, die nicht selten als Organspender für die Kinder reicher US-Familien verkauft werden, regte man einen internationalen Kongreß zum Schutz der Kinder und ein internationales Jahr der Familie an. So bot sich für viele Frauen, die sonst nicht leicht das Ohr der internationalen Öffentlichkeit finden, der Weltkongreß als ein wichtiges Forum an, um über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu informieren – eine Information, die durch die Anwesenheit von Vertreterinnen der UNO weiteres politisches Gewicht erhielt. Denn öffentliche Anklage ist ja in der Regel ein erster Schritt zur Veränderung.

Natürlich galt das Interesse der Kongreßteilnehmerinnen auch vorrangig den sowjetischen Frauen. Was bringen Perestrojka und Glasnost den Frauen, lautete wohl eine der häufigsten Fragen. In einer eindrucksvollen Diskussionsbereitschaft erläuterten die sowjetischen Frauen die Schwierigkeiten, mit denen auch unter sozialistischen Bedingungen noch zu kämpfen ist. Bereits in der Eröffnungsveranstaltung hatte der KPdSU-Generalsekretär M. Gorbatschow zwar mit einigem Stolz auf die Rechte der Frauen in der Sowjetunion hingewiesen, aber auch auf zahlreiche Probleme besonders in den Familien aufmerksam gemacht. Hier soll ein System von Frauenräten in den Wohnbezirken und Betrieben, auf regionaler und bezirklicher Ebene die Belange der Frauen aufgreifen, aber auch die Frauen für die gesellschaftliche Umgestaltung gewinnen.

Vieles wurde berichtet auf diesem Weltkongreß, zahlreiche, vor allem auch kontroverse Diskussionen über Wege der Gleichberechtigung geführt. Aber eine Erkenntnis konnte man mit nach Hause nehmen: Wenngleich sich viele Probleme der Frauen in den einzelnen Ländern ähneln, so gibt es doch die unterschiedlichsten Lösungsansätze, die durch die politischen oder kulturellen Bedingungen nicht ohne weiteres übertragbar sind.

Renate Bastian

In der Hauptfrage einig: Leningrader Arbeiterkonferenz

Abrüstung und Friedenssicherung, dieses zentrale Thema unserer Zeit, führte rund 300 Gewerkschafter aus den sieben Ostsee-Anliegerländern sowie Norwegen und Island vom 8. bis 12. Juni in Leningrad zur 28. Arbeiterkonferenz zusammen. Diese traditionsreiche Gesprächs- und Diskussionsrunde, die schon seit 1958 besteht, befaßte sich erstmals intensiver auch mit Fragen des Umweltschutzes.

Der FDGB-Bezirksvorsitzende von Rostock, Heinz Hanns, der seit vielen Jahren Vorsitzender des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenzen ist, unterstrich in seiner Eröffnungsrede unter Hinweis auf die Beschlußlage und Aktivitäten der Gewerkschaften in den neun Ländern die große Übereinstimmung in dem Verlangen nach Abrüstung, insbesondere Abbau und Vernichtung der Atomraketen. Zum ersten Mal stünden die Gewerkschaften unterschiedlicher politischer und organisatorischer Orientierung in dieser Frage inhaltlich auf einer gemeinsamen Position. Diese werde überdies im wesentlichen auch von den weitgehenden Vorschlägen der Sowjetunion abgedeckt.

Die Delegierten und Teilnehmer der Konferenz verabschiedeten einen Appell an alle Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter des Ostseeraums, Norwegens und Islands, ihr Friedensengagement zu verstärken. „Uns erfüllt mit Optimismus“, heißt es darin, „daß der Dialog zwischen den Gewerkschaften aus Ost und West sich entwickelt, daß die Übereinstimmung in Grundfragen der Sicherung des Friedens und der Vertretung der Interessen der Werktätigen immer deutlicher zutage tritt. Dank des Wachstums der Kräfte der Verständigung und des Friedens besteht heute die reale Möglichkeit für einen Einstieg in die Abrüstung auf unserem Kontinent. Wir erwarten, daß die internationalen und nationalen europäischen Gewerkschaftszentralen ihren begonnenen Dialog verstärken.“

Die Diskussion im Plenum, an der sich 19 Redner beteiligten, wurde in drei Arbeitsgruppen, in denen 33 Teilnehmer das Wort nahmen, vertieft. Hier wurden auch Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner sozialen Auswirkungen, des Umweltschutzes und der gewerkschaftlichen Rolle in der Gesellschaft diskutiert. Der Erhaltung einer intakten und lebenswerten Umwelt soll künftig von den Arbeiterkonferenzen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. (Siehe auch Kasten.)

Der Konferenzort Leningrad schärfte in besonderem Maße das Bewußtsein der Teilnehmer auch für alles, was mit der „Perestrojka“ – Umgestaltung – in der Sowjetunion zu tun hat. Sie war ein allgegenwärtiges Thema, sowohl bei den Betriebsbesuchen als auch bei den abendlichen Treffen der Delegationen, den einzelnen und kollektiven Gesprächen mit sowjeti-

schen Gewerkschaftern. Beim Besuch der 30 Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesrepublik in einer technischen Berufsschule informierte uns die Schulleitung, daß der Direktor künftig nicht mehr ernannt, sondern vom Lehrerkollegium gewählt werde; der jetzige war aber noch eingesetzt worden.

Stellungnahme zu Umweltfragen

Heute und für die Zukunft eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, erfordert ein neues Denken, das neben Frieden, Lebens- und Arbeitsbedingungen auch die Bewahrung der Natur garantiert. Heute ist es so wichtig wie nie zuvor, die Umwelt vor katastrophalen Folgen der Nutzung der Atomenergie sowohl zu friedlichen als auch zu militärischen Zwecken zu bewahren, die Verantwortung der Regierungen dafür zu erhöhen, daß die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts allen Menschen zugute kommen. Sie dürfen ihrer Gesundheit nicht schaden, das ökologische Gleichgewicht nicht zerstören. Die Industrialisierung darf keine negativen Folgen für die Umwelt haben.

Deshalb unterstützt die 28. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in allen Punkten die existierenden und geplanten nationalen und internationalen Programme zum Schutz der Natur und Umwelt, insbesondere die Konvention über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes von 1974 in Helsinki. Die Gewerkschaftszentralen dieser Länder müssen sich aktiver für deren Realisierung und Kontrolle einsetzen. (Auszug)

Der Hauptredner der 28. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, der Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften Makejew, machte den Vorschlag, alle Gewerkschaften, in deren Ländern Atomwaffen stationiert sind, sollten zu einer gemeinsamen Beratung zusammenkommen. Es biete sich überhaupt mehr Gemeinsamkeit an, etwa beim Auftreten in internationalen Organen wie UNO, ILO usw. Der finnische Gewerkschaftsbund SAK erklärte in Leningrad seine Bereitschaft, Gastgeber der 29. Arbeiterkonferenz 1988 zu sein. G. Siebert

Bedienen ja – Diener nein!

Dienst am Kunden? Handel zwischen Flexibilisierung und Ladenschluß (Autorenkollektiv); mit einer Einleitung von Dieter Steinborn, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft HBV; VSA-Verlag, Hamburg 1987, 148 Seiten, 19,80 DM.

Knapp 3 Mio. Arbeitnehmer sind im Handel, „der größten Bühne der Welt“, beschäftigt. Was sich allerdings hinter den Kulissen abspielt, ist weitgehend unbekannt. Die Autorengruppe, allesamt Sekretäre der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), lüftet den Vorhang und gibt Einblick in eine Branche, die viele nur in Form lächelnder Verkäuferinnen, blitzender Konsumpaläste oder allenfalls der ständig wiederkehrenden Diskussion um eine Veränderung des Ladenschlußgesetzes kennen. Hinter der leuchtenden Fassade tobt der Konkurrenzkampf um Macht und Marktanteile. Der Konzentrationsprozeß schreitet voran. Auf der anderen Seite sank die Zahl der Unternehmen allein im Einzelhandel in den vergangenen 25 Jahren um 140 000! (30 Prozent des Gesamtbestandes). Unzählige Pleiten von „Tante-Emma-Läden“ waren deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung.

Der eigentliche Schwerpunkt des Buches ist jedoch nicht die Entwicklung der Branche oder einiger Handelsriesen, sondern die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten. Arbeit im Einzelhandel ist vorwiegend Frauenarbeit. Dabei steht das freundliche Gesicht der Verkäuferin in krassem Gegensatz zu ihren oftmals miserablen Arbeitsbedingungen. Beim Einkommen liegen sie so ziemlich am Ende der bundesdeutschen Rangskala (1500 DM brutto nach 3jähriger Ausbildung).

Vor allem die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist in keiner anderen großen Branche so extrem entwickelt wie im Handel. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel liegt bereits über 30 Prozent. Hochflexible Arbeitszeitformen bis hin zur Arbeit auf Abruf werden praktiziert.

Auch die neuen Technologien machen vor dem Handel nicht halt; was für die Industrie CIM und CAD/CAM sind, sind für den Handel das Warenwirtschaftssystem und die elektronische Datenkasse (Scanner) bzw. die mobile Datenerfassung. Detaillierte Zeiterfassung, Leistungs- und Verhaltenskontrolle und rigoroser Personalabbau sind dabei nur einige Auswirkungen, die man jedoch am freundlichen Gesicht der Verkäuferin oder Kassiererin zu meist nicht ablesen kann.

Die Autoren gehen in insgesamt 11 Beiträgen über eine Bestandsaufnahme hinaus und bestimmen Perspektiven für die gewerkschaftliche Arbeit im Handel. Die Zukunft der Dienstleistungsarbeit, weitere Wochenarbeitszeitverkürzung, geregelte Arbeitszeit statt Flexibilisierung, Feierabend statt Dienstleistungsabend und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind nur einige der Orientierungspunkte für die Beschäftigten und die Gewerkschaft HBV.

R.L.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber seit 1969: Manfred Balder, Arthur Böpple, Uschi Döring, Rainer Einckel, Regina Fuhrmann, Detlef Haag, Heinz Hummler, Heinz Lukrawka, Leonhard Mahlein, Willi Malkomes, Heinz Seeger.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Barbara Degen, Bernhard Keßeler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 161561 2900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionschluß: 3. Juli.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79

VERLAGSINTERNES

Manche machen's sich schon leicht. Zum Beispiel die selbsternannten Verfassungsschützer, wenn sie wieder einmal den Aktivitäten von NACHRICHTEN nachspüren. In mühevollen Recherchen hat man herausbekommen, daß auch 1986 wiederum führende Gewerkschaftsfunktionäre regelmäßig mit Interviews in der Zeitschrift zu Wort kamen. Ungeheuerlich: „Zu ihrem 25. Geburtstag im Juni erhielt sie Glückwunschschriften auch aus Gewerkschaftsgliederungen.“ Wenn das schon so ist, dann mag man nicht auch noch zugeben, daß die Zeitschrift unter anderen auch von Funktionären der SPD herausgegeben wird.

Aber noch leichter machen es sich die Publikationen der Unternehmer. Im Deutschen Instituts Verlag erschien eine Neuauflage des „Gewerkschaftshandbuchs“. Ohne jegliche Umstände erklärt man einfach die Herausgeber samt und sonders zu DKP-Geschäftsführern, deren Geschäft natürlich die klammheimliche Unterwanderung ist. Denn: „Diese Zeitschrift ist bewußt so aufgemacht, daß sie von dem unbefangenen Leser nicht auf den ersten Blick als ein Propagandaorgan der DKP erkannt werden kann.“ Dazu braucht es dann schon des im Klassenkampf geschulten Auges der Unternehmer oder zumindest deren Brillenträger.

Was noch nirgendwo vermerkt ist: Im Juni fand – wie angekündigt – wiederum unser NACHRICHTEN-Stammtisch statt. Ein ausführlicher Bericht ist auf S. 6 zu finden. Aber soviel steht schon fest: Wir werden im August wieder einladen, denn es hat sich doch ein Bedürfnis herausgestellt, öfter mal im lockeren Rahmen mit Kolleginnen und Kollegen aus vielerlei Gewerkschaften aktuelle Probleme zu erörtern. Hierzu wollen wir auch künftig Mitglieder der Grünen einladen, die im gewerkschaftlichen Bereich aktiv sind. Das ergab sich jedenfalls bei einem Gespräch zwischen Mitgliedern der Redaktion/Herausgeber und Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Grüne/Gewerkschaften.

Ohne in den Stil von Communiqués verfallen zu wollen, aber die Gesprächsatmosphäre war wirklich angenehm, freundlich und sachlich. Zunächst einmal mußte man sich natürlich informieren über die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte. Schnell einigte man sich auch in grundsätzlichen Positionen, zum Beispiel was die positive Haltung zur Einheitsgewerkschaft angeht. Dabei konnten wir den Kollegen von den Grünen versichern, daß NACHRICHTEN auch weiterhin gegen jegliche Versuche der politischen Ausgrenzung auftreten werden. Unterschiedliche Akzentsetzungen gab es schon eher in aktuellen Fragen wie der Einschätzung des Tarifiergebnisses bei Metall und Druck. Aber solche Unterschiede beleben ja gerade die Diskussion.

jaco

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

0603650ANN87007 100033 985 3
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

7/87

TERMINKALENDER

- **18. bis 25. Juli**
15. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie, Walsrode
- **1. September**
Aktionen der Gewerkschaften und des DGB zum Antikriegstag
- **11. September**
18. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie, Essen
- **14. September bis 16. Oktober**
Vertrauensleutewahlen im Bereich der Gewerkschaft Holz und Kunststoff
- **19. September**
Großveranstaltung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum Auftakt der Tariffbewegung, Gruga-Halle, Essen
- **18. bis 20. September**
Bundesfrauenarbeitstagung der Gewerkschaft Leder, Pirmasens
- **18. bis 20. September**
Zentrales Jugendtreffen der Deutschen Postgewerkschaft, Groß-Gerau
- **21. bis 25. September**
14. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hannover
- **24. bis 26. September**
Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, Hamburg
- **1. bis 3. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Fellbach bei Stuttgart
- **16. bis 18. Oktober**
22. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDU (CDA), Hamburg
- **21. Oktober**
Vertrauensleutewahlen im Bereich der IG Druck und Papier unter dem Motto: „Stärkt die gewerkschaftliche Kraft – wählt aktive Vertrauensleute!“
- **23. bis 24. Oktober**
18. DGB-Bundeshandwerkstagung, Lüneburg
- **31. Oktober**
Zentrale Arbeitszeitkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Siegen
- **4. bis 6. November**
6. Frauentag der IG Bergbau und Energie, Saarbrücken

Zu guter Letzt

Getroffene Hunde

Am 25. Mai hat die Bundesregierung einen neuen Anlauf zum Abbau langfristiger bestehender Schutzrechte gestartet und den Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz in den Bundestag eingebracht, das die Arbeitszeitordnung (AZO) aus dem Jahre 1938 ablösen soll. In einer Entschließung der Bezirkskonferenz des Stuttgarter IG-Metall-Bezirks wurde nach einer gründlichen Analyse festgestellt, daß dieser Gesetzentwurf in seinen Kernpunkten weit hinter die AZO von 1938 zurückfällt.

Ein Geheule sondergleichen löste jedoch die Äußerung des IG-Metall-Bezirksleiters Ernst Eisenmann aus, der gesagt hatte: „Aufgrund des oben geschilderten Faktums war den Nazis gemäß ihrer AZO die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten, ihrer Arbeitnehmergefolgschaft von 1938, mehr wert als heute die Gesundheit der Arbeitnehmer der amtierenden Bundesregierung.“ Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 26. Juni sprechen von „politischer Brunnenvergiftung übelster Art“.

Ohne auf die Fakten auch nur einzugehen, die die Gewerkschaften vorlegten, wird versucht, der IG Metall zu unterstellen, daß sie die Nazis als Vorbild betrachteten.

Die Bezirksleitung der IG Metall stellte dazu fest: „Wir Gewerkschafter brauchen nun bestimmt zuallerletzt Nachhilfeunterricht über die Taten der Nazimörderbande. Der langjährige IG-Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher, der Vorgänger von Ernst Eisenmann, ist der mörderischen KZ-Haft in Buchenwald entronnen. Am wenigsten brauchen wir diese Nachhilfe von jenen scheinheiligen Zeitgenossen, die bei anderen Gelegenheiten immer an der Spitze derjenigen stehen, die rufen, es müsse endlich Schluß damit sein, unser Nest mit unserer Vergangenheit zu beschmutzen. Laßt die Vergangenheit ruhen!“

Nein, wir lassen sie nicht ruhen. Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, Juden, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten sind im Naziterror umgekommen. Das darf sich ebensowenig wiederholen wie die Ausbeutung durch Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten aus dem 19. Jahrhundert. Und dies genau wäre das neue Arbeitszeit-Kohl-Blüm-Gesetz. Wir sagen dazu: Widerstand!“

Trocken bemerkte Wolf-Jürgen Röder (Reutlingen) in der Diskussion unter Bezug auf das Unternehmiergeheul unter tosendem Beifall: „Wir haben sie getroffen, die Hunde.“ H. Sch.

Ich bestelle hiermit:

7/87

☐ NACHRICHTEN im Abonnement
für 40 DM im Jahr inkl. Porto

☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos**
und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Den Abonnementpreis ☐ zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung ☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten geworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

**Nachrichten-
Verlags-
Gesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 778079